



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Stabilität und Sicherheit.

GESCHÄFTSBERICHT 2004

© P 2002

500



EUROSYSTEM

CP 2002

500



© 2002 ONB





BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2004
MIT JAHRESABSCHLUSS 2004

Vorlage an die am 24. Mai 2005 stattfindende Generalversammlung



Sechs Jahre nach Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion hat das Eurosystem alle Meilensteine zur Einführung einer einheitlichen Währung erfolgreich bewältigt. Die voranschreitende europäische Integration und die Erweiterung stellen neue Herausforderungen dar, die auch im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) Anpassungen erfordern werden.

Das historisch niedrige Zinsniveau und der fortgesetzte starke Wertgewinn des Euro gegenüber dem US-Dollar stellen Rahmenbedingungen dar, die für die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken des Eurosystems nicht einfach waren. Trotz dieses schwierigen Umfelds konnte die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im Geschäftsjahr 2004 ein Ergebnis erwirtschaften, das im langfristigen Durchschnitt liegt. Dies ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der markanten Ertragseinbrüche anderer nationaler Zentralbanken beachtenswert. Angesichts der Rekordgewinne im Anschluss an die Gründung der Währungsunion und der hohen Risikovorsorgen der letzten Jahre sind aber dem zukünftigen Ertragspotenzial Grenzen gesetzt. In diesem Zusammenhang ist an die Verpflichtung im ESZB zu erinnern, dass die nationalen Zentralbanken über ausreichende Ressourcen für Aufgabenerfüllung und Risikovorsorgen verfügen müssen. Denn dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des Eurosystems.

Im Geschäftsjahr 2004 hat die OeNB nicht nur ihre vielfältigen Aufgaben bei der Umsetzung der Geldpolitik wahrgenommen, sondern auch maßgeblich die gemeinsamen Vorhaben im ESZB mitgestaltet. Besonderes Augenmerk wurde auf die Kommunikation der Geldpolitik, die Förderung der Finanzmarktstabilität und die Vorbereitung auf einen einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum gelegt. Die OeNB-Tochtergesellschaften leisteten einen wichtigen Beitrag dazu, dass unsere Zahlungsmittel hohen Sicherheitsanforderungen entsprechen und effizient bereitgestellt werden konnten.

Mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen wird der Zusammenarbeit mit den Ländern Zentral- und Südosteuropas ein hoher Stellenwert zukommen, um die Expertise der OeNB zu diesen Ländern auch für das Eurosystem zu nutzen.

Die Effizienz der Leistungserstellung ist dabei gerade für eine kleine nationale Zentralbank entscheidend für den längerfristigen Unternehmenserfolg. Dementsprechend kommt der Fortsetzung der Optimierung der Geschäftsabläufe, der Nutzung von Synergien und der Verstärkung von Kooperationen große Bedeutung zu. Das anhaltend große Vertrauen der Bevölkerung in die OeNB als Währungsinstitution ist Anerkennung ihrer Arbeit, aber auch Leistungsauftrag für die Zukunft.

Präsident
Herbert Schimetschek

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2004 real um über 4%. Auch im Euroraum erholte sich die Konjunktur, mit 1,8% (saison- und arbeitstägig bereinigt) lag das Wachstum deutlich über dem der Vorjahre. Der Aufschwung verlor jedoch weltweit ab Frühjahr 2004 an Dynamik. Insbesondere die Hausse der Erdöl- und Rohstoffpreise, die inflationsbedingte Straffung der Geldpolitik in einigen Währungsräumen sowie ein Nachlassen der Exportdynamik zeichneten dafür verantwortlich.

Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate im Euroraum lag – getrieben vor allem von den Energiepreisen – im Jahr 2004 wie im Jahr zuvor bei 2,1%. In Einschätzung der Aussichten für die weitere mittelfristige Preisentwicklung beließ der EZB-Rat die Leitzinsen aber unverändert auf einem im historischen Vergleich sehr niedrigen Niveau. Die Inflationserwartungen waren stabil und im Einklang mit dem Ziel des EZB-Rats, die HVPI-Inflationsrate des Euroraums mittelfristig unter, aber nahe 2% zu halten. Die Geldpolitik des Eurosystems genoss weiterhin ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.

Hingegen stand die Glaubwürdigkeit einer nachhaltig gesunden Fiskalpolitik im Euroraum im Jahr 2004 vor einer harten Belastungsprobe. Die Hälfte der Länder des Euroraums wiesen Defizitquoten um 3% oder darüber aus, in acht Ländern lag die Schuldenquote über 60%. Reformarbeiten am Stabilitäts- und Wachstumspakt mündeten im März 2005 in Änderungen und in einer Schwächung des fiskalpolitischen Regelwerks der Wirtschafts- und Währungsunion, deren Folgen sich erst in der Praxis erweisen werden. Vermehrte diskretionäre Entscheidungsspielräume stellen erhöhte Anforderungen an die Politik, um Nachhaltigkeit und langfristige Wachstumsorientierung der Fiskalpolitik verantwortungsvoll sicherzustellen. Es ist die feste Überzeugung des EZB-Rats, dass gesunde öffentliche Finanzen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung des Euroraums unabdingbar sind.

Das Jahr 2004 stand auch im Zeichen der Evaluierung der „Lissabon-Wachstumsstrategie“. Fortschritten bei der Beschäftigung, bei Netzwerkindustrien und bei Finanzdienstleistungen steht ein Reformdefizit bei den europäischen Wissenschafts-, Innovations- und Ausbildungssystemen gegenüber. Weitere Reformen im Rahmen nationaler Wachstumsstrategien oder Aktionspläne sollten auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten zügig implementiert werden.

Die österreichische Wirtschaftspolitik war im Jahr 2004 durch weitere Reformen geprägt. Die Pensionsreform trägt zur Nachhaltigkeit

des Pensionssystems und seiner langfristigen Finanzierbarkeit bei. Die Unternehmens- und die Einkommensteuerreform festigten den Wirtschaftsstandort und stärkten die realen Einkommen. IWF und OECD haben die Reformfortschritte gewürdigt. Eine Fortsetzung des eingeschlagenen Reformkurses ist für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand wichtig.

Österreichs Konjunktur gewann, unterstützt durch den boomenden Außenhandel, im ersten Halbjahr 2004 deutlich an Fahrt; mit 2% lag das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2004 deutlich über dem der beiden Vorjahre und auch etwas über dem Durchschnitt des Euroraums. Gegen Jahresende wirkte die Wachstumsverlangsamung im Euroraum auch auf Österreich dämpfend, die Investitionstätigkeit war aber sehr lebhaft. Die HVPI-Inflationsrate lag in Österreich im Jahr 2004 mit 2% geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt.

Mit 1,3% des BIP betrug die Maastricht-Defizitquote Österreichs im Jahr 2004 weniger als die Hälfte des Euroraum-Durchschnitts. Die Steuerreform 2005 wird die Defizitquote auf 1,9% heben; nach dem österreichischen Stabilitätsprogramm sollen ein ausgeglichener Haushalt sowie eine Schuldenquote unter 60% des BIP im Jahr 2008 erreicht werden. Die geplante Rückführung der Abgabenquote auf nahe 40% bereits im Jahr 2006 ist zu begrüßen, parallel dazu sollte die Senkung der Staatsausgabenquote aber zügiger vorangetrieben werden.

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten per 1. Mai 2004 ist sehr zu begrüßen und begünstigt Österreichs Entwicklungspotenzial, nutzt die österreichische Wirtschaft doch bereits sehr intensiv die Expansions- und Kooperationsmöglichkeiten in den Nachbarstaaten. Der seit Jahren verfolgte „Osteuropa-Schwerpunkt“ der OeNB hat sich als richtig bestätigt.

Das Financial Sector Assessment Program des IWF bestätigte dem österreichischen Finanzsystem hohe Schockresistenz und eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Finanzmarktaufsicht und OeNB.

Mit dem Relaunch des OeNB-Internetauftritts (www.oenb.at) und der Neukonzeption der volkswirtschaftlichen und statistischen Publikationen *Geldpolitik & Wirtschaft*, *Workshops*, *Focus on European Economic Integration* sowie *Statistiken* hat die OeNB Qualität, Umfang und Zugänglichkeit ihres Analyse- und Datenangebots im Dienste der Wirtschaftspolitik wie auch der Bevölkerung weiter optimiert.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher



Inhalt

GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK

Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2004

Eurosystem sichert Preisstabilität	17
<i>Euroraum-Leitzinsen im Jahr 2004 unverändert</i>	17
<i>Österreich – Vom Export getragener Wirtschaftsaufschwung</i>	23
<i>Weltwirtschaft wächst im Jahr 2004 stark</i>	25
<i>Stabilitäts- und Wachstumspakt als wesentliche Säule der Stabilitätsarchitektur der Währungsunion</i>	29
<i>Halbzeit bei Lissabon-Strategie – Erheblicher weiterer Reformbedarf</i>	33
<i>Die europäische Integration schreitet voran</i>	35
OeNB als kompetenter Akteur für Finanzmarktstabilität	39
<i>Verbesserte Ergebnisse im österreichischen Finanzsektor</i>	39
<i>Positive Beurteilung des österreichischen Finanzmarktes durch den IWF</i>	42
<i>OeNB unterstützt Basel II-Umsetzung</i>	45
<i>Umfangreiche Aktivitäten der OeNB zur Förderung der Finanzmarktstabilität</i>	46
<i>Enge Kooperation zwischen OeNB und FMA</i>	48
<i>Leitfäden als Service für die Kreditwirtschaft</i>	49
Europäisierung im Zahlungsverkehr – Regionalisierung beim Bargeld	51
<i>Neue europäische Strukturen im unbaren Zahlungsverkehr</i>	51
<i>Regionales Sicherheitsnetzwerk beim Bargeld</i>	58
<i>Die Beteiligungen der OeNB im Zahlungsmittelbereich</i>	63
Kommunikation und Information im Zeichen von „Stabilität und Sicherheit“	66
<i>Kommunikation der Geldpolitik – Eine Basis für Glaubwürdigkeit und Vertrauen</i>	66
<i>Die OeNB als nationale und internationale Dialogplattform</i>	70
Die OeNB – Ein innovatives, dynamisches und kostenbewusstes Unternehmen	72
<i>Strukturen folgen der OeNB-Strategie</i>	73
<i>Innovations- und Veränderungsprojekte ermöglichen zukunftsorientierte Steuerung und Leistungserfüllung</i>	75
<i>Fundiertes Expertenwissen als Erfolgsfaktor</i>	77
<i>OeNB beweist Verantwortung für Forschung, Wissenschaft und Kultur</i>	78

JAHRESABSCHLUSS 2004 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Bilanz zum 31. Dezember 2004	82
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2004	84
Anhang zum Jahresabschluss 2004	85
<i>Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss</i>	85
<i>Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004</i>	88
<i>Kapitalbewegungen</i>	90
<i>Überblick über die Entwicklung der OeNB-Währungspositionen im Geschäftsjahr 2004</i>	91
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</i>	91
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</i>	116
<i>Direktorium, Generalrat</i>	121
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer</i>	122
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	123

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2004

125

HINWEISE

Abkürzungen	128
Zeichenerklärung	129
Glossar	130
Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank	136
Bildnachweis	139
Adressen der Oesterreichischen Nationalbank	140

Redaktionsschluss: 14. April 2005.





Generalrat, Staatskommissär,
Direktorium
und personelle Veränderungen,
Organisation der Bank

Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 2004

Herbert Schimetschek
Präsident
Vorsitzender des Vorstandes des Austria
Versicherungsvereines auf Gegenseitigkeit

Dr. Manfred Frey
Vizepräsident
Präsident i. R.
der Finanzlandesdirektion für Wien,
Niederösterreich und Burgenland

Dipl.-Ing. August Astl
Generalsekretär der Präsidentenkonferenz
der Landwirtschaftskammern Österreichs

Mag. Christian Domany
Vorstand
der Flughafen Wien AG

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
Direktor des Instituts für Höhere Studien
und Wissenschaftliche Forschung (IHS)

**Univ.-Doz.
MMag. Dr. Philip Göth**
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Gesellschafter/Geschäftsführer
der Deloitte-Gruppe Österreich

**Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner**
Geschäftsführerin
der Sacher Hotels Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin der Österreichischen
Hotelierversammlung (ÖHV)

**Univ.-Prof.
Mag. Dr. Herbert Kofler**
Wirtschaftstreuhänder/Steuerberater
Vorstand der Abteilung
Betriebliches Finanz- und Steuerwesen
am Institut für Wirtschaftswissenschaften
Universität Klagenfurt

Mag. Georg Kovarik
Leiter des Referates für Volkswirtschaft
des österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dipl.-Ing. Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana Beteiligungs-AG

Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dkfm. Gerhard Randa
Vorsitzender des Aufsichtsrates
der Bank Austria Creditanstalt AG
und Mitglied des Vorstandes der Bayerischen
Hypo- und Vereinsbank AG

Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Dkfm. Johann Zwettler
Generaldirektor
der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat
bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Mag. Thomas Reindl
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Dr. Martina Gerharter
Stellvertretende Vorsitzende
des Zentralbetriebsrats

Staatskommissär
Sektionschef **Mag. Thomas Wieser**
Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik
und Finanzmärkte im Bundesministerium
für Finanzen

Staatskommissär-Stellvertreter
Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler
Österreichisches Institut
für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Direktorium

Stand per 31. Dezember 2004



Dr. Klaus Liebscher

Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner

Direktor

Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Direktor

Personelle Veränderungen

vom 19. April 2004 bis 14. April 2005

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 13. Mai 2004 endete die Funktionsperiode von Generalrat Dkfm. R. Engelbert *Wenckheim*. An seiner Stelle wurde Mag. Christian *Domany*, damals Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich und seit 1. Oktober 2004 Vorstand der Flughafen Wien AG, zum Mitglied des Generalrats gewählt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Juli 2004 beschlossen, Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip *Göth*, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater und Gesellschafter/Geschäftsführer der Deloitte-Gruppe Österreich, mit Wirkung vom 1. August 2004 zum Mitglied des Generalrats zu ernennen. Weiters hat die Bundesregierung in derselben Sitzung Dipl.-Ing. Johann *Marihart* mit Wirkung vom 1. August 2004 zum Mitglied des Generalrats wieder ernannt. Die Funktionsperiode von Generalrat Dipl.-Ing. Karl Werner *Rüsch* endete mit 31. Juli 2004.

Dr. Richard *Leutner* und Dkfm. Lorenz *Fritz* legten mit Wirkung vom 1. Juli 2004 bzw. 13. August 2004 ihre Generalratsmandate zurück. An deren Stelle wurden in der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. September 2004 Mag. Georg *Kovarik*, Leiter des Referates für Volkswirtschaft des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, sowie Dkfm. Elisabeth *Gürtler-Mauthner*, Geschäftsführerin der Sacher Hotels Betriebsges.m.b.H. und Vizepräsidentin der Österreichischen Hoteliersvereinigung, zu Mitgliedern des Generalrats gewählt.

Organisationsplan

Präsident
Herbert Schimetschek

Referat des Generalrats
AL DDr. Richard Mader

Vizepräsident
Dr. Manfred Frey

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher

Referat des Gouverneurs
AL Mag. Dr. Wolfgang Ippisch

Innenrevision
AL DRR Wolfgang Winter

Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit
AL Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling
AL Mag. Gerhard Hohäuser

Jubiläumsfonds
AL Dr. Wolfgang Höritsch

Personalabteilung
AL Dr. Axel Aspetsberger

Hauptreferat

Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung
DHR Mag. Peter Achleitner

Ressort Geld- und Rechnungswesen,
Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Rechtsabteilung
AL Dr. Hubert Mölzer

Hauptabteilung

Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr
DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für IT- und Zahlungsverkehrsstrategie
AL Dr. Walter Hoffenberg

IT-Development
AL DRR Dr. Reinhard Auer

IT-Operations
AL Dipl.-Ing. Erich Schütz

Zahlungsverkehrsabteilung
AL Mag. Andreas Dostal

Hauptabteilung

Hauptkasse und Zweiganstalten
HAL Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei
TL Gerhard Habitzl

Banknoten- und Münzenkasse
AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zweiganstalt Österreich Nord
DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd
DZA Mag. Friedrich Fasching

Zweiganstalt Österreich West
DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung

Rechnungswesen
DHA Michael Wolf

Abteilung Bilanzierung
AL DRR Friedrich Karrer

Abteilung Zentralbuchhaltung
AL Herbert Domes

AL Abteilungsleiter
DHA Direktor der Hauptabteilung
DHR Direktor des Hauptreferats
DRR Direktionsrat
DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
HAL Hauptabteilungsleiter
TL Technischer Leiter

Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Hauptabteilung

Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
AL Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien
AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter

Abteilung für Integrationsangelegenheiten
und Internationale Finanzorganisationen
AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen
im Ausland
AL Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel
Mag. Marlies Stubits

Repräsentanz Paris
Mag. Andreas Breitenfellner

Hauptabteilung

Analyse und Revision
DHA Mag. Andreas Ittner

Abteilung für Finanzmarktanalyse
AL Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse und -revision
AL Mag. Helmut Ettl

Kreditabteilung
AL DRR Mag. Dr. Franz Richter

Ressort Investitionspolitik, Interne Dienste und Statistik
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Beteiligungsverwaltung
AL Mag. Franz Partsch

Hauptabteilung

Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
AL Mag. Walter Sevcik

Treasury – Front Office
AL DRR Mag. Rudolf Kreuz

Treasury – Back Office
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London
Doris Kutalek

Repräsentanz New York
Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung

Organisation und Interne Dienste
DHA Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung¹
AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland

Administrationsabteilung
AL DRR Dipl.-Ing. Roland Kontrus

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Alfred Tomek

Hauptabteilung

Statistik

DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve
AL Gerhard Kaltenbeck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten
AL Eva-Maria Nesvadba

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs.

Stand per 14. April 2005.





Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2004

Eurosystem sichert Preisstabilität

Euroraum-Leitzinsen im Jahr 2004 unverändert

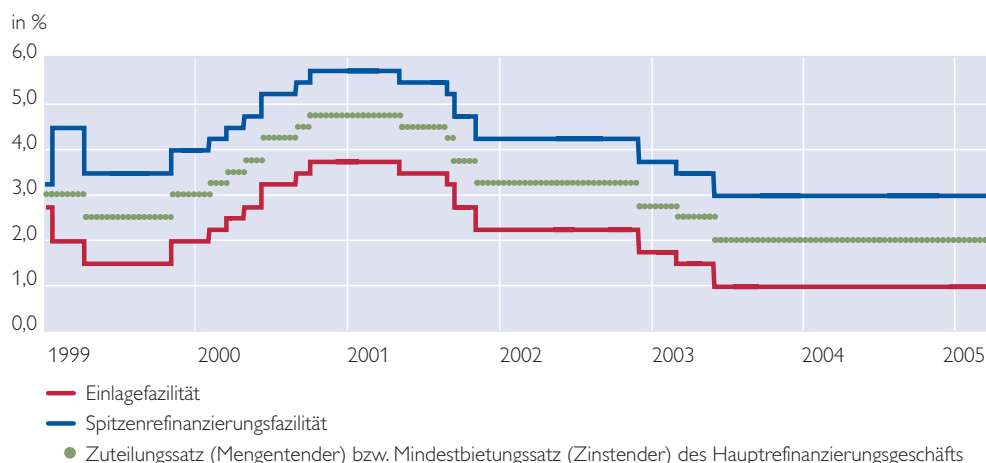
Nach rund zwei Jahren gedämpften Wirtschaftswachstums (2002: 0,9% und 2003: 0,5%) wurde im Jahr 2004 ein Jahreswachstum des realen BIP im Euroraum von 2,1% erreicht. Beginnend in der zweiten Jahreshälfte 2003 setzte sich die langsame Erholung der Wirtschaftstätigkeit im Euroraum auch Anfang des Jahres 2004 fort. In der zweiten Jahreshälfte 2004 geriet der Aufwärtstrend jedoch aufgrund steigender Erdölpreise ins Stocken. Die Investitionstätigkeit war über das gesamte Jahr 2004 mäßig. Trotz niedriger Zinsen und verbesserter Ertragslage stiegen die Ausrüstungsinvestitionen nur schwach. Die Bauinvestitionen waren sogar leicht rückläufig. Vom privaten Konsum kamen bis auf eine leichte Steigerung zu Jahresende kaum Impulse. Aufgrund der Belebung des Welthandels stieg der Überschuss in der Leistungsbilanz gegenüber dem Jahr 2003 leicht auf 0,5% des BIP. Der Wirtschaftsaufschwung hatte im Jahr 2004 noch kaum sichtbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung wuchs um 0,5%,

während die Arbeitslosenquote sich gegenüber 2003 nicht änderte und auch im Jahr 2004 8,9% betrug.

Der Preisdruck im Euroraum blieb trotz der Nachfrageerholung im ersten Halbjahr 2004 moderat. Vor allem mäßige Lohnsteigerungen sowie verzögerte Effekte der Aufwertung des Euro zeichneten dafür verantwortlich. Ab Mai 2004 kletterte die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate jedoch vor allem aufgrund der Anhebung indirekter Steuern und administrierter Preise sowie der hohen Erdölpreise über die 2-Prozent-Marke. Im zweiten Quartal 2004 waren allein 20% des Preisauftriebs auf die Komponente *Energie* zurückzuführen. Dennoch vertrat der EZB-Rat die Ansicht, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleiben werde, vor allem aufgrund des schwachen Arbeitsmarktes und, damit verbunden, moderater Lohnanpassungen. Die Inflationsprojektion des Eurosystems vom Juni 2004 erwartete für die Jahre 2004 und 2005 Inflationsraten für den Euroraum zwischen 1,9% und 2,3% bzw. zwischen 1,1% und 2,3%.

Wirtschaftsaufschwung im Euroraum durch Euro-Wechselkurs und Erdölpreis-Hausse gedämpft

Zinssätze im Euroraum



Quelle: EZB.

Moderater
Inflationsdruck –
Leitzinsen blieben
unverändert

Insgesamt betrug die Inflationsrate im Jahr 2004 2,1% und lag damit auf dem Niveau des Vorjahres. In diesem Umfeld gemäßigten Preisdrucks und positiver Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung beließ der EZB-Rat die Leitzinsen des Eurosystems unverändert auf

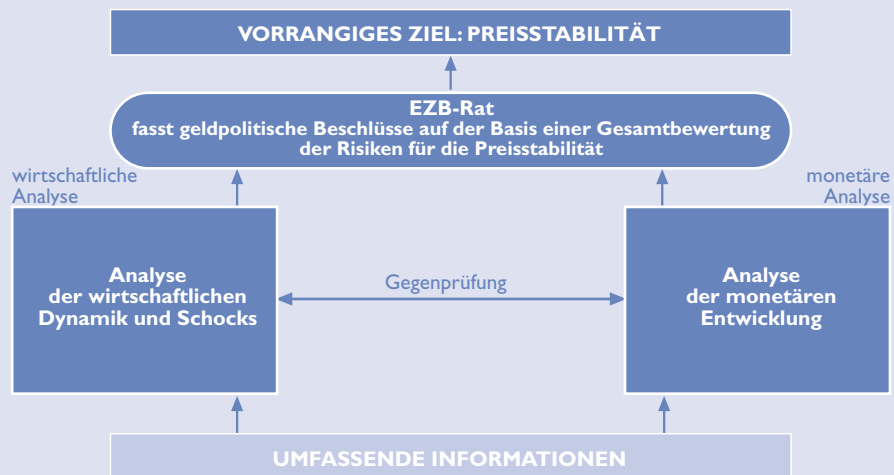
dem im historischen Vergleich niedrigen Niveau. Der Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte lag bei 2,0%, und die Zinssätze für die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierung betrugen 1,0% bzw. 3,0%. Diese Zinssätze sind seit Juni 2003 unverändert geblieben.

Kasten 1

Die geldpolitische Strategie des Eurosystems im Überblick

Das vorrangige Ziel der Geldpolitik des Eurosystems ist die Gewährleistung von Preisstabilität. Zinspolitische Entscheidungen werden folglich im Hinblick auf Inflationserwartungen getroffen und bedürfen eines Rahmenwerks, das Hilfestellungen bei diesen Entscheidungen bietet. Dieses wird durch die geldpolitische Strategie gebildet, die alle für die Geldpolitik relevanten Informationen strukturiert, um den EZB-Rat bei seinen Zinsentscheidungen und deren verständlicher Vermittlung an die Öffentlichkeit zu unterstützen.

Die stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie des Eurosystems



Quelle: EZB, 2004. Die Geldpolitik der EZB, S. 70.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, besteht die geldpolitische Strategie des Eurosystems aus drei Teilen. Kernpunkt ist die quantitative Definition von Preisstabilität, die vorsieht, dass die Inflationsrate im Euroraum mittelfristig unter, aber nahe 2% liegen soll. Die beiden weiteren Teile der Strategie werden durch zwei Säulen gebildet. Die eine Säule, die wirtschaftliche Analyse, umfasst jene Indikatoren, die Informationen über die kurz- bis mittelfristigen Bestimmungsfaktoren der Preisentwicklung geben. Die andere Säule, die monetäre Analyse, umfasst monetäre Indikatoren, die es erlauben, die aus der wirtschaftlichen Analyse abgeleiteten kurz- bis mittelfristigen Hinweise für die Geldpolitik aus mittel- bis langfristiger Sicht zu überprüfen.

Graduelle wirtschaftliche Erholung im ersten Halbjahr 2004

Zu Beginn des Jahres 2004 bestätigten die Daten die graduelle Erholung der Wirtschaftstätigkeit im Euroraum, und die Vorlaufindikatoren deuteten auf eine Fortsetzung des

Aufschwungs hin. Das reale BIP wuchs im ersten Quartal 2004 gegenüber dem Vorquartal um 0,7%. Vor allem die Exporte profitierten vom kräftigen Weltwirtschaftswachstum.

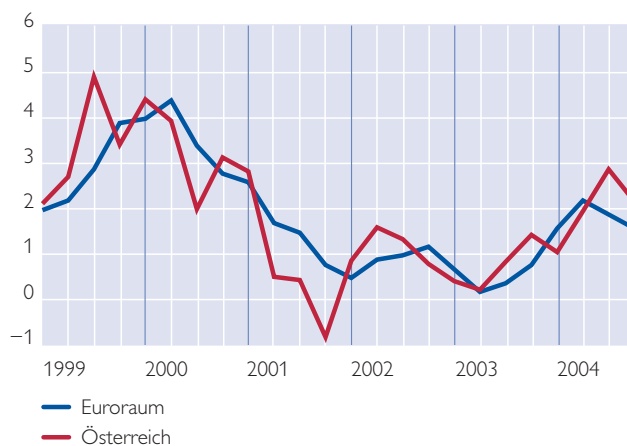
Das relativ starke Wachstum des Konsums (+0,7% gegenüber dem Vorquartal) überraschte positiv und ließ auf eine weitere Konjunkturerholung schließen. Im zweiten Quartal 2004 stiegen jedoch die Erdölpreise auf knapp unter 40 USD/Barrel (Brent) und stellten damit ein Risiko für die Konjunkturentwicklung dar. Zunächst schien jedoch der positive Effekt der rasch wach-

senden Weltwirtschaft zu dominieren. Die Prognosen erwarteten eine raschere Erholung in der zweiten Jahreshälfte und wurden nach oben revidiert. Die im Juni 2004 veröffentlichte Projektion des Eurosystems rechnete mit Wachstumsraten des realen BIP zwischen 1,4% und 2,0% im Jahr 2004, die 2005 auf 1,7% bis 2,7% steigen sollten.

Beginnende
Erdölpreis-Hausse

Wirtschaftswachstum im Euroraum und in Österreich

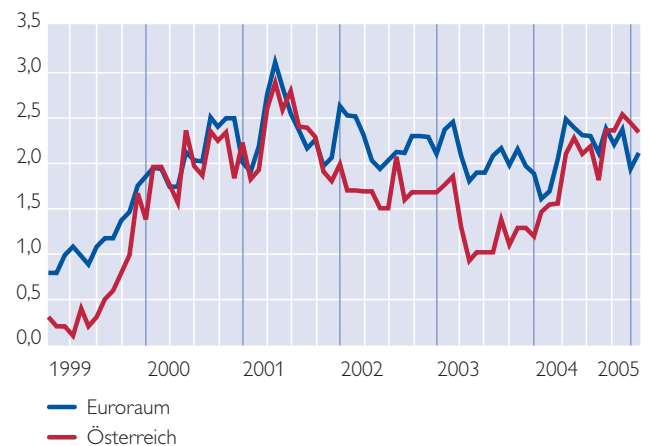
Veränderung des realen BIP zum Vorjahr in %



Quelle: WIFO, Eurostat.

HVPI-Inflationsrate im Euroraum und in Österreich

Veränderung des HVPI zum Vorjahr in %

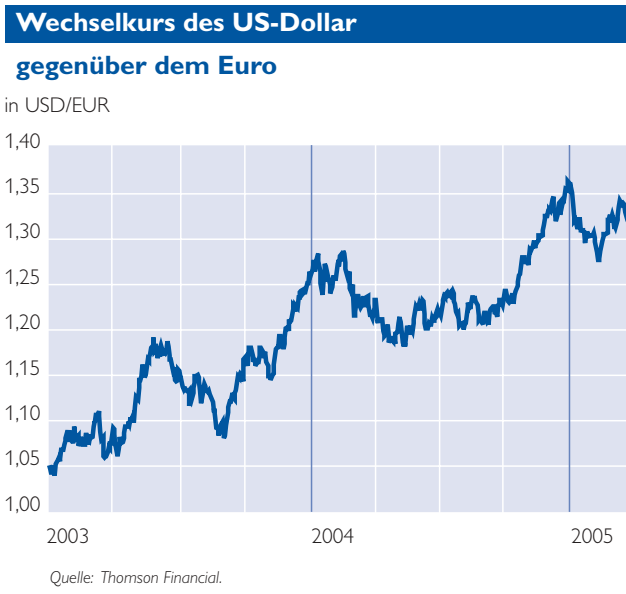
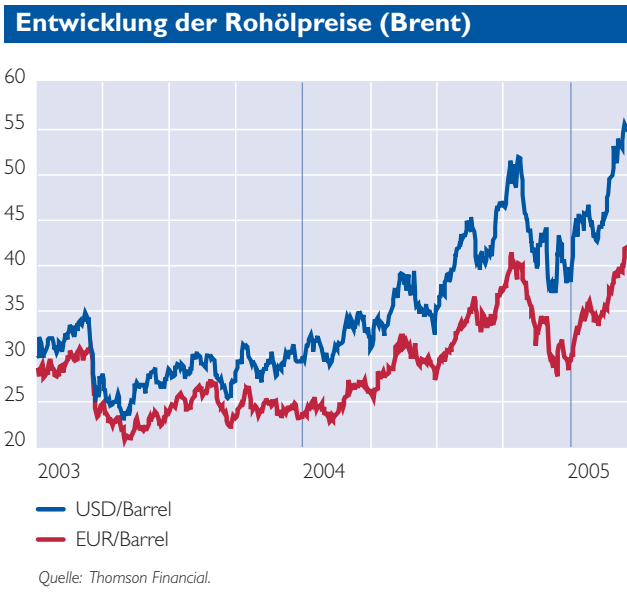


Quelle: Eurostat.

In der zweiten Jahreshälfte 2004 wurde die Konjunkturentwicklung von drei Hauptfaktoren beeinflusst: Die Weltwirtschaft wuchs etwas langsamer, die Erdölpreise stiegen im Sommer 2004 weiter auf über 50 USD/Barrel (Brent), und der Euro wertete vor allem im vierten Quartal weiter auf. Die aktuell verfügbaren Indikatoren bestätigten zunehmend, dass die Erdölpreisentwicklung das Wachstum sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums dämpfte. So blieben die

Wachstumsraten im dritten (+0,3%) und vierten Quartal (+0,2%) im Euroraum moderat (im Vergleich zum Vorquartal). Dementsprechend wurden die Wachstumsprognosen nach unten revidiert und die im Dezember 2004 veröffentlichte Projektion des Eurosystems erwartete für die Jahre 2005 und 2006 ein Wachstum des realen BIP zwischen 1,4% und 2,4% bzw. zwischen 1,7% und 2,7%. Abwärtsrisiken, die von den Erdölpreisen auf die Konjunktur wirken, wurden betont.

Aufschwung bremste
sich im zweiten
Halbjahr 2004
deutlich ein



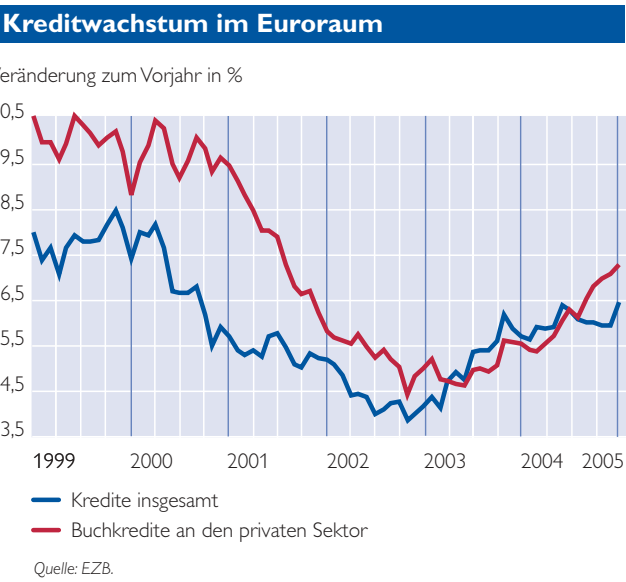
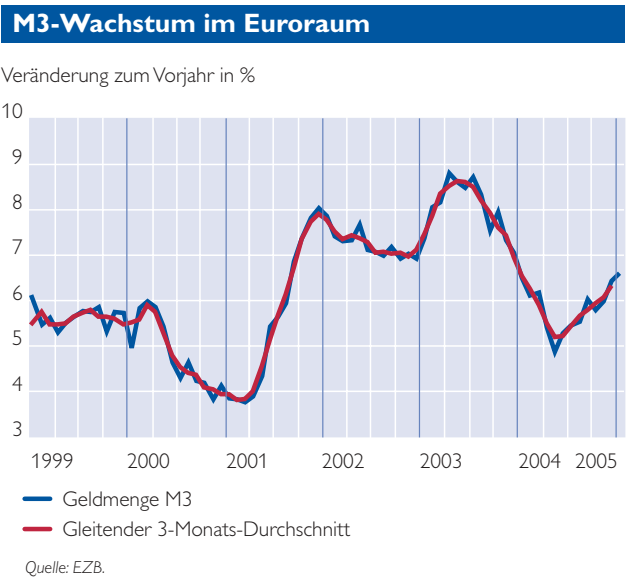
Erdölpreise trieben
Inflationsrate
nach oben

M3-Wachstum ging
anfänglich zurück;
Trendwende
ab Jahresmitte 2004

Die Inflationsraten lagen in der zweiten Jahreshälfte 2004 durchwegs über 2%. Der Beitrag der Komponente *Energie* stieg von 0,5 Prozentpunkten zur Jahresmitte auf 0,8 Prozentpunkte im Oktober 2004, hingegen ging vom Euroraum selbst kein Preisdruck aus, da die Lohnentwicklung weiterhin moderat blieb, Zweitrundeneffekte der Erdölpreise ausgeblieben waren und anzunehmen war, dass dies vor dem Hintergrund eines gedämpften Wirtschaftswach-

tums anhalten würde. Folglich erwartete die Inflationsprojektion des Eurosystems vom Dezember 2004 für die Jahre 2005 und 2006 HVPI-Inflationsraten zwischen 1,5% und 2,5% bzw. zwischen 1,0% und 2,2%.

Das Wachstum der Geldmenge M3 verlangsamte sich in der ersten Jahreshälfte 2004 von 6,5% zu Beginn des Jahres auf 4,9% im Mai. Dies spiegelte vor allem die Normalisierung der starken Liquiditätspräferenz infolge der großen Unsicherheit



der Anleger in den Jahren von 2001 bis 2003 wider. Die Portfolios wurden wieder verstärkt in risikoreichere und längerfristige Veranlagungen investiert. Zur Jahresmitte 2004 drehte die Geldmengenentwicklung. Der das Geldmengenwachstum treibende Effekt des niedrigen Zinsniveaus wurde stärker und führte zu einem Anstieg in den M3-Wachstumsraten von 5,3% im Juni 2004 auf 6,4% im Dezember 2004. Die niedrigen Zinsen bewirkten auch eine

Zunahme der Kreditnachfrage, insbesondere bei Hypothekarkrediten; dies spiegelte den starken Anstieg bei Immobilienpreisen in einigen Ländern des Euroraums wider. Vor diesem Hintergrund wies der EZB-Rat darauf hin, dass die vorhandene Überschussliquidität und das starke Kreditwachstum nicht nur ein Risiko für die Preisstabilität darstellen, sondern auch zu übermäßigen Anstiegen bei Vermögenspreisen führen könnten.



Der Zusammenhang von Zahlungsbilanz und

Geldmengenentwicklung im Euroraum

Die Bedeutung der Zahlungsbilanz

Der Einfluss grenzüberschreitender Transaktionen auf die monetäre Dynamik innerhalb eines Währungsgebiets ist theoretisch wohlfundiert. So ist der Zusammenhang von Geldmengenentwicklung und Zahlungsbilanz Inhalt der klassischen Wirtschaftsökonomik und ebenso Grundelement der modernen Außenwirtschaftstheorie. Vor dem Hintergrund globaler Finanz- und Kapitalmärkte erlangen die modelltheoretischen Erkenntnisse aktuelle Relevanz für die Währungspolitik. Die EZB stellt für den Euroraum fest, dass die seit dem Jahr 2001 beobachtbare Dynamik im breiten, strategischen Geldmengenaggregat M3 überwiegend mit Transaktionen, die Nicht-Gebietsansässige betreffen, in Zusammenhang steht. Die Beobachtung grenzüberschreitender Kapitalströme ist zu einem wesentlichen Bestandteil der monetären Analyse im Euroraum geworden.

Konzept und statistisches Angebot

Die EZB stellt für diese Art der institutionellen Analyse die monetäre Aufbereitung der Zahlungsbilanz des Euroraums (Monetary Presentation) zur Verfügung, die in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Zentralbanken innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) als Datenset etabliert wurde. Das neue Statistikangebot wurde der interessierten Öffentlichkeit durch die OeNB bereits bekannt gemacht, und die statistisch-analytischen Grundprinzipien wurden erläutert.¹ Die Zahlungsbilanzstatistik ist aufgrund der Bilanzidentität sowie der Harmonisierung der Daten mit jenen der Monetärstatistik Quelle von Strukturinformationen über die Entwicklung des externen Gegenpostens von M3 (Nettoforderungen des Bankensystems gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets). In Summe ergibt die monetäre Darstellung der Zahlungsbilanz des Euroraums den Nettokapitalfluss des Geldhaltenden Sektors gegenüber dem Rest der Welt.

Wechsel in der Flussrichtung des internationalen Kapitals

In einer ersten Phase nach Gründung der Währungsunion in Europa, von 1999 bis Mitte 2001, verzeichnete der Euroraum umfangreiche Nettokapitalabflüsse und damit einen kontraktiven Beitrag der Auslandstangente zur Geldmengenentwicklung. So war dieser Zeitraum geprägt von der Internationalisierung der Unternehmensstandorte gebietsansässiger Firmen sowie von der relativ höheren Attraktivität, unter anderem aus Diversifikationsüberlegungen, von Aktieninvestitionen im Rest der Welt. Nichtbanken haben sich im Euroraum zu günstigen Bedingungen finanziert und das Kapital in anderen Wirtschaftsregionen, insbesondere den USA, veranlagt. Demgegenüber kam es in der zweiten Phase, zwischen 2001 und 2003, tendenziell zur Repatriierung des Kapitals in den Euroraum im Zusammenhang mit der Technologie-Baisse, dem Verfall der Aktienkurse sowie den Auswirkungen des 11. September 2001 und der folgenden Suche von Investoren nach sicheren Anlagemärkten. Damit trug die Auslandstangente der Geldmengenentwicklung zur beobachteten Beschleunigung der monetären Dynamik in diesem Zeitraum bei.

Entwicklung im Jahr 2004

Im Jahr 2004 nahm der expansive Beitrag von Transaktionen mit Nicht-Gebietsansässigen im Vergleich zum Vorjahr weiter zu. Der vermehrte Nettokapitalzufluss in den Euroraum ist sowohl auf realwirtschaftliche Transaktionen mit dem Rest der Welt, insbesondere auf geringere Nettoeinkommenszahlungen, als auch auf internationale Kapitalmarktveranlagungen sowie Auslandskredite und Einlagen des Geldhaltenden Sektors zurückzuführen. So veranlagten gebietsansässige Investoren im Jahr 2004 weniger in ausländische Aktien und Investmentzertifikate, während Kapitalströme in den Euroraum zunahm. Bei internationalen Anleiheninvestitionen zeigt sich ein ähnliches Bild. Hingegen floss per saldo Kapital aus Geldmarktveranlagungen in den Extra-Euroraum ab, und auch der Nettokapitalexport aus Direktinvestitionen erhöhte sich. So war der Euroraum vom fortgesetzten Rückgang internationaler Firmenbeteiligungen relativ stärker betroffen als der Rest der Welt.

¹ Siehe dazu: OeNB. 2003. Die Bedeutung von Außenwirtschaft und internationalem Kapitalverkehr für das Geldmengenwachstum im Euroraum und der Beitrag Österreichs von 1999 bis 2002: Monetary Presentation. In: Berichte und Studien 3/2003. S. 98–118.

Um eine reibungslose Umsetzung der Geldpolitik zu sichern, nahm der EZB-Rat im März 2004 zwei Anpassungen beim geldpolitischen Instrumentarium vor. Erstens wurde die Periode der Mindestreservehaltung so angepasst, dass sie am Tag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts nach dem ersten EZB-Rat im Monat beginnt. Auf diese Weise wurde der Zyklus der Zinsentscheidungen mit der Mindestreservehaltung in Einklang gebracht, sodass Veränderungen der Leitzinsen immer am ersten Tag der Mindestreserveperiode umgesetzt werden. Spekulationen auf Zinsanhebungen oder -senkungen während der Mindestreserveperiode mit den entsprechenden Effekten auf das Bietungsverhalten beim Hauptrefinanzierungsgeschäft können auf diese Weise verhindert werden.

Zweitens wurde die Laufzeit der Hauptrefinanzierungsgeschäfte von zwei Wochen auf eine Woche verkürzt. Hauptrefinanzierungsgeschäfte, die in einer Mindestreserveperiode durchgeführt werden, reichen somit nicht mehr in die folgende Mindestreserveperiode hinein. Beide Umstellungen verliefen reibungslos, die Halbierung der Laufzeit der Hauptrefinanzierungsgeschäfte führte zu einer Verdopplung des bei diesen Geschäften zugeteilten Volumens.

Österreich – Vom Export getragener Wirtschaftsaufschwung

Aufgrund der starken Auslandsnachfrage gewann das Wirtschaftswachstum in Österreich im ersten Halbjahr 2004 an Fahrt. Ungeachtet der tendenziell dämpfenden Folgen der Euro-Aufwertung gelang es den österreichischen Exporteuren, ihre Ausfuhren zu steigern. Die Binnen- nachfrage war jedoch wenig dynamisch. Der private Konsum entwickelte sich aufgrund der relativ schwachen Zunahme der verfügbaren Einkommen und der hohen Energiepreise nur mäßig. Auch die Investitionstätigkeit blieb im ersten Halbjahr 2004 ohne Dynamik. Die deutlich verbesserte Kapazitätsauslastung sowie die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests signalisierten jedoch eine zunehmende Investitionsbereitschaft gegen Jahresende. Zudem dürfte das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie mit Jahresende 2004 zu Vorzieheffekten geführt haben. Die Investitionen zeigten sich im zweiten Halbjahr deutlich belebt. Insgesamt betrug im Jahr 2004 das BIP-Wachstum 2,0%. Gegenüber dem Jahr 2003 mit einem Wert von 0,8% gewann das Wachstum im Jahr 2004 also deutlich an Dynamik.

Die Inflation in Österreich nahm im Jahresverlauf 2004 zu. Die am

Anpassungen beim
geldpolitischen
Instrumentarium

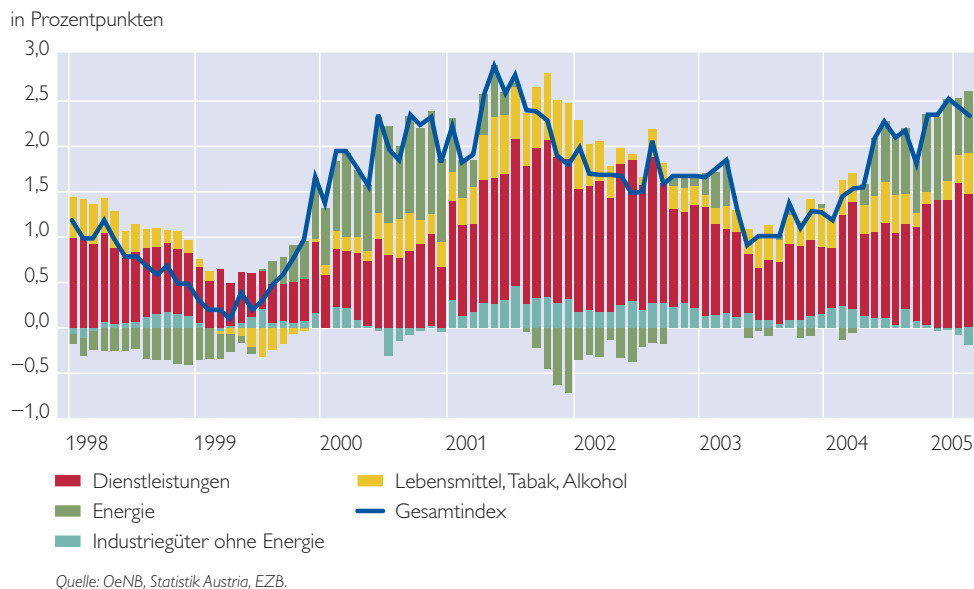
Reales BIP und Verwendung für Österreich (saisonbereinigt)

Verkettete Volumensangaben (Referenzjahr = 2000)

	2002	2003	2004	Q1 04	Q2 04	Q3 04	Q4 04
	Veränderung zum Vorjahr in %			Veränderung zum Vorquartal in %			
Reales BIP	1,2	0,8	2,0	0,6	0,8	0,8	0,3
Beiträge zum BIP-Wachstum	in Prozentpunkten						
Privater Konsum	0,0	0,4	0,8	0,2	0,2	0,1	0,2
Öffentlicher Konsum	0,2	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0
Bruttoinvestitionen	-0,8	0,9	0,8	0,0	0,3	0,6	0,4
Nettoexporte	1,5	-1,0	1,8	0,8	1,1	0,3	-0,8
Statistische Differenz	0,3	0,4	-1,6	-0,5	-0,9	-0,3	0,5

Quelle: WIFO, OeNB.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge zur Inflation in Österreich



Inflation vor allem aufgrund hoher Energiepreise gestiegen

Arbeitsmarkt von starker Zunahme des Arbeitskräfteangebots geprägt

Starkes Wachstum der Exporte wirkte einer deutlicheren Passivierung der Leistungsbilanz entgegen

HVPI gemessene Inflationsrate betrug 2,0%, wobei die Kerninflation (ohne die Komponenten *Energie* und *Unbearbeitete Nahrungsmittel*) 1,6% ausmachte. Damit lag der Jahresdurchschnitt des österreichischen HVPI im Jahr 2004 innerhalb der Definition des EZB-Rats für Preisstabilität. Der Anstieg der Teuerungsrate war maßgeblich auf die beiden Gütergruppen *Energie* (+6,9%) und *Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe* (+4,2%) zurückzuführen. Die moderate Lohnentwicklung – die Lohnabschlüsse für das Jahr 2004 lagen bei 2,1% – trug hingegen zur Sicherung der Preisstabilität bei.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war durch einen Anstieg der Zahl der gemeldeten offenen Stellen und insbesondere durch ein kräftiges Wachstum des Arbeitsangebots infolge der starken Zunahme ausländischer Arbeitskräfte sowie der Pensionsreformen der letzten Jahre bestimmt. Der Beschäftigungszuwachs von 0,5% im Jahr 2004 konzentrierte sich vor allem auf den Dienstleis-

tungssektor. Zudem war in der Sachgüterindustrie und im Bauwesen ein Ende des Stellenabbaus zu beobachten. Das überdurchschnittliche Wachstum des Arbeitskräfteangebots verhinderte jedoch, dass das anziehende Wirtschaftswachstum zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit führte. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat erreichte im Jahr 2004 einen Wert von 4,5%. Damit erhöhte sich die Quote gegenüber dem Jahr 2003 (4,3%) trotz des deutlich höheren Wachstums leicht.

Die Leistungsbilanz wies im Jahr 2004 ein Aktivum von 0,8 Mrd EUR (0,3% des BIP) auf. Das starke Wachstum der Exporte (2004: nominell +13,0%) verbesserte die Waren- und Dienstleistungsbilanz 2004 deutlich. Diese erreichte per saldo mit 4,8 Mrd EUR einen fast doppelt so hohen Überschuss wie im Jahr 2003. Österreichs Exportwirtschaft wirkte damit einer stärkeren Passivierung der Leistungsbilanz aufgrund leicht steigender Defizite in der Einkommens- und Transferbilanz entgegen. Die Kapitalbilanz wies im Jahr 2004

einen Überschuss von 1,1 Mrd EUR aus. Mit Ausnahme der Sonstigen Investitionen (Nettokapitalzuflüsse) schlossen alle anderen Teilkomponenten (Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen, Finanzderivate) mit Nettokapitalexporten. Sowohl aktive als auch passive Direktinvestitionen gingen per saldo im Jahr 2003 deutlich zurück; dies ist zum Teil auf überdurchschnittlich hohe Direktinvestitionen zurückzuführen, eine Folge von Umstrukturierungen.

Weltwirtschaft wächst im Jahr 2004 stark

Das reale Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2004 war mit 5,1% (IWF, April 2005) das höchste seit 20 Jahren. Getragen wurde das Wachstum vor allem von den USA, China und den ostasiatischen Schwellenländern. Der weltwirtschaftliche Aufschwung war nicht zuletzt Folge kräftiger expansiver wirtschaftspolitischer Impulse, verlor jedoch ab dem Frühjahr 2004 an Dynamik. Die Abschwächung – allerdings auf

hohem Niveau – resultierte einerseits aus einer wirtschaftspolitischen Straffung vor allem in den USA und in China und andererseits aus dem starken Anstieg der Erdölpreise, der den privaten Konsum dämpfte, sowie aus dem Preisauftrieb bei Rohstoffen aufgrund der hohen Rohstoffnachfrage der chinesischen Industrie.

Das reale Wachstum der US-Wirtschaft fiel im Jahr 2004 mit 4,4% deutlich aus. Der Aufschwung schwächte sich im Lauf des Jahres aber leicht ab. Vor allem die Exportdynamik ließ trotz Dollarschwäche nach. Das Importwachstum fiel hingegen deutlich kräftiger aus, sodass die Nettoexporte das Wachstum dämpften und das Leistungsbilanzdefizit auf 5,4% des BIP anstieg. Auch der private Konsum verlor vorübergehend (im zweiten und dritten Quartal) an Tempo, blieb aber insgesamt lebhaft (2004: real +3,8%). Verantwortlich für die temporäre Verlangsamung waren das Auslaufen expansiver fiskalpolitischer Impulse, die gestiegenen Erdölpreise sowie

Weiterhin
dynamische
US-Wirtschaft

Wirtschaftliche Kennziffern für ausgewählte Regionen

		EU-12	EU-15	EU-25	UK	USA	Japan	China
Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP real	2002	0,9	1,0	1,1	1,8	1,9	-0,3	8,0
	2003	0,5	0,8	0,9	2,2	3,0	1,4	9,3
	2004	2,1	2,3	2,4	3,1	4,4	2,7	9,5
Inflationsrate	2002	2,3	2,1	2,1	1,3	1,6	-0,9	-0,8
	2003	2,1	2,0	1,9	1,4	2,3	-0,3	1,2
	2004	2,1	2,0	2,1	1,3	2,7	0,0	3,9
in %								
Arbeitslosenquote laut Eurostat	2002	8,4	7,7	8,9	5,1	5,8	5,4	x
	2003	8,9	8,1	9,1	4,9	6,0	5,3	x
	2004	8,9	8,1	9,0	4,7	5,5	4,7	x
in % des BIP								
Budgetsaldo	2002	-2,4	-2,2	-2,3	-1,7	-3,8	-7,9	-3,3
	2003	-2,8	-2,8	-2,9	-3,4	-4,6	-7,7	-2,8
	2004	-2,7	-2,6	-2,6	-3,2	-4,4	-7,0	-2,4
Leistungsbilanzsaldo	2002	1,0	0,7	x	-1,7	-4,4	2,8	2,8
	2003	0,5	0,3	x	-1,8	-4,7	3,2	3,2
	2004	0,6	0,4	-0,2	-1,9	-5,4	3,7	4,2

Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission; China: IWF.

das Einschwenken des Federal Reserve System auf einen Zinserhöhungspfad ab Juni 2004. Das Wachstum der Investitionen fiel im Jahr 2004 hingegen weiterhin stark aus. Sowohl die Investitionen in Ausrüstungen und Software als auch die Wohnbauinvestitionen nahmen aufgrund der hohen Binnennachfrage, solider Gewinnspannen und der günstigen Finanzierungsbedingungen kräftig zu. Die Inflation beschleunigte

sich im Jahr 2004 v. a. infolge der gestiegenen Erdölpreise merklich auf 2,7% (2003: 2,3%). Das US-Budgetdefizit war mit 4,4% des BIP auch im Jahr 2004 weiterhin hoch. Das US-Zwillingsdefizit (Leistungsbilanz- und Budgetdefizit) war auch mitverantwortlich für die Dollarschwäche im Jahr 2004 (siehe Kasten 3) und belastet die amerikanischen Wachstumsaussichten mittelfristig.

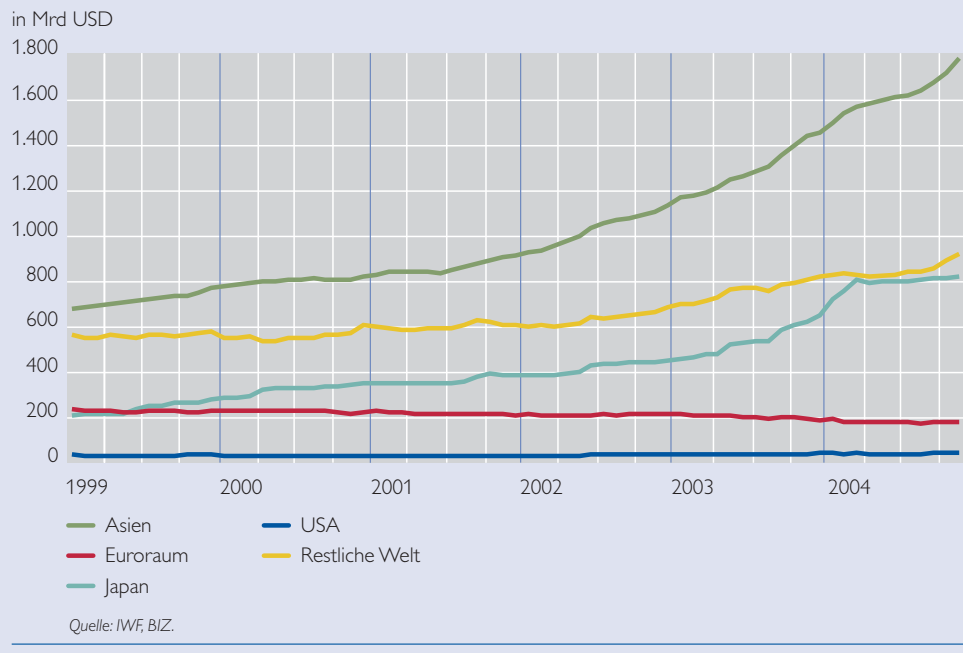
Kasten 3

Internationale Wechselkurse, Devisen- und Goldreserven

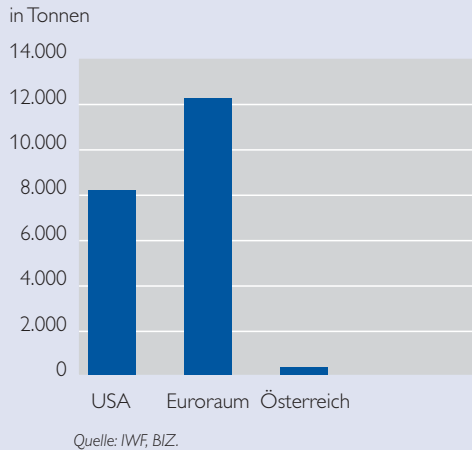
Internationale Wechselkurse und Devisenreserven

Der seit dem Jahr 2001 anhaltende Abwärtstrend der US-Währung gegenüber dem Euro blieb, über das Gesamtjahr gesehen, auch 2004 weitgehend aufrecht. Zwar kam es in den ersten Monaten bis Ende Mai 2004 zu einer deutlichen Kurskorrektur nach oben (am 13. Mai 2004 kostete 1 EUR nur mehr 1,18 USD), doch setzte sich der Abwärtstrend des US-Dollar in den Sommermonaten verhalten, aber bei relativ volatilem Verlauf fort und mündete im vierten Quartal 2004 in einem markanten Kursrückgang.

Devisenreserven



Goldreserven der Notenbanken



Dämpfende Wirkung auf den US-Dollar hatten weiterhin Nachrichten über die Ausweitung des amerikanischen Zwillingdefizits (Leistungsbilanz- und Budgetdefizit). Dabei legten die Marktteilnehmer stets besonderes Augenmerk auf die Frage der Finanzierbarkeit des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Bis in den späten Sommer hinein erweckten die Daten den Eindruck, dass die US-Nettoverbindlichkeiten keine wesentliche Finanzierungsbelastung darstellten. Antizipierte und tatsächlich durchgeführte Zinsanhebungen der amerikanischen Notenbank erhöhten die Attraktivität der Veranlagung gegenüber anderen Finanzplätzen.¹ Auch als der private Kapitalzufluss aufgrund einer Neueinschätzung der Rentabilität zurückging, waren es

immer noch die wichtigsten asiatischen Währungsbehörden, die in dem Bemühen, an ihren Kursparitäten gegenüber dem US-Dollar festzuhalten, beträchtliche Dollarreserven akkumulierten und auf diese Weise das amerikanische Defizit finanzierten.² Der rasche Abwärtstrend des US-Dollar gegenüber dem Euro im vierten Quartal 2004 wurde vor allem durch Erwartungen einer Abschwächung der US-Konjunktur (geringere Industrieproduktion, schlechte Arbeitsmarktdaten, Rückgang des Konsumentenvertrauens) ausgelöst. Der anhaltend hohe Erdölpreis verstärkte weiters Befürchtungen, dass es zu einer Beeinträchtigung der Konjunktur kommen könnte.

Neues Goldabkommen

Der Goldpreis verhielt sich im Jahr 2004 nahezu spiegelbildlich zur Entwicklung des Wechselkurses des US-Dollar gegenüber dem Euro. Er erreichte am 5. Mai 2004 einen Tiefstkurs von rund 372 USD pro Feinunze und stieg dann bis Ende November sukzessive auf rund 457 USD pro Feinunze.

Die OeNB hat bisher im Rahmen des Goldabkommens z. B. durch Goldleihegeschäfte eine aktive und Ertrag bringende Goldpolitik betrieben. Am 8. März 2004 gaben 15 europäische Zentralbanken die gemeinsame Erklärung ab, das per 26. September 2004 auslaufende Goldabkommen um weitere fünf Jahre zu verlängern. Das Vereinigte Königreich schied aus dem Goldabkommen aus, Griechenland trat bei. Die von den teilnehmenden Institutionen bereits beschlossenen und noch zu beschließenden Goldverkäufe werden innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren im Rahmen eines abgestimmten Programms getätigt. Die jährlichen Verkäufe werden 500 t nicht übersteigen; das gesamte Verkaufsvolumen in diesem Zeitraum wird nicht über 2.500 t (bisher 2.000 t) hinausgehen. Die teilnehmenden Zentralbanken haben außerdem für diesen Zeitraum vereinbart, dass das Gesamtvolumen ihrer Goldveranlagungsgeschäfte das bei Unterzeichnung der vorhergehenden Vereinbarung bestehende Volumen nicht übersteigen wird.

¹ Das Federal Reserve System erhöhte im Jahr 2004 den Zielsatz der Federal Funds Rate in mehreren Schritten von 1,00% auf 2,25%. (Sitzungen des Federal Open Market Committee, FOMC, vom 30. Juni, 10. August, 21. September, 10. November und 14. Dezember). Alle Zinsanhebungen in Höhe von jeweils 25 Basispunkten wurden von den Marktteilnehmern schon Monate vor der Entscheidung antizipiert und in den Renditenkurven diskontiert.

² Laut IWF-Statistik stiegen die Nettowährungsreserven (exklusive Gold) Asiens alleine von Jahresbeginn bis November 2004 von rund 1.500 auf 1.787 Mrd USD. Die Währungsreserven dieser Länder erreichen inzwischen ein Ausmaß, bei dem selbst geringfügige Umschichtungen den Wechselkurs beeinflussen.

Kräftiges Wachstum
in Japan – Deflation
bleibt hartnäckig

In Japan wuchs die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2004 um rund 4%, wofür insbesondere das sehr kräftige Wachstum bis zum Frühjahr maßgeblich war. Danach kam es aber auch in Japan zu einer deutlichen Abschwächung vor allem der Bruttoanlageinvestitionen. Zudem verloren die Exporte wegen der Verlangsamung der Nachfrage aus China an Schwung. Dämpfend auf das Wachstum wirkte sich auch der Rückgang der öffentlichen Investitionen aus. Hingegen behauptete sich der private Konsum trotz nur mäßig steigender Realeinkommen. Dies ist auf das Beschäftigungswachstum zurückzuführen, das das Konsumklima festigt. Die Deflation erwies sich auch im Jahr 2004 als hartnäckig. Trotz des relativ starken Wachstums und des Erdölpreisanstiegs verharrten die Verbraucherpreise auf dem Vorjahresniveau. Die Bank of Japan hielt daher auch an der seit dem Jahr 2001 bestehenden Geldpolitik mit Zinsen nahe null fest.

Russland –
hohes Wachstum,
hohe Inflation

hem Niveau – der Dynamik erkennbar. Ausschlaggebend war eine deutlich restriktivere Wirtschaftspolitik. Es wurden z. B. die Mindestreservesätze für Geschäftsbanken angehoben und Richtlinien für die Vergabe von Krediten für Investitionsprojekte verschärft. Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass das Kreditwachstum an den Nichtbankensektor Mitte 2004 zum Stillstand kam. Zudem wurden die staatlichen Infrastrukturinvestitionen gedrosselt. Auch der Anstieg der Rohstoff- und Erdölpreise wirkte sich dämpfend aus. Dennoch lag das chinesische Wirtschaftswachstum im Jahr 2004 bei 9,5%. Aufgrund dieses hohen Wachstums und des Anstiegs der Rohstoffpreise stieg die Inflationsrate deutlich auf fast 4% an.

In der Russischen Föderation setzte sich auch im Jahr 2004 das kräftige Wachstum fort. Die Wachstumsrate betrug 6,6%. Getragen wurde der Aufschwung durch eine erhebliche Ausweitung der Investitionen aufgrund stark steigender Gewinne und einer deutlichen Zunahme des privaten Konsums angesichts sich rasch erhöhender Reallöhne. Russland profitierte als Erdöl- und Rohstoffexporteur von den hohen Rohstoffpreisen. Die sich stark verbessernden Terms of Trade bewirkten auch im Jahr 2004 einen deutlichen Leistungsbilanzüberschuss. Der öffentliche Haushalt wies wegen hoher erdölpreisbedingter Steuereinnahmen einen Überschuss auf. Die Inflation reduzierte sich zwar gegenüber dem Jahr 2003 etwas, war aber mit 10,7% weiterhin hoch.



Die chinesische Wirtschaft war Anfang 2004 von Überhitzungssymptomen, wie einer Überlastung der Energie- und Transportinfrastruktur sowie einer sich beschleunigenden Inflation, gekennzeichnet. Ab Mitte 2004 war aber auch in China eine Verlangsamung – allerdings auf ho-

Überhitzte
chinesische
Konjunktur

Die acht neuen zentral- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten wiesen im Jahr 2004 ein relativ starkes Wirtschaftswachstum auf. Dies galt mit Ausnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auch für die südosteuropäischen Länder, die Ukraine und Weißrussland. Die wichtigsten Gründe für den Aufschwung in diesen Ländern waren die Belebung der privaten Investitionen und des privaten Konsums sowie die konjunkturelle Dynamik in den anderen Mitgliedstaaten der EU, die zu einem kräftigen Exportwachstum führte. Auch beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2004. Dabei sind deutliche Unterschiede zwischen den Ländern auszumachen: Die Inflationsraten lagen zwischen 1,1% (Litauen) und 7,4% (Slowakei). Trotz robusten Wirtschaftswachstums war die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin angespannt. Die Arbeitslosenquote betrug im Schnitt der acht neuen zentral- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten 15%.

Der im Jahr 2003 begonnene Aufschwung im Vereinigten Königreich setzte sich, in erster Linie getragen von der Binnennachfrage, bis Mitte 2004 fort. Insbesondere der private Konsum entwickelte sich aufgrund eines deutlichen Anstiegs der real verfügbaren Einkommen, günstiger Beschäftigungsperspektiven und starker Vermögensgewinne durch eine Hausse der Immobilienpreise dynamisch. Das Wachstum reduzierte sich jedoch im dritten Quartal 2004 deutlich. Maßgeblich dafür waren ein Rückgang der Industrieproduktion und der Einzelhandelsumsätze sowie eine deutliche Entspannung auf dem Immobilienmarkt, die sich dämpfend auf den privaten Verbrauch auswirkten. Das reale Wachstum der britischen Wirtschaft betrug im Jahr

2004 3,1%. Aufgrund des Aufschwungs reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf 4,7%. Trotz des hohen Wachstums blieb die Inflationsrate mit 1,3% gering.



Stabilitäts- und Wachstumspakt als wesentliche Säule der Stabilitätsarchitektur der Währungsunion

Das aggregierte Budgetdefizit im Euroraum blieb aufgrund der wenig dynamischen wirtschaftlichen Lage auf dem Niveau des Vorjahres und lag wieder bei 2,7% des BIP. Die positiven Effekte eines nur moderaten Primärausgabenwachstums und eines leichten Rückgangs des Zinsaufwands wurden durch den Rückgang von defizitmindernden temporären Maßnahmen und durch Einnahmeausfälle aufgrund von Steuerreformen wettgemacht. Ohne die Effekte der temporären Maßnahmen hätte die Defizitquote des Euroraums nahezu 3% des BIP betragen.

Deutschland, Frankreich und Griechenland wiesen im Jahr 2004 Defizite von über 3%, Italien 3% des BIP auf. Gemäß der Frühjahrsnotifikation 2005 wollen im Jahr 2005 alle Länder dieser Gruppe wieder den Maastricht-Referenzwert von 3% des BIP unterschreiten –

Robustes Wachstum in den neuen EU-Mitgliedstaaten Zentral- und Osteuropas

Budgetdefizit im Euroraum blieb 2004 auf hohem Niveau

Vereinigtes Königreich – deutlicher Aufschwung

Reform des
Stabilitäts- und
Wachstumspakts

ein Vorhaben, dessen Gelingen wesentlich auch von einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Umsetzung ausgabenseitiger Konsolidierungsmaßnahmen abhängen dürfte.

Nachdem der Europäische Gerichtshof am 13. Juli 2004 den Beschluss des ECOFIN-Rats bezüglich einer Aufschiebung des Verfahrens gegen Deutschland und Frankreich wegen eines übermäßigen Defizits aufgehoben hatte, wurde beiden Ländern zur Vermeidung einer Patt-situation vom ECOFIN-Rat auf Vorschlag der Europäischen Kommission bis zum Jahr 2005 Zeit gegeben, ihre Defizitquoten wieder unter 3% zu bringen. In Bezug auf Griechenland hat die Europäische Kommission dem ECOFIN-Rat allerdings empfohlen, es „in Verzug zu setzen“, da die notwendigen Maßnahmen zur Verminderung des (übermäßigen) Defizits noch nicht gesetzt wurden.

Mit Ausnahme Spaniens, Luxemburgs, Irlands, der Niederlande und Finnlands lag die Schuldenquote im Jahr 2004 in den übrigen Ländern des Euroraums weiterhin über der 60-Prozent-Grenze.

Unter den nicht an der Währungsunion teilnehmenden Ländern wiesen gemäß den nationalen Konvergenzprogrammen im Jahr 2004 die neuen Mitgliedstaaten Malta, Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern ein übermäßiges Defizit auf. Mit Ausnahme Zyperns wurden diesen Staaten aber besondere Umstände („special circumstances“) aufgrund des meistens noch nicht abgeschlossenen Übergangsprozesses zugestanden, was sie von der Verpflichtung entbindet, schon im Jahr 2005 unter die 3-Prozent-Grenze zu kommen. Abgesehen von Zypern und Malta liegen die Schuldenquoten dieser

Länder unter dem Durchschnitt des Euroraums.

Die Europäische Kommission veröffentlichte im Jahr 2004 Vorschläge zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). Die am 20. März 2005 vom ECOFIN-Rat beschlossenen und am 22. März 2005 vom Europäischen Rat genehmigten Änderungen des SWP beinhalten zunächst Verbesserungen bei der Koordination der nationalen Budgetpolitiken mit den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen, bei Datenlieferungen sowie bei den Prognoseannahmen.

Die vorbeugenden Elemente des SWP gegen das Auftreten übermäßiger Defizite wurden insofern geändert, als bei der Definition des mittelfristigen Haushaltsziels eines „nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts“ nun auch Wachstumspotenzial, Schuldenstand und bestimmte Struktur-reformen berücksichtigt werden. Außerdem wird die Notwendigkeit von Budgetkonsolidierungen in Hochkonjunkturphasen stärker betont.

Hinsichtlich der korrigierenden Aspekte des SWP wurde vereinbart, dass neben einer verstärkten Beobachtung von Schuldenstand und langfristiger Finanzierbarkeit bei einem Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits Reformen der Rentensysteme bzw. „sonstige einschlägige Faktoren“, wie z. B. Kosten, die mit der Vereinigung Europas im Zusammenhang stehen, berücksichtigt werden sollen. Die Fristen zur Korrektur eines übermäßigen Defizits wurden verlängert, die Definition eines schwerwiegenden Wirtschaftsabschwungs abgemildert. Die Referenzwerte für Defizit und Schuldenstand bleiben unverändert bei 3% bzw. 60% des nominellen BIP.

Der EZB-Rat äußerte sich ernsthaft besorgt, dass die Änderungen am SWP die Effektivität des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit vermindern. Es müsse verhindert werden, dass die Änderungen im Bereich der Korrekturmechanismen gegen übermäßige Defizite das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedstaaten des Euroraums untergraben. Gleichzeitig merkte der EZB-Rat an, dass im Bereich der Präventivmaßnahmen einige Änderungen zur notwendigen Stärkung des SWP beschlossen wurden.

Eine solide Finanzpolitik und eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sind für den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion von grundlegender Bedeutung. Sie sind Voraussetzung für gesamtwirtschaftliche Stabilität, Wachstum und Zusammenhalt im Euro-Währungsgebiet. Es ist unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union die überarbeiteten Regelungen nun strikt und konsequent umsetzen, sodass sie einer umsichtigen Fiskalpolitik dienlich sind. Ohne transparentes Fiskalregelwerk fällt den Finanzmärkten eine stärkere Rolle zur Disziplinierung zu.

Budgetentwicklung in Österreich

Gemäß Statistik Austria (Stand März 2005) ergibt sich für das Jahr 2004 ein Maastricht-Defizit des Gesamtstaats von 1,3% des BIP. Es liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums von 2,7% des BIP. Im Vergleich zum Vorjahr stieg

das öffentliche Defizit um 0,2 Prozentpunkte¹ des BIP. Der Rückgang der Einnahmenquote konnte durch Ausgabeneinsparungen nur teilweise kompensiert werden. Mindereinnahmen ergaben sich vor allem bei den Einkommen- und Vermögenssteuern (u. a. Effekte der ersten Etappe und Vorzieheffekte der zweiten Etappe der Steuerreform 2005) sowie bei der Umsatzsteuer. Das geringere Wachstum der Ausgaben ist hauptsächlich auf die durchgeführten Pensionsreformen und die bisherige Verwaltungsreform (einschließlich Personaleinsparungen) zurückzuführen. Allerdings wurden die Wirkungen dieser Konsolidierungsmaßnahmen durch Restwirkungen des Kindergelds und höhere Sozialausgaben (automatische Stabilisatoren)² gedämpft.



Die aktuelle Fortschreibung des österreichischen Stabilitätsprogramms für den Zeitraum 2004 bis 2008 verfolgt drei Ziele: Erstens die Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts für den Gesamtstaat über den Konjunkturzyklus, zweitens die Senkung der Steuer- und Abgaben-

Gesamtstaatliches Budgetdefizit in Österreich im Jahr 2004 bei 1,3%

¹ Der Wert für das Jahr 2003 wurde von 1,3% auf 1,1% revidiert.

² Automatische Stabilisatoren sind zyklisch induzierte Veränderungen des Steueraufkommens (vor allem bei der Einkommensteuer) und der Staatsausgaben (hauptsächlich Aufwendungen für Arbeitslosenversicherung), die sich stabilisierend auf das BIP auswirken.

Fiskalische Konvergenzkriterien

in % des BIP

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	BRA ¹	Erfolg	Stabilitätsprogramm ²			
Einnahmen ³	49,5	49,4	47,5	46,2	46,0	45,8
Ausgaben ³	50,6	50,5	49,5	48,0	46,7	45,8
Budgetsaldo³	-1,1	-1,2	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
Zinsaufwand (netto)	3,2	3,2	3,1	3,1	3,0	2,9
Primärausgaben	47,4	47,3	46,4	44,9	43,7	42,9
Primärsaldo	2,1	2,0	1,2	1,3	2,2	2,9
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	-0,4	-0,5	-1,5	-1,5	-0,7	0,0
Zyklisch bereinigter Primärsaldo	2,8	2,7	1,6	1,6	2,3	2,9
Staatsschuld	64,7	64,2	63,6	63,1	61,6	59,1
Abgabenquote ⁴	42,8	42,8	41,6	40,5	40,3	40,0

Quelle: BMF, Statistik Austria.

Anmerkung: Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

¹ BRA: Bundesrechnungsabschluss.² Update vom 30. November 2004.³ Swaps in Nettodarstellung.⁴ Direkte Steuern, indirekte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge ohne imputierte Beiträge und Erbschaftsteuer.

Update des österreichischen Stabilitätsprogramms

quote auf 40% des BIP bis zum Jahr 2010 und drittens die Erhöhung des Wachstumspotenzials durch Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur.

Ein ausgeglichener Haushalt soll im Jahr 2008 erreicht werden. Vor allem in den Jahren 2005 und 2006 führen die Konjunkturbelebungsprogramme, das Wachstums- und Standortpaket sowie vor allem die Steuerreformen zu erhöhten Defizitquoten. Die Einhaltung der Defizitobergrenze von 3% des BIP ist aber in keinem Jahr gefährdet. Ab dem Jahr 2006 resultiert die Rückführung des gesamtwirtschaftlichen Defizits fast zur Gänze aus strukturellen Verbesserungen. Die Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40% des BIP wird laut Stabilitätsprogramm bereits im Jahr 2006 erreicht.

Zusammen mit dem neuen Finanzausgleich für die Jahre 2005 bis

2008 wurde auch ein neuer inner-österreichischer Stabilitätspakt verabschiedet, der die Haushaltskoordination unterstützen soll. Im Rahmen des Finanzausgleichs wurden neben Verbesserungen (vor allem für Gemeinden) und Vereinfachungen auch die weitere Vorgehensweise für die Verwaltungsreform II vereinbart und zur Abdeckung des Defizits im Gesundheitsbereich (Sozialversicherungen und Spitäler) zusätzliche Einnahmen von 0,12% des BIP beschlossen. Ein Ausgabeneinsparungspaket gleicher Höhe soll erarbeitet werden.

Die Schuldenquote soll bis zum Jahr 2008 unter 60% des BIP zurückgehen. Der projektierte Rückgang von 5,1 Prozentpunkten (ab 2004) wird durch einen wieder ansteigenden Primärüberschuss und ein geringer werdendes positives Zinssatz/Wachstumsdifferenzial begünstigt.

Halbzeit bei Lissabon-Strategie – Erheblicher weiterer Reformbedarf

Das Jahr 2004 stand im Zeichen der Evaluierung der Lissabon-Strategie.³ Die europäische Wachstumsstrategie definiert bis zum Jahr 2010 Ziele bei Beschäftigung, Forschung, Binnenmarkt, Umwelt und Sozialem zur Erreichung des allgemeinen Ziels, zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Die Bilanz des Berichts⁴ der Expertengruppe unter Leitung von Wim Kok fällt kritisch aus. Zwar seien Fortschritte erzielt worden und das europäische Modell sei auch jenem der USA in wichtigen Bereichen (Armut, Kindersterblichkeit, Lebenserwartung) überlegen. Allerdings sinke in Europa das Produktivitätswachstum, und es habe bisher am politischen Willen gefehlt, Reformen umzusetzen. Insgesamt sei gegenwärtig in vielen Bereichen (Beschäftigung, Forschung etc.) keine Dynamik feststellbar. Eine Ausnahme bilden Teilbereiche in einzelnen Ländern (z. B. Wissensgesellschaft in Finnland und Schweden, Verringerung der Arbeitslosigkeit in Italien, Produktivitätswachstum in Irland). Ein Nachteil auf dem Weg zu den Lissabon-Zielen habe in den ungünstigen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Stagnation und weltpolitischer Unsicherheit bestanden. Weiters habe sich die EU auf Erweiterung und Verfassung konzentrieren müssen.

Bei der Erreichung des Ziels einer Beschäftigungsquote von 70% waren

durchaus Erfolge zu verzeichnen. Italien verringerte trotz wirtschaftlicher Stagnation seine Arbeitslosenquote von knapp 12% auf 8%; in Europa insgesamt stieg die Beschäftigungsquote seit dem Jahr 2000 um 1 Prozentpunkt auf knapp 65%. Die europäischen Netzwerkindustrien, wie Telekommunikation, Energie (Gas und Strom), Post, Eisenbahn etc., sind weitgehend liberalisiert, wenn auch mit unterschiedlichen nationalen Fortschrittsgraden. Der zehnte Fortschrittsbericht zum Aktionsplan für Finanzdienstleistungen stellt fest, dass dieser rechtzeitig und vollständig umgesetzt wurde. Die erfolgreiche Umsetzung des Aktionsplans wird auch dem so genannten Lamfalussy-Prozess zugeschrieben. Gemäß diesem Verfahren sind auf EU-Ebene Gremien, die mit Vertretern nationaler Regulierungs- und Aufsichtsbehörden (im Bankenbereich auch der Notenbanken) besetzt werden, in den Prozess der Rechtssetzung bzw. der konsistenten Umsetzung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten involviert. Die Europäische Kommission wird dadurch entlastet. Weiters sorgt eine Aufteilung der Rechtsakte in politisch zu entscheidende Grundsatzbeschlüsse und auf technischer Ebene zu erlassende Detailbestimmungen dafür, dass eine beschleunigte Beschlussfassung möglich ist. Vor der vollständigen Integration des Binnenmarktes für Dienstleistungen ist noch eine intensive Bearbeitung der entsprechenden Richtlinie der Europäischen Kommission, die laut Europäi-

Kok-Bericht
fällt kritisch aus

Fortschritte in den
Bereichen
Beschäftigung,
Netzwerkindustrien
und Finanzdienst-
leistungen

³ Auch die 32. Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB am 27. und 28. Mai 2004 widmete sich diesem Thema: „Wachstum und Stabilität der EU: Perspektiven der Agenda von Lissabon“ (Tagungsband im Internet unter www.oenb.at erhältlich).

⁴ Siehe dazu: Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. November 2004.

schem Rat vom 22. und 23. März 2005 einer grundlegenden Änderung bedarf, zu erwarten.



**Kaum Fortschritte in
Wissenschafts- und
Innovationssystemen,
Österreich bei F&E-
Indikatoren nahe dem
EU-15-Durchschnitt**

Die europäischen Wissenschafts-, Innovations- und Ausbildungssysteme erscheinen noch lange nicht wettbewerbsfähig. Die Diskussion um das noch immer nicht beschlossene europäische Patent ist beispielhaft für Reformversäumnisse. Die F&E-Quote der EU erhöhte sich nur leicht von 1,93% im Jahr 2000 auf 1,99% im Jahr 2002 (Österreich 2004: 2,27%). Der Kok-Bericht und auch der Sapir-Bericht⁵ aus dem Jahr 2003 mahnen Reformen bei Forschungsförderung und Hochschulen ein.

**Künftige
Verbesserungen bei
der Umsetzung**

Der Kok-Bericht empfiehlt zur Umsetzungsbeschleunigung eine verstärkte Betonung der nationalen Ebene mittels Reformpartnerschaften und nationaler, im Parlament zu diskutierender Aktionspläne. Auf EU-Ebene werden eine „Lissabon-Ausrichtung“ des Budgets (Vorrang für Forschungs- und Bildungsausgaben), bessere Kommunikation und ein europäischer Forschungsrat vorgeschlagen. Insgesamt soll sich die

Strategie auf weniger Ziele konzentrieren. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, hat bereits die zentralen Zielsetzungen benannt: Wachstum und Beschäftigung.

Mehrere Punkte sprechen für eine künftige Verbesserung der Umsetzungsbilanz. Zum einen zeigt die Erfahrung, dass kurz vor Ablauf einer Frist die Anstrengungen noch einmal intensiviert werden. Zum anderen sollten die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten in der Zeit von 2005 bis 2010 wesentlich mehr politische Energie in den Lissabon-Prozess investieren. Die wirtschaftliche Stagnation hat zudem bei vielen Mitgliedstaaten dazu geführt, dass Reformen in Angriff genommen werden. Wenn die Lissabon-Agenda in eine „nationale Wachstumsstrategie“ oder Reformpartnerschaft übersetzt wird und der Bevölkerung stärker als bisher bewusst gemacht wird, besteht eine große Chance, dem Lissabon-Ziel bis zum Jahr 2010 wenigstens entscheidend näher zu kommen und dadurch eine positive Aufbruchsstimmung zu schaffen.

Der Europäische Rat vom 22. und 23. März 2005 einigte sich auf eine Reform der Lissabon-Strategie. Diese sieht eine Konzentration auf Wachstum und Beschäftigung vor und umfasst die Bereiche Forschung, Bildung und Innovationen. Ferner werden die drei Dimensionen der Strategie (Wirtschaft, Soziales und Umwelt) bekräftigt. Ein weiterer Schwerpunkt der Halbzeitreform wird eine Straffung der verschiedenen Governance-Prozesse sein.

⁵ Sapir, A., P. Aghion, G. Bertola, M. Hellwig, J. Pisani-Ferry, D. Rosati, J. Viñals und H. Wallace. 2003. *Agenda for a Growing Europe: Making the EU System Deliver*. Brüssel.

Wesentliche Strukturreformen in Österreich im Jahr 2004⁶

Im Jahr 2004 wurde die Forschungsförderungsgesellschaft als Zusammenschluss von vier bis dahin unabhängig voneinander operierenden Organisationen gegründet. Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bleibt weiterhin eigenständig. Durch die Reform sollte die öffentliche Forschungs- und Entwicklungsförderung effizienter werden, Leistungsverbesserungen können aber erst durch eine Evaluierung in einigen Jahren festgestellt werden.

Die Umsetzung der Binnenmarkt-richtlinien wurde wesentlich beschleunigt, nach Einsetzung der so genannten Umsetzungskommission befindet sich Österreich nunmehr in dieser Beziehung im besten Drittel der EU-Mitgliedstaaten. Die neuen Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeit Suchende sehen eine Ablösung des Berufsschutzes durch den Entgeltsschutz vor. Demnach dürfen Arbeitslose nach 100 Tagen auch in andere Branchen vermittelt werden. Allerdings darf das Einkommen im neuen Job nicht unter 75% des letzten Gehalts liegen. Erstmals geregelt wird die zumutbare Wegzeit zum Arbeitsplatz und retour (nicht mehr als ein Viertel der Arbeitszeit). Das Verwaltungsinnovationsprogramm wurde weitergeführt, der elektronische Akt ist seit dem Jahr 2004 in Verwendung und auch das E-Government, z. B. elektronische öffentliche Auftragsvergabe, wurde weiter ausgebaut (E-Government-

Gesetz, Erleichterung des elektronischen Verkehrs mit öffentlichen Stellen).

Noch ausstehend gegenüber den Vorhaben des Regierungsprogramms sind die Reform des Gesundheitssektors und die Ergebnisse des Verfassungskonvents, der auf eine effizientere Neuordnung der Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abzielt. Ein erster Entwurf, der allerdings zahlreiche Ziele nicht berücksichtigt, wurde Anfang 2005 präsentiert. Im europäischen Vergleich bleibt zudem die Regulierung der freien Berufe überaus hoch. Die Resultate der PISA-Studie⁷ der OECD zu Schulleistungen haben die Diskussionen über Schulreformen im laufenden Jahr 2005 sehr belebt.



Die europäische Integration schreitet voran

Der Europäische Rat von Kopenhagen am 12. und 13. Dezember 2002 hatte mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit zehn Staa-

EU wird zur EU-25

⁶ Die OeNB-Publikation Geldpolitik & Wirtschaft Q2/05 widmet sich in einer Reihe von Studien dem Thema „10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreich“, in denen Strukturreformen aufgezeigt werden. Das Heft erscheint Ende Juni 2005.

⁷ PISA: Programme for International Student Assessment.

OECD. 2004. Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003. Paris.

Konvergenzberichte
2004 der EZB und
Europäischen
Kommission

ten – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern – den Grundstein für den Beitritt dieser Länder zur EU gelegt. Nach der Unterzeichnung der Beitrittsverträge in Athen im April 2003 konnte am 1. Mai 2004 die historische Erweiterung der EU um diese zehn Staaten gefeiert werden.

Mit ihrem EU-Beitritt wurden die neuen Mitgliedstaaten Bestandteil des ESZB, und ihre Zentralbankpräsidenten sind Teil des Erweiterten Rats der EZB. Ebenso nehmen die Experten der nationalen Zentralbanken an den ESZB-Ausschüssen teil, wenn sich diese in ihrer ESZB-Zusammensetzung, d. h. unter Teilnahme aller nationalen Zentralbanken der EU, treffen.



Aufgrund der Erweiterung der EU erhöhte sich mit 1. Mai 2004 das gezeichnete Kapital der EZB auf 5,565 Mrd EUR. Die zwölf nationalen Zentralbanken des Eurosystems haben ihren Anteil am gezeichneten Kapital in voller Höhe eingezahlt. Die zehn neuen nationalen Zentralbanken, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, mussten als Beitrag zur Finanzierung der Kosten der EZB einen Mindestprozentsatz des von ihnen gezeichneten Kapitals

(7% am 1. Mai 2004) einzahlen. Gleichzeitig hat sich der Kapitalanteil Dänemarks, Schwedens und des Vereinigten Königreichs von 5% auf 7% erhöht.

Die Europäische Kommission und die EZB verabschiedeten am 20. Oktober 2004 ihre Konvergenzberichte 2004. Weder die neuen EU-Mitgliedstaaten noch Schweden erfüllten zum Überprüfungszeitpunkt alle Kriterien zur Einführung des Euro.

Bei der Inflation wurden die Länder an einem mit Stand August 2004 auf 2,4% festgelegten Referenzwert gemessen. Erfüllen konnten dieses Kriterium die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Litauen und Schweden. Beim Staatshaushalt blieben ebenfalls fünf Länder, nämlich Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und Schweden, unter der Neuverschuldungsobergrenze von 3% des BIP pro Jahr und einem Schuldenstand von nicht mehr als 60% des BIP. Die notwendige Verweildauer im Wechselkursmechanismus (WKM) II von mindestens zwei Jahren konnte von keinem dieser EU-Mitgliedstaaten erfüllt werden. Für die langfristigen Zinssätze wurde ein Referenzwert von 6,4% im August 2004 bestimmt. Die Tschechische Republik, Zypern, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien, die Slowakei und Schweden erfüllten diese Anforderung. Für Estland, wo es keine langfristigen Staatsanleihen oder vergleichbare Wertpapiere gibt, gab es keinen Hinweis, dass das Land das Zinskriterium nicht erfülle. Geprüft wurde auch die Vereinbarkeit der nationalen Rechtsvorschriften, insbesondere der Zentralbanksatzungen, mit dem EU-Vertrag und dem Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung). Hier konnte keines

der Länder die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Der Status der elf Länder als „Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt“, wird

daher beibehalten. Den nächsten Konvergenzbericht wird es voraussichtlich im Jahr 2006 geben.

Kasten 4

Meilensteine der europäischen Integration im Jahr 2004

- Am 1. Mai 2004 wurde die größte Erweiterung in der Geschichte der EU vollzogen. Der EU gehören damit 25 Länder an. Mit dem Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern wuchs die Bevölkerung der EU von rund 370 Millionen auf 455 Millionen Menschen an.
- Am 18. Juni 2004 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Dieser ersetzt durch einen einzigen Rechtsakt alle derzeitigen Europäischen Verträge und zielt darauf ab, die EU demokratischer, transparenter und effizienter zu machen. Der Verfassungsvertrag soll aus heutiger Sicht mit 1. November 2006 in Kraft treten.
- Am 28. Juni 2004 traten Estland, Litauen und Slowenien dem WKM II bei und setzten damit einen wichtigen Schritt in Richtung Einführung des Euro. Die Eintrittskurse in den WKM II wurden folgendermaßen festgelegt. 1 EUR entspricht 15,6466 EEK (estnische Krone), 3,45280 LTL (litauische Litas), und 239,640 SIT (slowenischer Tolar). Eine erfolgreiche Teilnahme am WKM II von mindestens zwei Jahren ist eines der Konvergenzkriterien, die für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und für die Einführung des Euro Voraussetzung sind.
- Am 14. Dezember 2004 wurden die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien formell abgeschlossen. Ein Beitritt beider Staaten ist für den 1. Jänner 2007 geplant.
- Auf ihrem Treffen am 16. und 17. Dezember 2004 beschloss die Staats- und Regierungschefs der EU die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und mit Kroatien. Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist die Anerkennung des Protokolls über die Ausdehnung der Zollunion auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Der Verhandlungsrahmen der Türkei soll auf folgenden Grundsätzen basieren: Es können lange Übergangszeiten, Ausnahmeregelungen, spezifische Vereinbarungen oder dauerhafte Schutzklauseln für Bereiche wie Freizügigkeit, Strukturpolitik und Landwirtschaft in Erwägung gezogen werden. Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien ist seine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

Die EU-Regierungskonferenz nahm am 4. Oktober 2003 ihre Tätigkeit auf und einigte sich am 18. Juni 2004 beim Treffen des Europäischen Rates in Brüssel auf einen Vertrag über eine Verfassung für Europa (Verfassungsvertrag). Das Verhandlungsergebnis wird in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zur Ratifizierung vorgelegt. Der Verfassungsvertrag soll aus heutiger Sicht und unter der Voraussetzung, dass die in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten vorgesehenen Referenden positiv ausgehen,

mit 1. November 2006 in Kraft treten.

Die im EU-Vertrag für die Währungsunion festgelegten Rahmenbedingungen werden durch den Verfassungsvertrag erneut politisch bekräftigt; die Anpassungen sind lediglich technischer Natur. Die rechtlichen und institutionellen Grundlagen für das ESZB und die EZB sowie für die einheitliche Geldpolitik finden sich sowohl in den konstitutionellen Bestimmungen (Teil I) als auch in den Politikbereichen (Teil III) des Verfas-

Vertrag über eine
Verfassung für Europa

sungsvertrags wieder. Die ESZB-Satzung ist als Protokoll dem Vertrag beigelegt.

Im konstitutionellen Teil (Teil I) werden sowohl das Ziel der Preisstabilität als allgemeine Zielbestimmung der Union definiert wie auch die im EU-Vertrag verankerte Sonderstellung der EZB als Institution sui generis bestätigt. Das Konzept des Eurosystems wird integriert und der Euro als Währungseinheit und Symbol der EU primärrechtlich definiert. Im Bereich der Währungsunion (Teil III) wurde eine Reihe neuer Bestimmun-

gen definiert, die nur für die Länder des Euroraums gelten.

Die OeNB veranstaltete am 5. November 2004 einen Workshop zum Verfassungsvertrag.⁸ Die Veranstaltung ermöglichte es einem interessierten nationalen wie internationalen Fachpublikum, die wirtschafts- und währungspolitischen Aspekte des Verfassungsvertrags zu diskutieren und mögliche Implikationen für die weitere Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zu erörtern.



⁸ Siehe dazu: *A Constitutional Treaty for an Enlarged Europe: Institutional and Economic Implications for Economic and Monetary Union. Workshops – Proceedings of OeNB Workshops No. 4. Februar 2005.*

OeNB als kompetenter Akteur für Finanzmarktstabilität

Die Förderung der Stabilität des österreichischen Finanzmarktes hat für die OeNB eine große Bedeutung. Viele Aktivitäten, die in der OeNB im Jahr 2004 gesetzt wurden, zielen darauf ab, durch regelmäßiges Monitoring und durch umfassende Analysen und Prüfungshandlungen mögliche Gefährdungspotenziale für den heimischen Finanzmarkt frühzeitig zu entdecken. Auf Basis der periodisch von den österreichischen Banken an die OeNB übermittelten bankaufsichtlichen Meldungen erfolgt eine kontinuierliche Beobachtung der Entwicklung des österreichischen Finanzsektors sowie potenzieller Risiken auf den Finanzmärkten.

Verbesserte Ergebnisse im österreichischen Finanzsektor

Nach dem schwierigen Jahr 2002 und dem ersten Aufschwungjahr 2003 brachte das Jahr 2004 eine weitere Verbesserung für den österreichischen Finanzmarkt. Banken, Versicherungen, Investmentfonds und Pensionskassen konnten ihre Geschäftstätigkeit ausweiten und die Profitabilität bzw. die Performance zum Teil deutlich verbessern.

Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute stieg im Dezember 2004 um 7,9% im Jahresvergleich auf 653 Mrd EUR. Die Wachstumsrate lag damit nicht nur deutlich über dem Vorjahreswachstum (+5,5%), sondern auch über dem Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre (+5,9%). Vor allem das Auslandsgeschäft und das inländische Interbankengeschäft trugen zu diesem Wachstum bei, aber auch das inländische Kundengeschäft verzeichnete im

Lauf des Jahres 2004 Anstiege. Die Kredite an inländische Kunden wuchsen um 4,7%, auch die Kundeneinlagen erhöhten sich nach verhaltenem Wachstum von Ende 2002 bis Mitte 2003 wieder um 4,9%. Spareinlagen und insbesondere Bauspareinlagen waren bei den Anlegern weiterhin sehr beliebt. Durchschnittlich besitzt jeder Österreicher Spareinlagen in der Höhe von 16.700 EUR.

Die Bedeutung der Fremdwährungskredite blieb für die privaten Haushalte hoch. Während der Anteil der Fremdwährungskredite an allen Krediten für inländische Nichtbanken relativ konstant um die 19% lag und der Anteil für nichtfinanzielle Unternehmen seit Mitte 2000 beständig zurückgeht – im Dezember machte er nur mehr 14,8% aus –, stieg der Fremdwährungskreditanteil der privaten Haushalte auf einen neuen Höchstwert von 29,1% im Dezember 2004.¹ Die Bedeutung des japanischen Yen als Fremdwährung ging dabei im Lauf des Jahres 2004 weiter zurück: Nur mehr 5,6% aller Fremdwährungskredite waren Ende des Jahres 2004 in japanischen Yen denominated, der Anteil des Schweizer Franken betrug schon über 90%. Aus Sicht der Finanzmarktstabilität ist diese Währungsumschichtung positiv zu bewerten, da der Schweizer Franken weitaus geringere Währungsschwankungen gegenüber dem Euro aufwies als der japanische Yen. Die große Bedeutung von Fremdwährungskrediten in Österreich war jedenfalls ein besonderes Phänomen innerhalb des Euroraums: Während nur 3% aller Kredite im Euroraum von österreichischen Kunden stammten, waren es 20% aller Kredite in japanischen Yen und 42% aller Kre-

Banken konnten ihre
Geschäftstätigkeit
ausweiten

¹ Da keine Informationen über die zur Rückzahlung dieser Kredite angesparten Tilgungsträger verfügbar sind, handelt es sich bei diesen Werten um Höchstwerte.

Die Stabilität des
Bankensektors
festigte sich weiter

Zentral- und Ost-
europageschäft
lieferte wichtigen
Ergebnisbeitrag für
die Banken

dite in Schweizer Franken. Diese Größenordnung bedeutet jedoch, dass aus Sicht der Finanzmarktstabilität weiterhin eine genaue Beobachtung der Entwicklung notwendig ist.

Die Qualität der von den österreichischen Banken vergebenen Kredite blieb stabil. Das Verhältnis von Einzelwertberichtigungen zu Kundenforderungen betrug Ende 2004 für den gesamten Bankensektor 3,3%, dies entspricht dem Wert der beiden Jahre davor. Auch die Analyse der zins- und ertraglosen, notleidenden und uneinbringlichen Forderungen ließ keine Besorgnis erregenden Entwicklungen erkennen. Ebenso blieb das Marktrisiko weiterhin begrenzt. Zwar stiegen die Eigenmittelerfordernisse für das Zinsänderungsrisiko und für das Aktienkursrisiko etwas, sie blieben allerdings deutlich unter den historischen Höchstwerten. Das Eigenmittelerfordernis für offene Devisenpositionen sank gegen Jahresende 2004 wieder leicht. Das aus der Fristentransformation entstehende Zinsänderungsrisiko bildete sich zum Großteil nur in Euro-Währung und wies einen geringen Risikogehalt auf.

Die von der OeNB regelmäßig durchgeführten Stresstests bestätigten diese Ergebnisse und ließen keine stabilitätsgefährdenden Entwicklungen erkennen. Die Auswirkungen von Marktrisikoschocks auf die Eigenmittelquote blieben konstant, die von Kreditrisikoschocks stiegen zwar leicht an, wurden aber durch eine erhöhte Eigenmittelquote mehr als kompensiert. Die unkonsolidierte Eigenmittelquote der österreichischen Banken blieb mit 14,7% zum Jahresende 2004 hoch und lag damit deutlich über den gemäß Bankwesengesetz erforderlichen 8%. Auch die Kernkapitalquote lag mit 10% über dem langjährigen Durchschnitt.

Die erfolgreiche Geschäftstätigkeit der österreichischen Bankkonzerne in Zentral- und Osteuropa setzte sich auch im Jahr 2004 mit einem kräftigen Wachstum der Bilanzsumme und der Gewinne fort. Insbesondere die Ausschüttungen von Tochterbanken österreichischer Kreditinstitute in Zentral- und Osteuropa, die zu einer deutlichen Erhöhung der Erträge aus Anteilen an ausländischen verbundenen Unternehmen führten, verbesserten die Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute maßgeblich.

Die Bilanzsumme der Tochterbanken in diesen Ländern machte ungefähr ein Achtel der gesamten Bilanzsumme der österreichischen Banken aus, der Anteil des von ihnen erwirtschafteten Jahresgewinns immerhin schon fast ein Viertel. Die im Vergleich zu den EU-15 geringe Marktdurchdringung mit Bankdienstleistungen in den zentral- und osteuropäischen Ländern lässt weiteres Wachstumspotenzial erkennen. Es zeichnet sich allerdings auch eine Zunahme des Wettbewerbs ab, was zu einer Verringerung der Margen auf diesen Märkten führen wird.



Das Gewinnwachstum auf dem heimischen Bankenmarkt beschleunigte sich im Jahr 2004 weiter. Das Betriebsergebnis stieg im vierten Quartal 2004 um 7,7% im Jahresvergleich. Verantwortlich dafür war ein stärkerer Anstieg der Erträge als der Kosten: Die Betriebserträge wuchsen um 4,3%, die Betriebsaufwendungen um 2,7%. Auf der Ertragsseite zeichneten vor allem die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen und die Provisionserträge dafür verantwortlich. Allerdings nahmen im Jahr 2004 auch die Nettozinserträge, die die Hälfte der Betriebserträge erwirtschafteten, nach einer längeren Phase des Rückgangs wieder zu. Die Betriebsaufwendungen wuchsen verhalten, nachdem sie zwischen dem ersten Quartal 2003 und dem ersten Quartal 2004 gesunken waren. Die Personalaufwendungen stiegen etwas stärker (+2,5% p. a. im vierten Quartal). Allerdings zeigte sich zuletzt eine erhöhte Anpassungsfähigkeit der Personalkosten an die Entwicklung der Erträge.

Die Konsolidierungsbemühungen der österreichischen Banken zeigten sich in der Fortsetzung des Abbaus von Bankstellen und der Reduzierung des Mitarbeiterstands. Zwischen Jahresende 1997 und Dezember 2004 gingen die Bankstellen (Hauptanstalten und Zweigstellen) um 7,7% von 5.686 auf 5.248 zurück. Ende 1997 gab es noch 995 Kreditinstitute, im Dezember 2004 waren es nur mehr 882. Ähnlich war die Entwicklung beim Personal: Im Betrachtungszeitraum sank die Beschäftigung² von 70.967 Personen auf 65.615 Personen (-7,5%). Die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Bankdienstleistungen bleibt aber auf

hohem Niveau gewährleistet. Zum einen ist die Bankstellendichte im europäischen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich, zum anderen nutzten viele Kunden bereits alternative Vertriebskanäle, v. a. das Internet-Banking, was den Bedarf an traditionellen Vertriebswegen reduziert.



Neben den Verbesserungen im operativen Geschäft wird auch die Belastung der Ergebnisse durch Wertberichtigungen weiter zurückgehen. Die in Österreich tätigen Kreditinstitute erwarten für das Jahr 2004 einen Jahresüberschuss von 2,98 Mrd EUR, der mit 44% deutlich über dem tatsächlichen Jahresüberschuss 2003 liegt. Der Return on Assets (ROA)³ wird, nachdem er sich bereits in den Jahren 2002 und 2003 von 0,24% auf 0,34% erhöht hatte, voraussichtlich bei 0,46% liegen. Trotz des kräftigen Gewinnwachstums auf dem Inlandsmarkt, der hohen Margen des zentral- und osteuropäischen Engagements und der fortgesetzten Konsolidierungsbemühungen blieb die Profitabilität der österreichischen Banken im EU-weiten Vergleich schwach. Gründe dafür waren der starke Wettbewerb,

² Ressourcenbezogener Mitarbeiterstand (karenzierte Mitarbeiter sind in der Berechnung nicht berücksichtigt).

³ Jahresüberschuss in Relation zur Bilanzsumme.

Ebenfalls positive
Entwicklung für die
anderen
Finanzintermediäre

der sich in niedrigen Zinsspannen niederschlug, sowie die im internationalen Vergleich hohen Personalaufwendungen und Kosten aus dem umfangreichen Bankstellennetzwerk.

Neben den Banken brachte das Jahr 2004 auch für die anderen Finanzintermediäre positive Entwicklungen. Die Versicherungen konnten ihre Bilanzsumme kräftig ausweiten und die Gewinne steigern. Die Gewinnentwicklung wurde vor allem von einem höheren Finanzergebnis, der guten Entwicklung auf den zentral- und osteuropäischen Märkten und einem strafferen Kostenmanagement getragen.



Der Vermögensbestand der österreichischen Investmentfonds stieg bis Dezember 2004 um 12,9% im Jahresvergleich auf 125 Mrd EUR. Hinsichtlich der Struktur des veranlagten Kapitals dominierten mit einem Anteil von 70% die Rentenwerte, 17% waren in Aktien und Beteiligungspapieren sowie der Rest in sonstigen Vermögensgegenständen und Investmentzertifikaten veranlagt. Die seit Ende 2003 angebotenen Immobilienfonds konnten starke Zuflüsse verzeichnen, ihre Bedeutung war mit einem Vermögensbestand von 456 Mio EUR aber noch gering. Die Gesamtperformance (realisierte

Rendite) aller österreichischen Investmentfonds betrug zwischen Jänner und Dezember 2004 6,0%, was gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2003 (5,5%) einen Anstieg bedeutete.

Der Vermögensbestand der Pensionskassen betrug Ende Dezember 2004 10,1 Mrd EUR, wobei ein Großteil der Veranlagungsentscheidungen an Investmentfonds ausgelagert wurde: 94% des Vermögens sind in Investmentzertifikaten veranlagt. Die Jahresperformance aller Pensionskassen betrug im Jahr 2004 7,3%, was eine deutliche Steigerung gegenüber den Werten der letzten Jahre bedeutet.

Positive Beurteilung des österreichischen Finanzmarktes durch den IWF

Von Juni 2003 bis August 2004 wurde der österreichische Finanzsektor vom Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen eines freiwilligen Financial Sector Assessment Program (FSAP) evaluiert. Ziel des FSAP ist die Erkennung von Schwachstellen im Finanzsystem, um einerseits Krisen verhindern zu können und andererseits Prioritäten in der Weiterentwicklung des Finanzsystems aufzuzeigen sowie dessen Effizienz zu erhöhen. Im Lauf der mehrwöchigen Arbeitsbesuche der IWF-Experten in Wien wurden die Finanzmarktreformen der letzten Jahre und die Übereinstimmung der neuen Aufsichtsstrukturen sowie der Aufsichtsgesetze mit den international anerkannten Prinzipien und Standards (Grundsätze einer effizienten Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung) evaluiert.

Zur Beurteilung der Stabilität des österreichischen Finanzmarktes wurden in enger Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der OeNB Stresstests zur Abschätzung der Auswirkungen exogener Schocks (Szenarien) auf die österreichische Banklandschaft konzipiert und durchgeführt. Als Szenarien wurden extreme, aber dennoch plausible Änderungen eines oder mehrerer Risikofaktoren herangezogen (z. B. Dämpfung des Wirtschaftswachstums, inländischer Börsencrash, Zinsanstieg, Aufwertung des Schweizer Franken etc.). Im Stresstest werden diese Szenarien mit Informationen über die Exposures der Banken kombiniert (z. B. Kreditportfolio, Aktienexposition, zinsensitive Position, offene Devisenposition etc.). Es ergibt sich ein Verlust (oder Gewinn), der in der Folge die Eigenmittelausstattung der Banken und somit deren Eigenmittelquote verändert. Stresstests wurden für Einzelbanken und für Bankensektoren durchgeführt. Dabei wurde vor allem auf Kreditrisiko, Marktrisiko (Zinsänderungsrisiko, Fremdwährungsrisiko und Aktienkursrisiko) sowie Ansteckungsrisiko im österreichischen Bankensektor Bezug genommen.

Als zentrales Ergebnis der Stresstests wurde festgestellt, dass sich das österreichische Bankensystem gegenüber externen Schocks aufgrund seiner hohen Kapitalisierung resistent zeigt. Die unkonsolidierte Eigenmittelquote für den gesamten österreichischen Bankensektor lag Mitte 2004 bei 14,8%. In den durchgeführten Stresstests waren keinerlei systemische Auswirkungen für den gesamten österreichischen Bankensektor festzustellen. Erwartungsgemäß zeigten sich hinsichtlich des Kreditrisikos (inländisches Kreditrisiko, Kreditrisiko in zentral- und osteuropäi-

schen Ländern, indirektes Kreditrisiko der Fremdwährungskredite) und des Zinsänderungsrisikos in Euro-Währung die größten Auswirkungen auf die Eigenmittelquote. Auch die Kombination mehrerer Schocks führte nur zu einer Reduktion der Eigenmittelquote auf 13,2%.

Neben der Schockresistenz und der Stabilität des österreichischen Finanzsektors stellte der IWF in seinen Prüfergebnissen weiters fest, dass

- die Etablierung einer integrierten Aufsicht und die damit verbundene Bündelung der Aufsichtskompetenzen in der FMA den hohen internationalen Standards entsprechen und dass die Zusammenarbeit zwischen der FMA und der OeNB gut funktioniert,
- die Übereinstimmung mit den international entwickelten Aufsichtsstandards im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich sowie mit den die Geldwäsche betreffenden generell sehr hoch sei,
- der Bankensektor profitabel sei, über eine gute Eigenkapitalausstattung verfüge und in den letzten Jahren große Umstrukturierungen und Konsolidierungen erfahren habe,
- sich der Finanzsektor ungeachtet des schwierigen konjunkturellen Umfelds zufrieden stellend entwickelt habe,
- die frühe Expansion der heimischen Kreditinstitute in Zentral- und Osteuropa wesentlich zur Stärkung der Ertragskraft beigetragen habe.

Handlungsbedarf ortete der IWF jedoch in der nachhaltigen Absicherung der derzeitigen, im Wesentlichen aus der Geschäftstätigkeit in den neuen Mitgliedstaaten induzierten Ertragsstärke, der Notwendigkeit

Stresstests zeigen
Schockresistenz des
österreichischen
Bankensystems

Ertragslage
im Mittelpunkt der
IWF-Beurteilung

für weitere Maßnahmen zur Steigerung der Profitabilität auf dem Heimmarkt (z. B. weitere Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen), der strukturbedingten Veränderungen im Rahmen der Einlagensicherung sowie in den Verbesserungen der Corporate Governance. Weiters empfiehlt der IWF die Stärkung der Aufsicht über Versicherungen und Pensionskassen sowie die Fortsetzung der laufenden Beobachtung allfälliger Risiken aus Fremdwährungskrediten für Banken und Kreditnehmer. Die FSAP-Prüfung wurde im Zuge der jährlich stattfindenden Artikel IV-Konsultation des IWF im Mai 2004 vorläufig abgeschlossen. Nach der Diskussion im IWF-Board wurde der Abschlussbericht im August 2004 auf der Website des IWF veröffentlicht.



Zur Umsetzung der Empfehlungen des IWF an den österreichischen Gesetzgeber wurde eine Novelle zum Bankwesengesetz erarbeitet, in der z. B. die Forderung nach einer klaren Amtshaftungsregelung, die Ausweitung der Verordnungsermächtigungen für die FMA, die Weiterentwicklung im Bereich der Corporate Governance sowie die Adaptierung der jeweiligen Aufsichtsgesetze enthalten sind. Weiters haben die FMA

und die OeNB bereits die Umsetzung einiger IWF-Empfehlungen in Angriff genommen und beispielsweise die Anzahl der Vor-Ort-Prüfungen erhöht sowie eine stärkere Fokussierung der Prüfungen auf systemrelevante Institute vorgenommen.

Im Rahmen der FSAP-Prüfung des IWF wurde auch die Bedeutung eines ertragsstarken Bankensystems für die mittel- und langfristige Finanzmarktstabilität betont. Eine vonseiten der OeNB initiierte Untersuchung der Kosten- und Profiteffizienz der 100 größten österreichischen Banken auf Basis des Stochastic Frontier Approach sowie des Distribution Free Approach kam zu folgendem Ergebnis: Während eine zufrieden stellende Homogenität hinsichtlich der Kosteneffizienz herrscht, wird das Ertragspotenzial im Durchschnitt nicht ausreichend genutzt. Dies belegen die weit unter den Kosteneffizienzwerten liegenden Profiteffizienzen. Im Sinne der vom IWF eingemahnten Orientierung an der langfristigen Finanzmarktstabilität sollte daher die Steigerung existierender Ertragspotenziale im Zentrum der Bemühungen der heimischen Kreditinstitute stehen. Da aber auch ein starker Zusammenhang zwischen der Effizienz der Kosten und der Profite festgestellt werden konnte – d. h., Banken mit guter Performance auf der Kostenseite wiesen auch eine gute Platzierung auf der Profitseite aus –, hat hierbei auch die Fortführung eines straffen Kostenmanagements einen wichtigen Stellenwert. Die Untersuchung belegte darüber hinaus auch einmal mehr die zentrale Bedeutung, die einem effizienten Risikomanagement, insbesondere einer risikoadjustierten Kreditbepreisung, für die Steigerung der Ertragsstärke der Banken zukommt.

OeNB unterstützt Basel II-Umsetzung

Am 26. Juni 2004 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht das neue Regelwerk zu Basel II.⁴ Mit der Zustimmung zur neuen Rahmenvereinbarung legten die Notenbankgouverneure und die Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden der G-10-Staaten nach fünf Jahre dauernden Verhandlungen auf internationaler Ebene die wesentlichen Grundzüge der neuen Eigenmittelbestimmungen für Banken fest. Während der Basel II-Prozess damit in Basel selbst als im Wesentlichen abgeschlossen gilt, steht nun in den Mitgliedstaaten der EU die Umsetzung der Basler Bestimmungen an. Zunächst muss auf EU-Ebene Einigkeit über eine neue Kapitaladäquanz-Richtlinie hergestellt werden, anschließend muss diese Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden.

Zur Gewährleistung einer zeitgerechten Umsetzung von Basel II in der EU hat die Europäische Kommission bereits in den vergangenen Jahren möglichst parallel zu den Entwürfen des Basler Ausschusses gearbeitet. Im Zuge der Tätigkeit der Member States' Expert Group (MSEG) der Europäischen Kommission wurden im ersten Halbjahr 2004 die Vorarbeiten für den Richtlinienentwurf vorgenommen. Die OeNB war gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) und der FMA mit Experten in den MSEG-Sitzungen vertreten. Am 14. Juli 2004, also knapp nach dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, legte die Europäische Kommission

einen Richtlinienentwurf⁵ zu Basel II vor. Dieser Richtlinienentwurf wurde ab dem zweiten Halbjahr 2004 im Rat der EU sowie im Europäischen Parlament diskutiert. Um die österreichische Position zum Richtlinienentwurf durch ein koordiniertes Vorgehen in Brüssel zu stärken, wurde ein innerösterreichisches Basel II-Sekretariat mit Experten des BMF, der FMA und der OeNB eingerichtet.

Wesentliche Anliegen der OeNB bei den Verhandlungen zu Basel II auf EU-Ebene waren u. a. die weitgehende Begünstigung von Krediten an Klein- und Mittelbetriebe (KMUs), Erleichterungen bei den Daten- und Berechnungsanforderungen für Banken sowie die Ausweitung der so genannten partiellen Anwendung, d. h. der Möglichkeit, für manche Kundenforderungen einfachere Berechnungsmethoden anwenden zu können. Zahlreiche dieser Forderungen konnte Österreich mit Erfolg in Brüssel durchsetzen. Auf der Ebene des Europäischen Parlaments fand im Dezember 2004 ein von der Wirtschaftskammer Österreich und der OeNB organisierter Workshop statt, bei dem die österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament insbesondere über die KMU-relevanten Aspekte von Basel II informiert wurden. Ziel innerhalb der EU ist die Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie in den Plenarsitzungen entweder im Mai oder im September 2005. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Implementierung sieht der derzeitige Verhandlungsstand vor, dass mit Beginn des Jahres 2007 sowohl der Standard-

OeNB setzt sich bei den Basel II-Verhandlungen für kleine Unternehmen und Banken ein

⁴ Basler Ausschuss für Bankenaufsicht. 2004. *Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der Eigenkapitalanforderungen: Überarbeitete Rahmenvereinbarung*. Basel.

⁵ Siehe dazu:

http://europa.eu.int/comm/internal_market/regcapital/index_en.htm#capitalrequire.

ansatz als auch der IRB-Basisansatz (Internal Ratings-Based Approach) in den EU-Mitgliedstaaten angewandt werden kann. Die Banken haben jedoch die Möglichkeit, noch ein weiteres Jahr im Basel I-Regime zu bleiben. Verpflichtend wird Basel II mit Beginn des Jahres 2008 (ab diesem Zeitpunkt steht auch der fortgeschrittene IRB-Ansatz zur Verfügung).



OeNB
professionalisiert
die risikobasierte
Bankenanalyse

Parallel zu den im Jahr 2005 voll anlaufenden Vorarbeiten zur Umsetzung der EU-Richtlinie in österreichisches Recht, an denen sich die OeNB aktiv beteiligt, wird auch der Informationsaustausch mit den EU-Parlamentariern – ebenso wie jener mit den Abgeordneten des österreichischen Nationalrats – fortgesetzt. Die Intensivierung der Information über Basel II ist insofern wichtig, als eine von der OeNB 2004 in Auftrag gegebene Studie des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) zeigt, dass der Informationsbedarf von Unternehmen in Österreich bezüglich Basel II in nahezu allen Wirtschaftsbranchen sehr hoch ist: Zwar haben sieben von zehn KMUs bereits von Basel II gehört, allerdings haben erst 16% der KMUs mit konkreten Vorbereitungen auf die Herausforderungen von Basel II begonnen. Die

OeNB hat sich daher zu einer Informationsoffensive zu Basel II entschlossen (siehe dazu ausführlich im Kapitel „Kommunikation und Information im Zeichen von ‚Stabilität und Sicherheit‘“).

Umfangreiche Aktivitäten der OeNB zur Förderung der Finanzmarktstabilität

Mit zahlreichen Aktivitäten trägt die OeNB zur Förderung der Stabilität des österreichischen Finanzmarktes bei. Eine regelmäßige Beobachtung der Entwicklung potenzieller Risiken auf den Finanzmärkten erfolgt in den halbjährlich publizierten Finanzmarktstabilitätsberichten, die im Rahmen von Pressekonferenzen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Im Zuge der umfassenden Vortragstätigkeit zu stabilitätsrelevanten Themen wurde u. a. eine weitere Aufklärung über Fremdwährungskredite durchgeführt. Auch die Einbeziehung der OeNB in die finanzmarktrelevante Gesetzesbegutachtung ermöglicht das Einbringen stabilitätspolitischer Überlegungen.

Die Off-Site-Analyse von Banken spielt in Österreich eine besonders wichtige Rolle im Aufsichtsprozess, da Vor-Ort-Prüfungen aufgrund der großen Bankendichte nicht in hoher Frequenz durchgeführt werden können. In einem Projekt wurde daher die Analyselandschaft unter Zusammenarbeit der OeNB, der FMA und der Universität Wien ausgebaut und um moderne, risikobasierte Off-Site-Analysemodelle erweitert. Nach einer Bestandsaufnahme der möglichen Modellansätze wurden zwei statistische und ein strukturelles Modell entwickelt.

Die Integration der neuen Analysemodelle in die existierende Analyselandschaft erfolgte durch die

Einführung des Gesamtreports, bei dem künftig alle Modellergebnisse für sämtliche Banken übersichtlich dargestellt werden und Banken in die drei Klassen „problematisch“, „beobachtungswürdig“ und „unauffällig“ eingestuft werden sollen. Details zu allen Projektfragestellungen sind in den Publikationen *Neue quantitative Modelle der Bankenaufsicht* und *Die Analyselandschaft der österreichischen Bankenaufsicht*⁶ dargestellt.

Die gemäß § 75 Bankwesengesetz von der OeNB geführte Großkredit-evidenz (GKE), die monatlich Kreditdaten über einer Meldegrenze von 350.000 EUR erfasst, konnte ihren Beitrag zur Stabilität des Kreditwesens weiter ausbauen. Im Jahr 2004 war wiederum eine deutlich steigende Zahl von Obligoanfragen durch meldende Institute, Sicherungseinrichtungen und Bankprüfer zu verzeichnen. Dies zeigt deutlich, dass dieses Dienstleistungsangebot der OeNB nicht nur zum Zeitpunkt der Kreditvergabe einen Informationsgewinn schafft, sondern auch von der überwiegenden Zahl der GKE-Melder während der gesamten Kreditlaufzeit genutzt wird.

Im Rahmen der Bankenaufsicht finden GKE-Daten Eingang in verschiedene Modelle zur Früherkennung von Risiken. Insbesondere die seit Jänner 2003 vorliegenden Daten zur Kreditnehmerqualität ermöglichen die Durchführung von kosteneffizienten Off-Site-Analysen. Beim weiteren Ausbau der GKE wird darauf Bedacht genommen, die für die Zwecke von Basel II notwendigen Meldeinhalte im Konsens mit den

Banken zu erarbeiten. Durch die sich weiter konkretisierende Zusammenarbeit der europäischen Kredit-Evidenzen wird eine harmonisierte und noch umfassendere Erfassung und Analyse des Kreditrisikos möglich werden.

Gemäß § 44a Nationalbankgesetz obliegt der OeNB die Aufsicht über die Zahlungssysteme. Diesem Gesetzesauftrag entsprechend überwacht die OeNB die Systemsicherheit der in Österreich betriebenen multilateralen Zahlungssysteme sowie die sichere Teilnahme österreichischer Banken an internationalen Zahlungssystemen. Die von der OeNB durchgeführten Prüfungen erfolgen anhand publizierter Leitfäden⁷ und umfassen die zur Gewährleistung der rechtlichen, finanziellen, organisatorischen und technischen Systemsicherheit getroffenen Maßnahmen.

In ihrer Prüfungstätigkeit wird die OeNB in den mit der organisatorischen und technischen Systemsicherheit in Zusammenhang stehenden Aufsichtsfragen regelmäßig vom Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) unterstützt. Mit Bescheid vom 6. Jänner 2005 wurde A-SIT vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) rückwirkend mit 25. Oktober 2004 als Überwachungsstelle im Sinne des Akkreditierungsgesetzes (AkkG) anerkannt.⁸ Für die geprüften Zahlungssystembetreiber ergibt sich durch diese Akkreditierung insofern ein Mehrwert, als die von A-SIT erstellten Inspektionsberichte nunmehr öffentliche Urkunden darstellen und als solche auch

Zahlungssystem-
aufsicht unterstützt
stabile Infrastruktur

Integration der
GKE-Daten in die
laufenden Risiko-
beobachtungssysteme

⁶ Siehe dazu: www.oenb.at oder www.fma.gv.at.

⁷ Die genannten Dokumente sind im Internet unter www.oenb.at abrufbar.

⁸ Die Akkreditierungsstelle des BMWA ist Mitglied der European co-operation for Accreditation (EA) und hat mit den anderen Mitgliedern (das sind die jeweils national anerkannten Akkreditierungsstellen der EU- und EFTA-Staaten) ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Akkreditierungen geschlossen.

außenwirksam zur Bescheinigung der Systemsicherheit verwendet werden können.

Um die Entwicklung der Zahlungssysteme und deren reibungsloses Funktionieren auch auf regelmäßiger Basis verfolgen zu können, wurde mit Jahresbeginn 2004 die Zahlungssystemstatistik als weiteres wichtiges Instrument der Zahlungssystemaufsicht implementiert. Der OeNB stehen damit quartalsweise (bzw. bei systemrelevanten Systemen auch monatliche) Daten über Infrastruktur (inklusive Verfügbarkeit) und Umsätze der Zahlungssysteme zur Verfügung.

Sichere und effiziente Wertpapierabwicklungssysteme stellen eine wesentliche Voraussetzung für effektive Finanzmärkte dar. Um diese Zielsetzung auf EU-Ebene zu erreichen, wurde im Oktober 2001 eine gemeinsame Arbeitsgruppe des ESZB und des Ausschusses der Europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (Committee of European Securities Regulators – CESR) eingesetzt, in der die OeNB zusammen mit der FMA mitarbeitet. Diese Arbeitsgruppe entwickelte insgesamt 19 auf die Sicherheits- und Effizienzerhöhung abzielende Standards und legte nach mehreren Marktkonsultationen im September 2004 den Endbericht *Standards for Securities Clearing and Settlement in the EU* vor. Der Bericht erhielt im Oktober 2004 die Zustimmung des EZB-Rats und der CESR-Vorsitzenden, und es wurde Übereinkunft erzielt, die für eine Umsetzung der Standards erforderlichen Maßnahmen im Lauf des Jahres 2005 zu definieren, um ab dem Jahr 2006 die Beurteilung der Systeme vornehmen zu können.

Enge Kooperation zwischen OeNB und FMA

Die Zusammenarbeit zwischen der OeNB und der mit April 2002 errichteten FMA hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren intensiviert und gefestigt. Abgesehen von den täglichen „routinemäßigen“ Kontakten infolge der weitreichenden gesetzlichen Einbeziehung der OeNB in die bankaufsichtlichen Agenden, z. B. die Durchführung des Meldewesens und der Vor-Ort-Prüfungen betreffend, werden in regelmäßigen Abständen Sitzungen auf Abteilungsleiter- und Managementebene abgehalten, um Informationen auszutauschen und grundlegende Fragen sowie komplexe Themenstellungen zu diskutieren. Bei Bedarf werden auch gemeinsame Arbeitsgruppen zu konkreten aufsichtlichen Fragestellungen eingerichtet, sodass zum einen das Know-how beider Institutionen optimal genutzt werden kann und zum anderen bereits frühzeitig eine abgestimmte Vorgangsweise gewährleistet wird. In der Kooperation mit dem BMF hat sich das gemäß § 13 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz errichtete Finanzmarktkomitee bewährt, das den drei für die Finanzmarktstabilität mitverantwortlichen Institutionen (BMF, FMA und OeNB) als Plattform für die Zusammenarbeit und den Meinungsaustausch dient.

Auch auf internationaler Ebene wurde die aufsichtliche Zusammenarbeit weiter vorangetrieben und institutionalisiert: Mit 1. Jänner 2004 wurde der Ausschuss der europäischen Bankaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors – CEBS) gegründet, in dem die nationalen Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden der EU-Mitgliedstaaten bzw. der sonstigen EWR-Staaten (letztere mit Beobach-

terstatus) vertreten sind und das die Funktion eines so genannten Level 3-Komitees gemäß dem Lamfalussy-Prozess wahrnimmt. Als solches hat das CEBS die Aufgabe,

- die Europäische Kommission zu beraten, insbesondere hinsichtlich der Vorbereitung von Entwürfen für Implementierungsmaßnahmen,
- zur konsistenten Umsetzung der EU-Richtlinien und zur Konvergenz der Aufsichtspraktiken in den EU-Mitgliedstaaten beizutragen und
- die aufsichtliche Kooperation, inklusive des Informationsaustausches, zu fördern.

Im ersten Arbeitsjahr, in dem bereits drei öffentliche Konsultationsverfahren zu verschiedenen Fragestellungen durchgeführt wurden, lag der Schwerpunkt der Aktivitäten v. a. auf Basel II-Themen (u. a. Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Reduktion der im Basel II-Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission vorgesehenen nationalen Wahlrechte, Veröffentlichung eines Konsultationspapiers zur Säule 2 etc.); darüber hinaus wurden Arbeitsprojekte jedoch auch zu zahlreichen anderen Bereichen, wie z. B. Rechnungslegung, Berichtswesen, Outsourcing, durchgeführt. Die OeNB ist im CEBS nicht nur als Mitglied, sondern auch im so genannten CEBS-Bureau vertreten, das den Vorsitz zu beraten und zu unterstützen sowie das Monitoring des Budgets wahrzunehmen hat.

Daneben besteht weiterhin das Banking Supervision Committee (BSC) des ESZB als gemeinsames Forum von Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden für makroprudenzielle und finanzmarktstabilitätsbezogene Fragestellungen. Auch hier ist die OeNB proaktiv involviert, etwa

durch die Vorsitzführung in der Working Group on Developments in Banking.

Aus Sicht der OeNB erscheint der nunmehr geschaffene institutionelle Rahmen für die Bankenaufsicht in der EU als – zumindest kurz- und mittelfristig – sehr gut geeignet, die aus der Verschiedenartigkeit der Banken sowie dem derzeitigen Stand der Finanzmarktintegration und der neuen regulatorischen Bestimmungen (Basel II) resultierenden Fragestellungen adäquat zu lösen und ein „level playing field“, d. h. gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Institute zu gewährleisten. Erforderlich ist jedoch eine weitere Intensivierung der aufsichtlichen Kooperation und Konvergenz durch das CEBS.



Leitfäden als Service für die Kreditwirtschaft

Die OeNB hat in intensiver Zusammenarbeit mit der FMA im Lauf des Jahres 2004 eine Leitfadenreihe zum Kreditrisiko veröffentlicht, in der Themen des Kreditrisikomanagements angesichts bevorstehender Änderungen der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen behandelt werden. In den Jahren davor wurden bereits Leitfäden zu den regulatorischen Rahmenbedingungen des Marktrisi-

komanagements (Leitfadenreihe zum Marktrisiko) und zur Bewertung strukturierter Produkte (Produkt-handbuch) publiziert. Die verschiedenen Leitfäden bieten eine transparente Darstellung des regulatorischen Umfelds und der fachspezifischen Grundlagen für ein effektives Risikomanagement der Banken und liefern einen wertvollen Beitrag zur effektiven Zusammenarbeit zwischen Banken und Aufsicht.



Ein Ziel der Erstellung einer Leitfadenreihe war die Bündelung von Know-how in den Aufsichtsbehörden, um die Kreditinstitute bei der Umsetzung von Basel II als kompetenter Ansprechpartner begleiten zu können. Im Sinne eines konstruktiven Dialogs zwischen Kreditwirtschaft und Aufsicht wurden die ge-

wonnenen Erkenntnisse Banken und anderen Interessierten in übersichtlicher und kompakter Form zur Verfügung gestellt. In insgesamt zehn verschiedenen Publikationen werden sowohl Themen, die unmittelbar die Umsetzung von Basel II betreffen, als auch allgemeine Kernthemen des Kreditrisikomanagements behandelt.⁹

Die Leitfäden *Ratingmodelle und -validierung* und *Techniken der Kreditrisikominderung* dienen als Grundlage für die bevorstehende Genehmigung von fortgeschrittenen risikosensitiveren Verfahren zur Eigenmittelunterlegung im Sinne von Basel II. In den Leitfäden zum *Best Practice im Risikomanagement von Verbriefungen* und zum *Kreditvergabeprozess und Kreditrisikomanagement* werden aktuelle Problemstellungen der Kreditwirtschaft dargestellt und mögliche Lösungsansätze skizziert. Diese Leitfäden stellen einen Ideenpool für die Ausgestaltung des Kreditrisikomanagements dar. Aufgrund des großen Engagements österreichischer Unternehmen und Banken in Zentral- und Osteuropa beschäftigen sich sechs weitere Leitfäden mit den rechtlichen Rahmenbedingungen des Kreditgeschäfts in Kroatien, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

⁹ Die Leitfäden stehen im Internet unter www.oenb.at als PDF-Dateien zur Verfügung, Druckversionen können bei der OeNB angefordert werden. Die Leitfäden sind auch in englischer Sprache erhältlich.

Europäisierung im Zahlungsverkehr – Regionalisierung beim Bargeld

Neue europäische Strukturen im unbaren Zahlungsverkehr

Zu den wesentlichsten Zielen der OeNB im Bereich des Zahlungsverkehrs zählen neben der kostengünstigen Bereitstellung effizienter Serviceleistungen für die Abwicklung von Großbetrags- und Massenzahlungen die aktive Mitarbeit bei der Schaffung und Umsetzung einheitlicher Standards im österreichischen und europäischen Zahlungsverkehr, die Moderation und Kooperation in nationalen und internationalen Zahlungsverkehrsgremien sowie die Beteiligung an zahlungsverkehrsrelevanten Gesellschaften zur Gewährleistung hoher Sicherheitsstandards und effizienter Strukturen.

Neuer Rechtsrahmen für den EU-Zahlungsverkehr für das Jahr 2005 geplant

Zur Verwirklichung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums sind neben Selbstregulierungsmaßnahmen der Kreditwirtschaft und der Schaffung einer einheitlichen Infrastruktur auch kohärente rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich. Die Europäische Kommission hat diese Notwendigkeit erkannt und arbeitet gegenwärtig an der Erstellung eines neuen Rechtsrahmens für den europäischen (Massen-)Zahlungsverkehr. Zu den deklarierten Zielen gehört, dass

- der Binnenmarkt im unbaren Zahlungsverkehr verwirklicht wird,
- effiziente und sichere Zahlungsmittel und -systeme gefördert werden,
- der Verbraucherschutz verbessert und das Vertrauen der Bevölkerung in unbare Zahlungsmittel weiter gestärkt wird und

- ein fairer Wettbewerb mit gleichen Ausgangsbedingungen gewährleistet ist.

Die Überarbeitung und Konsolidierung der bestehenden Rechtsregelungen tragen damit zu den Bestrebungen der europäischen Kreditwirtschaft bei, einen integrierten Binnenzahlungsverkehr zu schaffen.

Die Initiative der Europäischen Kommission mündete in das Anfang Dezember 2003 vorgelegte Konsultationspapier *Ein neuer Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr im Binnenmarkt*. Im November 2004 hat die Europäische Kommission bereits den fünften Entwurf des Gesetzestextes vorgelegt und eine letzte öffentliche Konsultation der Interessengruppen eingeleitet. Mitte 2005 soll der finale Richtlinienentwurf von der Europäischen Kommission veröffentlicht werden.

Verbraucher und Unternehmen in der EU sollen von einem einheitlichen Zahlungsverkehrsraum profitieren, der ihnen billigere und effizientere Zahlungsmöglichkeiten bietet. Die OeNB begrüßt diese Initiative und steht vor der Herausforderung, die Modernisierung und Integration des österreichischen Zahlungsverkehrsmarktes zu unterstützen.

Experten der OeNB sind mit den zuständigen Stellen der EU in engem Einvernehmen und auch in den relevanten Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene vertreten.

Der neue Rechtsrahmen wird auf Basis des aktuellen und voraussichtlich letzten Entwurfs für die Zahlungsverkehrsstrategie der OeNB keine Hürde darstellen. Im Gegenteil, die Bestrebungen zu mehr Wettbewerb und Transparenz bei der Abwicklung unbarer Zahlungsverkehrstransaktionen, insbesondere der Kartenabwicklung, oder die Zulassung eigener Zahlungssystem-

Vereinheitlichung der
Rechtsvorschriften im
Zahlungsverkehr in den
EU-Mitgliedstaaten

Mehr Wettbewerb
und Transparenz bei
der Abwicklung
unbarer Zahlungsver-
kehrstransaktionen

betreiber unterstützen die Orientierung der OeNB.

SEPA – Initiative für integrierten europäischen Zahlungsverkehrsmarkt

Die Single Euro Payments Area (SEPA) soll als einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum den Bürgern Europas die Möglichkeit bieten, im gesamten Euro-Währungsgebiet Zahlungen von einem einzigen Girokonto aus durchzuführen. Dabei soll gewährleistet sein, dass Zahlungen genauso einfach und sicher wie derzeit auf nationaler Ebene abgewickelt werden können. Für den Kunden sollte es keinen Unterschied machen, wo oder bei welcher Bank im Euroraum das Konto geführt wird. Folglich bedeutet der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum aus Sicht des Eurosystems, dass alle im Euroraum getätigten Zahlungen inländischen Charakter bekommen.

ESZB forciert
Umsetzung des
einheitlichen euro-
päischen Zahlungs-
verkehrsraums

Ein erster wichtiger Schritt zur Angleichung von Inlands- und Binnenzahlungen war die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro, wonach ab 1. Juli 2002 grenzüberschreitende Zahlungen¹ in den Euroraum nicht mehr als Inlandstransaktionen kosten dürfen. Weiters haben sich 42 europäische Banken sowie die europäischen Bankenvereinigungen mit dem Weißbuch vom Mai 2002 und der Gründung des European Payments Council (EPC)² im Juni 2002 zur Umsetzung der SEPA bis spätestens Ende 2010 ausgesprochen. Das Eurosystem empfiehlt, dass entsprechende Zahlungsverkehrsinstrumente den Bürgern und Unternehmen bereits im Jahr 2008 als eine Alternative zu national bestehenden Lösungen angeboten werden. Eine vollständige Migration der Banken und ihrer Kunden zu gesamteuropäischen Lösungen soll bis Ende 2010 erreicht werden.

Die OeNB begrüßt die Initiativen der EZB zur SEPA-Realisierung und unterstützt die österreichischen Banken bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Den heimischen Kreditinstituten wurde durch die OeNB zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein neutraler Zugang zum STEP2-System der Euro Banking Association (EBA)³ zur Verfügung gestellt. Dieses – derzeit einzige –

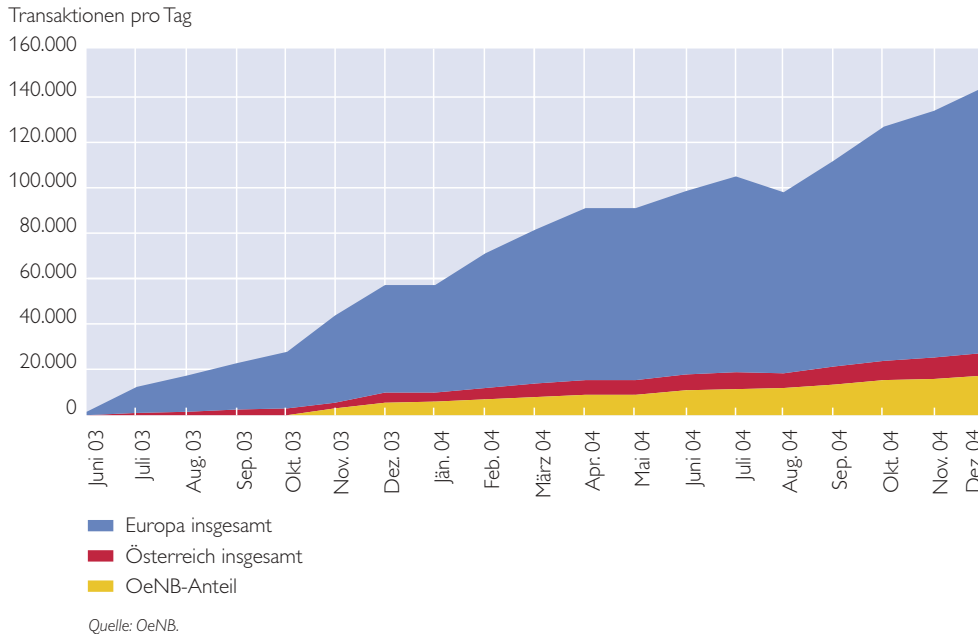


¹ Bei Beträgen unter 12.500 EUR und Angabe des Bankidentifikationscodes BIC und der internationalen Kontonummer IBAN.

² Im Juni 2002 von europäischen Banken und Bankenverbänden gegründete Interessenvertretung, die die Verwirklichung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums steuert.

³ Die EBA wurde im Jahr 1985 von 18 Geschäftsbanken und der Europäischen Investitionsbank mit Unterstützung der Europäischen Kommission in Paris gegründet und hat heute rund 200 Mitgliedsinstitute (Stand Ende 2004). Ende 1998 wurde das Großbetragszahlungsverkehrssystem EURO1 an EBA Clearing übergeben. Neben EURO1 hat die EBA im Rahmen der so genannten S.T.E.P.S. (Straight Through Euro Payment System)-Initiative mit STEP1 und STEP2 zwei weitere Zahlungsverkehrslösungen für kleine und mittlere Beträge entwickelt.

Durchschnittliches STEP2-Volumen



europaweite Clearinghaus (Pan-European Automated Clearing House – PEACH) wickelt Euro-Zahlungen, die unter die EU-Verordnung Nr. 2560/2001 fallen, ab. Die OeNB unterstreicht mit ihrem STEP2-Zugang ihr operationales Engagement zur Gewährleistung einer sicheren Zahlungsverkehrsabwicklung und zur Steigerung von Markteffizienz.

Das Ziel der OeNB ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Standardisierung und Automatisierung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen, die im Rahmen eines umfassenden Zentralbank-Serviceangebots Marktstrukturen optimieren sollen. Damit leistet die OeNB einen aktiven Beitrag, um Österreich als konkurrenzfähigen Finanzplatz im neuen Wettbewerbs-

umfeld zu positionieren und die heimischen Banken bei der Umsetzung der SEPA zu unterstützen.

STEP2 – Europaweites Clearing von Massenzahlungen ist Realität

Seit 3. November 2003 bietet die OeNB in ihrer Eigenschaft als direkter EBA-STEP2-Teilnehmer einen für alle Marktteilnehmer gleichermaßen zur Verfügung stehenden Zugang zu STEP2 an. Dieser ermöglicht es den Banken, Überweisungen, die unter die EU-Verordnung 2560/2001 fallen, kostengünstig abzuwickeln. Aktuell nehmen mehr als 80 europäische Banken direkt und rund 1.400 indirekt an STEP2 teil. Mit mehr als 12% des gesamteuropäischen STEP2-Volumens⁴ zählt die OeNB zu den transaktionsstärksten STEP2-Banken.

OeNB begrüßt Initiative der EZB bei der Umsetzung von SEPA und unterstützt die Banken bei SEPA-Realisierung

⁴ Durchschnitt des vierten Quartals 2004.

Kunden profitieren neben den niedrigeren Gebühren auch von einer kürzeren Überweisungsdauer. Entsprechend einer von der Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.⁵ im Jahr 2004 durch-

geführten Studie dauert eine Überweisung in einen anderen EU-Mitgliedstaat durchschnittlich 2,2 Tage. Andere, in den Jahren 1999 und 2001 erstellte Studien ergaben noch durchschnittliche Überweisungsfristen von 3,4 bzw. 3,3 Tagen.

STEP2-Teilnehmer



- 85% aller österreichischen Banken
- Länder, die den OeNB-STEP2-Zugang nutzen
- Länder, die STEP2 zusätzlich erreicht

Quelle: OeNB.

⁵ Sie ist eine im Jahr 1991 gegründete Kooperationsplattform der OeNB und der größten österreichischen Kreditinstitute und strebt in ihrer Funktion als Drehscheibe für die Weiterentwicklung des Zahlungsverkehrs Kostensenkungen und Serviceverbesserungen an, die durch Standardisierung und den Einsatz neuer Methoden erreicht werden sollen.

Damit Kunden in den Genuss der niedrigeren Gebühren kommen, muss der Überweisungsbetrag auf Euro lauten und darf 12.500 EUR nicht überschreiten. Eine Anhebung dieser Betragsobergrenze auf 50.000 EUR ist für Anfang 2006 vorgesehen. Die Überweisung muss auf ein Konto, das in einem EU-Mitgliedstaat geführt wird, erfolgen. Anfang 2005 wurde der Anwendungsbereich der Richtlinie auf Norwegen und Island ausgedehnt, Liechtenstein wird voraussichtlich im Juli 2005 folgen. Im Überweisungsauftrag müssen BIC (Bank Identifier Code) und IBAN (International Bank Account Number) des Empfängers angeführt werden. Nur wenn BIC und IBAN (korrekt) im Überweisungsauftrag angeführt sind, ist die automatische Verarbeitung des Auftrags bis hin zur Buchung auf das Konto des Empfängers möglich. Der eigene BIC und IBAN kann bei der Hausbank in Erfahrung gebracht werden.

Durch das von der OeNB zentral angebotene STEP2-Service, das von der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Banken genutzt wird, ist es gelungen, Synergieeffekte zu nutzen und den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden. Die erzielten Skaleneffekte und eine auf Kostendeckung und nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Preisgestaltung ermöglichen allen Teilnehmern attraktive Transaktionsgebühren.

Aufgrund des starken Engagements österreichischer Kreditinstitute in den neuen EU-Mitgliedstaaten und des Interesses von Banken außerhalb Österreichs wurde das STEP2-Service der OeNB im Mai 2004 auch auf Banken aus anderen EU-Mitglied-

staaten ausgeweitet. Ende 2004 nutzten bereits Banken aus Deutschland, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn den STEP2-Zugang der OeNB. Mit der Anbindung der slowakischen Zentralbank, Národná banka Slovenska, gelang es darüber hinaus erstmals, eine Zentralbank als indirekten STEP2-Teilnehmer zu gewinnen. Insgesamt konnten die von der OeNB pro Tag verarbeiteten durchschnittlichen STEP2-Transaktionszahlen im Lauf des Jahres 2004 mehr als verdreifacht werden.

Mit ihrem STEP2-Zugang ist es der OeNB in Kooperation mit den Banken gelungen, nach der erfolgreichen Realisierung der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. im Bargeldbereich nun auch im unbaren Bereich eine Lösung anzubieten, die die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Banken nachhaltig sichert.

ARTIS/TARGET⁶ – Neue Entwicklungen im Großbetragszahlungsverkehr

Beispielgebend für den österreichischen Finanzmarkt hat sich die OeNB entschlossen, die österreichischen Banken im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu unterstützen und ein Embargopräventionstool einzusetzen. Die gesetzlichen Vorgaben dazu wurden von der österreichischen Bundesregierung bzw. dem Europäischen Parlament geschaffen. Obwohl die OeNB aufgrund ihrer besonderen Stellung laut Bankwesengesetz nicht dazu verpflichtet wäre, die Bestimmungen hinsichtlich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu befolgen,

Aktive Rolle der
OeNB in Zentral-
und Osteuropa

OeNB setzt
Präventionsmaß-
nahmen gegen
Geldwäsche
im Zahlungsverkehr

⁶ ARTIS: Austrian Real Time Interbank Settlement;
TARGET: Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer.

hat sie sich dennoch entschlossen, diese Prüfungen durchzuführen.

Alle maßgeblichen Daten, die über Zahlungsaufträge in der OeNB einlangen, werden vor der Verarbeitung automatisch geprüft. Mit dieser Maßnahme setzt die OeNB einen weiteren wesentlichen Schritt zum Schutz vor der missbräuchlichen Verwendung der von der OeNB zur Verfügung gestellten Zahlungsverkehrsinfrastruktur.

Bund sendet
Zahlungsaufträge an
OeNB über SWIFT



Entwicklung der
ARTIS-Transaktionen
im Jahr 2004

Mit der Inbetriebnahme von ARTIS, dem österreichischen RTGS-System⁷, im Jahr 1999 wurden durchschnittlich 3.339 Transaktionen mit einem Durchschnittswert von 8 Mrd EUR pro Tag durchgeführt. Im Geschäftsjahr 2004 erhöhte sich das Transaktionsvolumen pro Tag auf durchschnittlich 6.019 Transaktionen mit einem Buchwert von 10,3 Mrd EUR, was einem Anstieg seit Inbetriebnahme von 80,3%

beim Volumen und von 28,8% beim Buchwert entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr konnte im Jahr 2004 ein Anstieg von knapp 10% bei den Transaktionen verzeichnet werden. Der Buchwert dieser Zahlungen ist jedoch nahezu gleich geblieben.

Seit 8. September 2003 sendet die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur als SWIFT-Teilnehmer⁸ im Rahmen der so genannten Member Administered Closed User Group (MA-CUG)⁹ mehr als 3.000 Nachrichten pro Monat an die OeNB. Durch den Einsatz von SWIFT und die Aufnahme in die MA-CUG ist eine neue effiziente und gesicherte elektronische Nachrichtenübertragung zwischen Bund und OeNB gewährleistet. Aufgrund der Verwendung von einheitlichen Formaten können über 97% der Zahlungsaufträge vollautomatisiert in der OeNB verarbeitet werden.

In den Jahren 2003 und 2004 wurden von SWIFT alle 75 österreichischen und weltweit rund 7.000 Banken von der X.25-Technologie (Standleitung) auf das Internet-Protokoll (IP) umgestellt. Durch die Verwendung des so genannten Single Window-Konzepts¹⁰ von SWIFT besteht zusätzlich zu der bisherigen Übermittlung von Finanztransaktionen auch die Möglichkeit einer Echtzeit-Liquiditätssteuerung sowie einer gesicherten Übertragung von Datenfiles.

⁷ RTGS: Real Time Gross Settlement.

⁸ SWIFT: Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication. In über 200 Ländern stellt dieses im Besitz der Finanzindustrie stehende Unternehmen sichere und standardisierte Nachrichtendienste und Schnittstellen-Software für rund 7.650 Finanzinstitute zur Verfügung.

⁹ Ein von Banken gefordertes und von SWIFT angebotenes Service, das den exklusiven Informationsaustausch zwischen allen bei SWIFT eingetragenen Teilnehmern in einer Closed User Group gewährleistet.

¹⁰ Im Gegensatz zur früher üblichen Kommunikation der diversen Geschäftspartnern und Marktinfrastrukturen mit unterschiedlichen Datenformaten, Schnittstellen, Sicherheitsmodellen und Telekommunikationsnetzwerken können heute Finanzmarktteilnehmer über ein standardisiertes (einheitliches) Netzwerk (SWIFTNet Single Window) gesichert Informationen austauschen.

Infolge der Ablöse des Systems der Elektronischen Banken-Kommunikation (EBK)¹¹ durch *SWIFTNet FIN* im November 2003, stieg das Nachrichtenaufkommen der OeNB um das Viereinhalbfache. Österreich liegt im Jahr 2004 mit einem Wachstum von 32,4% weltweit an 1. Stelle und auf das gesamte Nachrichtenvolumen bezogen an 18. Stelle.

TARGET2 – OeNB für einheitliche Standards im Großbetragszahlungsverkehr

Im Jahr 2002 legte der EZB-Rat den Grundstein für die Integration der heute von den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten betriebenen und über eine Interlinking-Komponente verbundenen RTGS-Systeme. TARGET2 wird gegenüber dem heutigen TARGET-System ein erweitertes, europaweit harmonisiertes Leistungsspektrum und eine einheitliche Preisstruktur für inländische und grenzüberschreitende Zahlungen im gesamten Eurosystem anbieten. Die Anbindung der bedeutendsten europäischen Ancillary-Systeme an TARGET2 über zwei Echtzeit- und vier Stapelbetriebsmodelle ist ebenfalls ein wichtiger Schritt in Richtung Harmonisierung und Integration des Zahlungsverkehrs im Euroraum.

Im Dezember 2004 akzeptierte der EZB-Rat das von der Deutschen Bundesbank, der Banca d'Italia und der Banque de France gemeinsam vorgelegte Angebot über die Errichtung und den Betrieb einer einzigen Gemeinschaftsplattform (Single Shared Platform – SSP) für TARGET2. Die OeNB hat der EZB gegenüber bereits im August 2003 ihr Interesse an der Teilnahme an der SSP bekundet und im Jänner

2005 die EZB über ihre geplante Teilnahme an den Kernmodulen der SSP informiert. Die OeNB strebt für TARGET2 eine im Vergleich zum gegenwärtigen dezentralen Setup von TARGET effizientere Abwicklung des Euro-Großbetragszahlungsverkehrs in Echtzeit an.

Die Festlegung des Funktionsumfangs für TARGET2 unter Mitwirkung des europäischen Finanzsektors und die technische Entwicklung der SSP waren Schwerpunkte in der Projektphase 2004. Der EZB-Rat beschloss im Juli 2004 die General Functional Specifications (GFS) für TARGET2. An der Fertigstellung der User Detailed Functional Specifications (UDFS) wird noch bis voraussichtlich April 2005 gearbeitet.

TARGET2 wird Banken, die in mehreren europäischen Ländern tätig sind, ihre Liquiditätssteuerung erleichtern. Das Liquiditätspooling wird es Banken innerhalb des Euro-Währungsgebiets ermöglichen, die Konten, die sie bei nationalen Zentralbanken des Euroraums halten, über einen einzigen so genannten Master Account zu kontrollieren. Durch diese Zusammenlegung der verfügbaren Innertagesliquidität aller Mitglieder einer Kontengruppe in einem Liquiditätspool wird die Liquiditätssteuerung erleichtert, was einen reduzierten Bedarf an Innertageskrediten zur Folge haben könnte.

Neben einem erweiterten Funktionsumfang wird TARGET2 auch eine Ausfalllösung auf dem neuesten Stand der Technik anbieten, die selbst bei einem Ausfall einer ganzen Region die Abwicklung der Geschäfte über ein anderes Land sicherstellt.

Zur Vorbereitung für die Teilnahme an TARGET2 gründete die

SWIFTNet
FIN-Migration
erfolgreich
abgeschlossen

Erste Spezifikationen
zu TARGET2
verfügbar

Single Shared
Platform für
TARGET2
beschlossen

¹¹ Österreichisches System zur Übermittlung von Zahlungsaufträgen.

OeNB gründete
gemeinsam mit den
Banken das Nationale
Migrations-Team

TARGET2-Fahrplan

TARGET2-
Preismodelle

OeNB im Mai 2004 das Nationale Migrations-Team (NMT). Im Dialog mit österreichischen Banken wurden die TARGET2-Funktionen und effiziente Anbindungsmöglichkeiten des österreichischen Finanzplatzes an die SSP evaluiert.

Beginnend mit 1. Jänner 2007 wird die TARGET2-Migration länderspezifisch in mehreren Schritten erfolgen. Zentral- und Kommerzbanken werden gemeinsam in dem ihnen jeweils noch zuzuordnenden Migrationsfenster auf die SSP migrieren. Während der Migrationsphase wird es eine Koexistenz der bestehenden RTGS-Systeme und der SSP geben. Die Zuteilung der EU-Mitgliedstaaten auf die einzelnen Migrationsphasen wird mit dem Ziel erfolgen, das Projektrisiko zu minimieren.

Für TARGET2 wird es voraussichtlich zwei Preismodelle geben. Teilnehmer sollen zwischen einer reinen Transaktionsgebühr und einer niedrigeren Transaktionsgebühr zusätzlich einer periodischen Gebühr wählen können.

Das duale Preisschema soll eine weitgehende Deckung der TARGET2-Gesamtkosten ermögli-

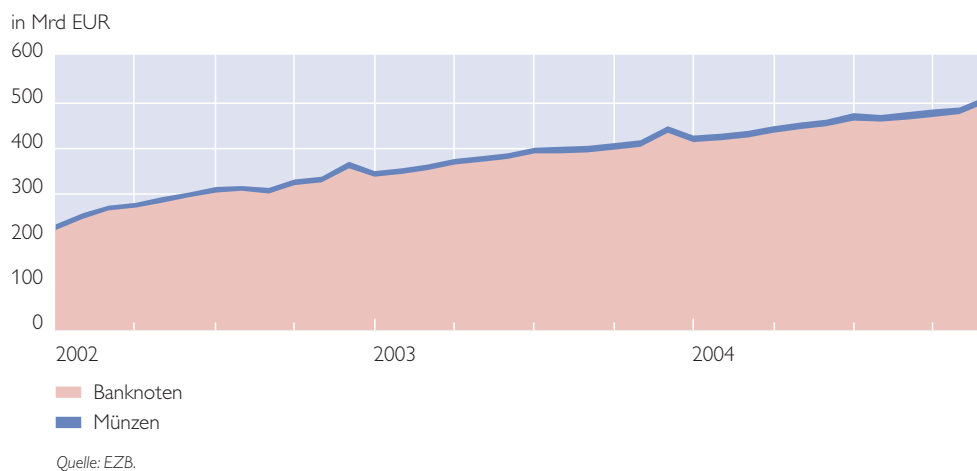
chen. Die Preisstaffeln sollen Transaktionsgebühren zwischen 0,25 EUR und 0,80 EUR vorsehen. Für optional angebotene Leistungen, wie z. B. das Liquiditätspooling, werden gesonderte Gebühren verrechnet.

Regionales Sicherheitsnetzwerk beim Bargeld

Der Euro-Bargeldumlauf des gesamten Eurosystems belief sich Ende 2004 auf 9,7 Milliarden Stück Banknoten (501,3 Mrd EUR) und 56,2 Milliarden Stück Münzen (15,4 Mrd EUR). Im Vergleich dazu betrug der Bargeldumlauf des Eurosystems Ende 2003 9 Milliarden Stück Banknoten (436,1 Mrd EUR) und 49 Milliarden Stück Münzen (14,1 Mrd EUR). Das bedeutet, dass im Jahr 2004 eine wertmäßige Steigerung des Banknotenumlaufs um 15% und des Münzumlaufs um 9% stattgefunden hat.

Die Entwicklung des Euro-Bargeldumlaufs in Österreich gestaltete sich im Jahr 2004 und zu Beginn des Jahres 2005 analog zu der der Vorjahre. Aufgrund des freien Flusses des Euro über die Grenzen und des verstärkten Rückflusses von Euro-

Bargeldumlauf des Eurosystems



Banknoten reduziert sich der logistische Banknotenumlauf Österreichs¹² stetig. Mit Jahresende 2004 blieb der österreichische logistische Banknotenumlauf mit –43 Millionen Stück negativ, während der logistische Münzumlauf auf 2,3 Milliarden Stück stieg. Nachdem im November 2004 der logistische Münzumlauf erstmals rückläufig gewesen war (aufgrund des Weltspartags), erhöhte er sich seither wieder stetig und erreichte Ende 2004 den bisherigen Höchststand. Die OeNB schätzt den tatsächlichen österreichischen Banknotenumlauf aufgrund der Transaktionszahlen auf rund 300 Millionen Stück. Bei den Münzen decken sich der logistische und der tatsächliche Umlauf weitgehend.

Dass die Nachfrage nach Euro-Bargeld weiterhin ungebrochen ist, lässt sich durch zwei Entwicklungen erklären. Einerseits ist Bargeld weiterhin das beliebteste Zahlungsmittel in den Ländern des Euroraums; es werden in Österreich trotz der Zuwachsraten elektronischer Zahlungsmittel nach wie vor über 70% aller Transaktionen mit Bargeld getätigt. Andererseits steigt in Drittstaaten die Akzeptanz von Zahlungen in Euro. Umfragen in Kroatien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn zeigen, dass sowohl die Anzahl der Euro-Depots als auch deren Höhe steigen. Auffallend ist, dass in diesen Ländern neben den von Touristen getätigten Zahlungen, die schon in der Vergangenheit in Euro akzeptiert wurden, zunehmend auch Zahlungen ohne ausländische Beteiligte in Euro abgewickelt werden. So haben z. B. mehr als 7% der Slowenen und Kroaten im Jahr 2004 den Euro als

Zahlungsmittel bei Transaktionen im eigenen Land verwendet.

Parallel zum Anstieg der Umlaufzahlen nahm im Jahr 2004 auch die Zahl der aufgegriffenen Fälschungen von Euro-Banknoten zu. Europaweit lag die Zahl der Fälschungen bei 594.000 Stück (+9,5%). Im gleichen Zeitraum wurden in Österreich 13.386 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Während die Fälschungszahl europaweit im zweiten Halbjahr sank, war in Österreich im vierten Quartal 2004 erstmals eine fallende Tendenz erkennbar, obwohl der Bargeldumlauf während des Weihnachtsgeschäfts traditionell seinen Höchststand erreicht.

Bargeldumlauf in Österreich



Um die Bevölkerung vor Fälschungen zu schützen, ist es notwendig, dass alle Beteiligten des Sicherheitsnetzwerks – Notenbank, Banken, Exekutive und Handel – ihre Aufgaben erfüllen. Der Hauptfokus der OeNB sowie der beteiligten Tochterunternehmen liegt dabei in – der Produktion von hochwertigen Zahlungsmitteln (Österreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH sowie Münze Österreich Aktiengesellschaft),

Schutz der Bevölkerung vor Fälschungen

¹² Unter dem logistischen Banknotenumlauf bzw. Münzumlauf ist das Volumen der von der OeNB ausgegebenen abzüglich der rückgelieferten Banknoten bzw. Münzen zu verstehen.

**Sicherheitsmerkmale
ohne technische
Hilfsmittel überprüfen**

- der ständigen Kontrolle derselben (GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.) sowie
- der Information der Bargeldexperten (Kassiere aus Banken oder dem Handel sowie die Exekutive) und der Bevölkerung.

Die Produktion der Banknoten erfolgt in enger Abstimmung mit der EZB sowie den Produktionsstätten der anderen Länder des Euroraums. Bei der Produktion der Euro-Banknoten wurde sehr viel Wert auf

Sicherheitsmerkmale gelegt, die von der Öffentlichkeit ohne technische Hilfsmittel überprüft werden können. Insbesondere durch die Prüfung mehrerer Sicherheitsmerkmale und das Wissen über das Aussehen der echten Banknoten kann das Risiko, eine Fälschung („Blüte“) zu erhalten, minimiert werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf den Farbkippeffekt, den speziellen „Griff“ des Banknotenpapiers und das fühlbare Relief des Tiefdrucks gelegt werden. Diese werden auf allen bisher bekannten Fälschkategorien ledig-

Kasten 5

Prüfschritte für Euro-Banknoten

Fühlen

Fühlen Sie die erhabene Oberfläche auf der Vorderseite der Banknote. Durch den Druck im Tiefdruckverfahren wird ein fühlbares Relief erzeugt. Sie spüren diese erhabene Oberfläche bei der Abkürzung der Europäischen Zentralbank, den Wertzahlen und den Abbildungen der Fenster bzw. Tore.



Sehen

Sehen Sie sich die Banknote gegen eine gute Lichtquelle an. Im Gegenlicht werden das Wasserzeichen, der Sicherheitsfaden und das Durchsichtregister sichtbar. Alle drei Merkmale sind sowohl auf der Vorder- als auch auf der Rückseite echter Banknoten zu erkennen.



Kippen

Beim Kippen der 5, 10 und 20 Euro-Banknoten erscheint als Hologramm auf der Vorderseite der Banknoten das Euro-Symbol und die Wertbezeichnung im Folienstreifen. Auf der Rückseite der Banknote erkennt man beim Kippen des aufgebrauchten Iridinstreifens gegen eine Lichtquelle einen glänzenden Streifen, der seine Farbe von hellgelb bis goldgelb verändert.



Beim Kippen der 50, 100, 200 und 500 Euro-Banknoten erscheint als Hologramm auf der Vorderseite der Banknoten das Architekturmotiv und die Wertbezeichnung im Folienelement. Auf der Rückseite der Banknote verändert sich beim Kippen die Farbe der Wertzahl rechts unten von purpurrot zu olivgrün oder braun.

lich sehr schlecht nachgeahmt. Trotz der steigenden Qualität der aufgefundenen Fälschungen können nach wie vor alle Fälschungen mittels der Prüfschritte FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN (wie sie in Kasten 5 beschrieben sind) erkannt werden.

Um mit der fortschreitenden technischen Entwicklung mitzuhalten, werden Banknotenserien in regelmäßigen Abständen ersetzt. Ziel ist es dabei, die beste verfügbare Qualität von Sicherheitsmerkmalen auf den Banknoten zu haben. Da es sich bei Banknoten um hochtechnologische Produkte handelt, die in sehr großen Mengen erzeugt werden, wurde mit der Vorbereitung der Nachfolgeserie bereits im Jahr 2004 begonnen. Mit der Ausgabe der ersten Banknoten dieser Serie wird gegen Ende dieses Jahrzehnts gerechnet.

Eine wichtige Voraussetzung zur Überprüfung einer Banknote auf Echtheit ist ihre Qualität. Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter lassen sich die Sicherheitsmerkmale – insbesondere das Papier und der Tiefdruck – überprüfen. Um dies für den österreichischen Banknotenumlauf zu gewährleisten, sind im Jahr 2004 rund 960 Millionen Stück Banknoten durch die Bearbeitungsmaschinen der OeNB und der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. gelaufen. Das bedeutet, dass jede Banknote in Österreich im statistischen Schnitt drei- bis viermal überprüft und bei schlechter Qualität aus dem Verkehr gezogen wird.

Zunehmend werden in Banken, aber auch in Handelsunternehmen mit größerem Bargelddurchlauf Prüfgeräte eingesetzt, die eigenständig die Echtheit und teilweise auch die Qualität der Banknoten überprüfen

sollen. Um in diesem Bereich Kunden und Gerätehersteller beraten zu können, wurde in der Banknoten- und Münzenkasse das OeNB-Testzentrum installiert, das Banknoten- und Münzgeräte auf ihre Praxistauglichkeit überprüft. An einer strukturierten Weitergabe der Testergebnisse an einen beschränkten Personenkreis (via Bargeldexperten-Website <https://bargeld.oenb.at>) wird derzeit gearbeitet. Nicht zuletzt wird damit auch eine EZB-Anforderung im Zusammenhang mit kombinierten Ein- und Auszahlungsgeräten (Cash-Recycling-Systeme) erfüllt.

All die Bemühungen um die technische Ausrüstung der Banknoten sowie deren Umlaufqualität helfen jedoch nur dann, wenn die Nutzer des Bargelds die Sicherheitsmerkmale auch kennen. Aus diesem Grund hat die Information über Banknoten höchste Priorität. In erster Linie sollen hierbei die Bargeldexperten informiert werden. Dabei handelt es sich um Kassiere aus Banken oder dem Handel sowie um die Exekutive. Diese Gruppe ist der wichtigste Schutz der Bevölkerung vor Fälschungen. Im Jahr 2004 wurden die kostenlosen Informationsveranstaltungen der OeNB abermals deutlich intensiviert. So konnten in 495 mehrstündigen Schulungen mehr als 10.000 Experten informiert werden. Darüber hinaus konnten im Rahmen der Euro-Tour der „Rollenden Zweiganstalt der OeNB“ sowie bei Messeauftritten rund 68.000 Personen mit Schulungen erreicht werden.

Träger dieser Informationstätigkeit ist das regionale Betreuungsnetzwerk der OeNB. Als weitere Folge der Restrukturierungen im Zuge der Euro-Bargeldumstellung wurde im Jahr 2004 auch die Regional-

Ständige Qualitäts-
überprüfung der
Banknoten

Regionales
Betreuungsnetzwerk
der OeNB

Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)

1.000 Schilling/III. Form Bertha v. Suttner

30. August 2005



100 Schilling/V. Form Angelika Kaufmann

28. November 2006



500 Schilling/II. Form Josef Ressel

31. August 2007



50 Schilling/III. Form Ferdinand Raimund

31. August 2008



20 Schilling/IV. Form Carl Ritter v. Ghega

30. September 2009



500 Schilling/III. Form Otto Wagner

20. April 2018



1.000 Schilling/IV. Form Erwin Schrödinger

20. April 2018



betreuung neu organisiert. Die Implementierung von vier Regionen stellt sicher, dass das Dienstleistungsangebot der OeNB auch in Zukunft flächendeckend angeboten wird. Die Entscheidung, den Euro-Bus dauerhaft als „Rollende Zweiganstalt der

OeNB“ einzusetzen, unterstreicht die verstärkte Kundenorientierung.

Neben der Rolle als Informations-träger stellt der Euro-Bus nach wie vor eine der wichtigsten Anlaufstellen zum kostenlosen Schilling-Umtausch dar. So konnten im Jahr

2004 rund 10% des gesamten Schilling-Rücklaufs zur OeNB über die Kasse des Euro-Busses abgewickelt werden. Insgesamt ging das Volumen der ausständigen Schilling-Banknoten und -Münzen von 12 Mrd ATS auf 11,5 Mrd ATS zurück.

Neben den Schilling-Münzen und den Schilling-Banknoten der letzten Serie, die ohne zeitliches Limit gratis bei der OeNB getauscht werden können, gibt es auch noch Banknoten aus vorigen Serien, die zum Zeitpunkt der Euro-Einführung bereits mit einem „Ablaufdatum“ versehen waren, das auch weiter bestehen bleibt (siehe Kasten 6). Ende August 2005 verliert etwa die 1.000 Schilling-Banknote Bertha v. Suttner ihren Wert. Insgesamt befinden sich noch rund 464.000 Stück dieser Banknote im Umlauf.

Die Beteiligungen der OeNB im Zahlungsmittelbereich

Zur Unterstützung der Aufgabenerfüllung in den Bereichen *Bargeld* und *Unbarer Zahlungsverkehr* hat die OeNB im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte ein Portefeuille an Tochtergesellschaften und Unternehmensbeteiligungen aufgebaut. Die Beteiligungen sind wesentlicher Teil des Gesamtkonzepts mit dem Ziel, die österreichische Bargeldversorgung und das Funktionieren des Zahlungsverkehrs sicherzustellen. Durch die Beteiligungen kann die OeNB Sicherheitsüberlegungen und vertrauensbildende Maßnahmen im Bargeldbereich und im Zahlungsverkehrsbereich operativ einbringen. Die Be-

teiligungen unterstützen die OeNB in ihrer Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems durch positive Effekte für die Volkswirtschaft und den Finanzplatz Österreich. Die Beteiligungsunternehmen der OeNB leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Notenbankaufgaben, indem sie den Geschäftsbetrieb der OeNB durch effektive und effiziente Aufgabenerfüllung unterstützen.



Die Münze Österreich Aktiengesellschaft und die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH beschäftigen sich in ihrer grundlegenden Aufgabenstellung mit der Produktion von Bargeld. Die GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. soll ergänzend im Bargeldbereich durch die Zusammenfassung und gemeinsame Abwicklung von Geldbearbeitung und Versorgung mit Banknoten und Münzen die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Bargeldlogistik gering halten.

**Bedeutung
der Beteiligungen
für die OeNB**

**Der Zahlungsmittel-
cluster**

Zahlungsmittelcluster der OeNB

Bargeld

Produktion von Bargeld

Münze Österreich Aktiengesellschaft (100%)

- Prägung, In-Verkehr-Setzen und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen
- Erzeugung und Verkauf von Gegenständen aus edlen und unedlen Metallen
- Engineering- und Consultingleistungen

Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (100%)

- Banknoten- und Sicherheitsdruck
- Handel mit Druckerzeugnissen
- Forschungs- und Entwicklungsleistungen



Bargeldbearbeitung

GELDSERVICE AUSTRIA

Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (91,4%)

- Geldbearbeitung
- Versorgung mit Banknoten und Münzen
- Logistik

Unbarer Zahlungsverkehr

Produktion von Zahlungsverkehrstools

AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m. b. H. (100%)

- Produktion und Vertrieb von Drucksorten, Kreditkarten und Kartensystemen, ferner von Geräten, die für die Herstellung bzw. Benützung dieser Systeme geeignet sind
- Produktion und Vertrieb von Ausweissystemen



Bereitstellung von Infrastruktur sowie Absicherung des Finanzplatzes

Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH (38%)

- Auf- und Ausbau des Services der Bankomaten und der Bankomatassen
- EDV-Leistungen

A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH (9,1%)

- Zertifizierungsdienste im Zusammenhang mit elektronischen Signaturen

Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H. (25%)

- Studiengesellschaft zur Erarbeitung von Konzeptionen und Maßnahmen zur Reduktion der Zahlungsverkehrskosten der Kreditinstitute

Die in der Klammer angegebenen Prozentwerte beziehen sich auf das OeNB-Beteiligungsverhältnis.

Effiziente und
marktnahe Aufgaben-
erfüllung mittels
Tochtergesellschaften

Die AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. produziert hochsichere Chipkarten. Ebenfalls zum Bereich *Unbarer Zahlungsverkehr* zählen die Minderheitsbeteiligungen Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH, A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH und Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H., deren strategischer Aufgabenbereich die Bereitstellung einer sicheren Infrastruktur für Zahlungsverkehrssysteme sowie die Absicherung des Finanzplatzes darstellt.

Die Beteiligungsunternehmen der OeNB werden eigenständig geführt, wobei Effizienz und betriebswirtschaftliche Leistungserstellung besonders wichtig sind.

Da sich die Beteiligungsgesellschaften auf dem nationalen und auf dem internationalen Markt ihre Position sichern müssen, werden laufend Möglichkeiten zur Kostenoptimierung gesucht, wobei Innovation, Flexibilität und Kundenausrichtung eine besondere Bedeutung haben. Neben den eng mit den Aufgaben bzw. dem Geschäftsbetrieb einer Notenbank zusammenhängenden Tätigkeiten werden von den Beteiligungen darüber hinaus auch vorhandenes Know-how und Ressourcen für an-

dere Geschäftstätigkeiten genutzt. Dadurch können zusätzliche positive betriebswirtschaftliche Effekte erzielt werden, die den Unternehmensbestand und damit den für die OeNB wichtigen notenbankbezogenen Geschäftsbereich absichern helfen.

Synergieeffekte tragen zur Steigerung des Gesamtnutzens der Beteiligungsgesellschaften und der OeNB bei. Es wird daher besonderer Wert darauf gelegt, dass die Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit sowohl horizontale Synergien (auf gleicher

Wertschöpfungsstufe) als auch vertikale Synergien (entlang der Wertschöpfungskette) wahrnehmen.

Im strategischen Bereich werden durch die bestmögliche Kombination von Geschäftsfeldern und Bündelung der Aufgabenbereiche Synergiepotenziale realisiert.

Durch die verknüpfte Nutzung von Ressourcen sowohl beim Humankapital als auch bei den Sachmitteln können laufend Kostenoptimierungen realisiert werden.

Ausschöpfung von
Synergiepotenzialen



Kommunikation und Information im Zeichen von „Stabilität und Sicherheit“

Kommunikation der Geldpolitik – Eine Basis für Glaubwürdigkeit und Vertrauen

Kommunikation ist ein wichtiger Wertschöpfungsfaktor und lässt sich als solcher planen, steuern und messen; sie sorgt für Verständnis, Vertrauen und Transparenz. Diesen Leitlinien hat sich die OeNB gemeinsam mit den anderen nationalen Zentralbanken des Eurosystems und der EZB verschrieben und dies in einem gemeinsamen Leitbild zum Ausdruck gebracht.

Informations-
kampagne „Stabilität
und Sicherheit“



Vertrauen stellt für Zentralbanken seit jeher einen sensiblen Schlüsselwert dar. Eine vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführte Umfrage zeigt, dass sich der Wert des „Vertrauens in die OeNB“ traditionell auf hohem Niveau befindet. Laut IFES-Studie hatten auch im vierten Quartal 2004 78% der Österreicher großes Vertrauen in die OeNB. Dieses Vertrauen wurde durch eine glaubwürdige und stabilitätsorientierte Geldpolitik wie auch durch herausragendes Know-how in den wesentlichen Notenbankaktivitäten über die Jahre erarbeitet. Es ist aber auch gleichzeitig jene Basis, die der OeNB dazu dient, die

gegenwärtige Geldpolitik zu kommunizieren und dieses Vertrauen immer wieder unter Beweis zu stellen. Der Kommunikation der gemeinsamen Geldpolitik kommt die OeNB mit all jenen Mitteln nach, die unserer modernen Informationsgesellschaft entsprechen. Die schwierigen ökonomischen Zusammenhänge sind ohne entsprechendes Basiswissen schwer verständlich. Es ist deshalb oftmals vor allem eine Frage der Kommunikation, komplexe Inhalte so einfach wie möglich darzustellen.

Um das volkswirtschaftliche Basiswissen der Bevölkerung zu erhöhen und das Vertrauen in den Euro zu stärken, hat die OeNB eine Informationskampagne mit den Kernwerten „Stabilität und Sicherheit“ ins Leben gerufen, um über den Euro (Preisstabilität/Sicherheitsmerkmale), die gemeinsame Geldpolitik und die Aufgaben der OeNB zu informieren. Abgeleitet von den Leitwerten „Stabilität und Sicherheit“ ist die Kampagne so konzipiert, dass sie die Hauptaufgabe der OeNB, die Gewährleistung von Preisstabilität, kommuniziert.

Einerseits wurden Anzeigen und TV-Spots mit dem Slogan „Jeder Euro ist hart verdient. Gut, dass er die Mühe wert ist.“, andererseits Medienkooperationen und aktive Textschaltungen eingesetzt, um sowohl die breite Öffentlichkeit als auch jene Teile der Bevölkerung, die bisher nicht erreicht werden konnten, anzusprechen. Im Vorfeld der Kampagne wurden von der OeNB in Zusammenarbeit mit Meinungsforschungsinstituten sowohl quantitative als auch qualitative Studien durchgeführt, um diese Bevölkerungsteile adäquat zu erreichen. Als Ergebnis wurde der dieser Zielgruppe innewohnende Österreich-Patriotismus

mit dem Euro als europäischem Wert verknüpft.

Die Kooperationen mit den Printmedien hatten folgende Inhalte:

- Der Euro: Stabil auf Kurs
- Ein stabiler Euro sichert unsere Kaufkraft
- Sicherheit auf hohem Niveau
- So entwickeln sich Preise
- Der Umgang mit dem Euro

Des Weiteren wurden auch TV-Kooperationen eingesetzt, um eine breite Schicht an Zuschauern aller Altersstufen zu erreichen. Folgende Themen wurden behandelt:

- Der Warenkorb und seine Berechnung
- Wie sicher ist der Euro?
- Kaufkraft und Preis
- Umgang mit dem Geld
- So ehre ich den Cent
- Der Euro im Ausland

Um den jüngsten TV-Zusehern Fakten rund um den Euro zu vermitteln und eine kindgerechte, spielerische Auseinandersetzung mit dem Geld zu fördern, lobte die OeNB in der Kindersendeleiste „Confetti TiVi“ den Kreativwettbewerb „Unser Euro. Gestalte deine Banknote.“ aus. Kinder von acht bis zwölf Jahren waren aufgerufen, ihre eigene Euro-Banknote zu entwerfen. Aus den besten Einsendungen wurden im Jänner 2005 drei Sieger gekürt und mit attraktiven Preisen belohnt.

Die Informationsoffensive soll auch für das Jahr 2005 beibehalten werden, wobei auf der bisherigen Kampagne aufgesetzt werden soll.

Zusätzlich führte die OeNB 2004 eine ausgedehnte Seminarreihe für Finanz- und Wirtschaftsjournalisten durch, die die Teilnehmer als Höhepunkt zu einem zinsentscheidenden EZB-Rat nach Frankfurt führte. Auf diese Weise konnten alle Facetten des Zentralbankwesens mit besonderem Schwerpunkt auf die gemein-

same Geldpolitik behandelt und besprochen werden.

Das Jahr 2004 war aus Sicht der OeNB ein überaus aktives Jahr: Es wurden 29 Pressekonferenzen bzw. Pressegespräche durchgeführt und 170 Presseausendungen veröffentlicht.



Mit dem Relaunch der OeNB-Website www.oenb.at wurde im Jahr 2004 das elektronische Informationsangebot der OeNB deutlich verbessert und konsolidiert: Es wurden u. a. die seit dem Jahr 1995 angebotenen und ständig erweiterten Inhalte sowie die diversen E-Services in eine moderne Website integriert. Der neue Internetauftritt bietet eine strukturierte Navigation für sämtliche Bereiche der OeNB sowie die Möglichkeit einer Volltextsuche. Mittels einer leistungsstarken Suchmaschine können nunmehr alle Inhalte und PDF-Dateien auf Schlüsselbegriffe durchsucht werden. Das Angebot wurde in einem einheitlichen Design und unter Rücksichtnahme auf die Richtlinien der Web Accessibility Initiative (Initiative zur Förderung barrierefreier Websites) erstellt.

Darüber hinaus wurde das Informations- und Datenangebot der OeNB ausgeweitet, neu strukturiert

Neuer Internetauftritt der OeNB

und mit benutzerfreundlichen Abfragemöglichkeiten versehen. Im Jahr 2004 sind ferner eine Reihe von volkswirtschaftlichen und statistischen Produkten kundenorientierter gestaltet worden (siehe Kasten 7).

Kasten 7

Neugestaltung der volkswirtschaftlichen und statistischen

Produkte der OeNB

In den letzten Jahren hat die OeNB im Sinne einer verstärkten Kundenorientierung bei einer Reihe von Printprodukten eine Neugestaltung vorgenommen und auch neue Publikationsreihen in ihr Informationsspektrum aufgenommen. So wurde schon vor einigen Jahren der Geschäftsbericht der OeNB einer Neugestaltung unterzogen, und im Jahr 2001 wurde der Finanzmarktstabilitätsbericht erstmals publiziert. Besonders konzentriert verlief der Umstellungsprozess jedoch im Jahr 2004. Dem Relaunch der nachfolgend angeführten Publikationen gingen jeweils spezielle Kundenbefragungen voraus.

- *Im Mai 2004 erschien die Serie Geldpolitik & Wirtschaft (englische Ausgabe: Monetary Policy & the Economy). Diese quartalsweise erstellte und wirtschaftspolitisch ausgerichtete Reihe löste Berichte und Studien (englische Ausgabe: Focus on Austria) ab. Die einzelnen Studien werden von externen Experten begutachtet und von einem Editorial Board freigegeben. Das Heft Q2/05 wird übrigens zum Schwerpunktthema „10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreich“ eine Reihe von Studien aus verschiedenen ökonomischen Blickwinkeln enthalten und Ende Juni 2005 erscheinen.*
- *Die neue englische Serie Workshops – Proceedings of OeNB Workshops ersetzt seit Jahresmitte 2004 die früheren Schwerpunktheft von Berichte und Studien. Mittlerweile sind vier Bände zu geld- oder wirtschaftspolitisch relevanten Themen erschienen.*
- *Im Oktober 2004 löste der ebenfalls in englischer Sprache halbjährlich erscheinende Focus on European Economic Integration die bis dahin Zentral- und Osteuropa analysierende Publikation Focus on Transition ab.*
- *Seit September 2004 ersetzt die Quartalszeitschrift Statistiken – Daten & Analysen das Statistische Monatsheft. Im Unterschied zur Vorgängerserie offeriert diese Reihe auch statistische Kurzberichte und Analysen. Diese konzentrieren sich auf österreichische Finanzinstitutionen, Finanzströme und die Außenwirtschaft. Der Tabellenteil des Hefts ist in analoger Struktur auch auf der OeNB-Website im Menü „Statistik und Melderservice“ täglich aktualisiert verfügbar. Sonderhefte zu speziellen statistischen Themen ergänzen das Informationsspektrum. Eine Anfang des Jahres 2005 unter den Nutzern durchgeführte Befragung zum seit September 2004 bestehenden neuen Statistikdesign der OeNB zeigte eine große Zufriedenheit mit dem neuen Angebot.*
- *Alle erwähnten Fachpublikationen werden auch im Internet in benutzerfreundlicher Form angeboten. Unter www.oenb.at, Menü „Presse und Publikationen“ sind die Ausgaben als PDF-Dateien (entweder die gesamte Publikation oder vielfach auch zusätzlich die einzelnen Beiträge) online entgeltfrei abrufbar.*

Informationsoffensive zu Basel II

Nachdem eine IFES-Studie vom Oktober 2004 zum Informationsstand von Klein- und Mittelbetrieben (KMUs) zu dem Ergebnis gekommen war, dass lediglich 16% der heimischen KMUs bereits Vorkehrungen in Richtung Basel II getroffen haben, entschloss sich die OeNB zu einer Informationsoffensive zu Basel II. Ein Fünf-Punkte-Sofortprogramm

wurde bereits in Angriff genommen. So wurden Anfang Dezember 2004 die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament intensiv zum Thema Basel II informiert. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich wurde eine österreichweite Roadshow zum Thema Basel II initiiert. Im Zuge dieser Veranstaltungsreihe hat jeder Klein- und Mit-

telbetrieb die Möglichkeit, sich persönlich und intensiv zum Thema zu informieren. Des Weiteren wurde seitens der OeNB ein Expertenpool eingerichtet, dessen Know-how während der gesamten Roadshow den Interessierten zur Verfügung steht. Mittels so genannter Best Practice-Leitfäden informiert die OeNB gemeinsam mit der FMA die österreichischen Banken hinsichtlich kreditrisikominimierender Techniken. Zusätzlich wurde ein neuer Basel II-Folder konzipiert und hauptsächlich über die Schalter der Kommerzbanken aufgelegt. Ein elektronischer Newsletter der laufend über Neuerungen zum Thema Basel II informiert, rundet das Informationspaket ab.

Den jüngsten Fälschungszahlen hinsichtlich der Euro-Banknoten wurde kommunikationsseitig mit einer Neuauflage des gemeinsam mit dem Hitradio-Ö3 des Österreichischen Rundfunks durchgeführten „Mehrscheinchen-Gewinnspiels“ begegnet. Auf diese Weise konnten 84% der Ö3-Hörer erreicht und für das Thema Sicherheitsmerkmale sensibilisiert werden. Insgesamt haben 800.000 Personen an dem Gewinnspiel teilgenommen und ihre Banknoten nicht nur im Hinblick auf die Gewinnzahl, sondern vor allem auch auf die Sicherheitsmerkmale geprüft.

Bereits in den Jahren 2002 und 2003 tourte der Euro-Bus durch ganz Österreich. Dabei nahmen rund 90.000 Österreicher das Informationsangebot rund ums Geld und die Möglichkeit, kostenlos Schilling in Euro zu tauschen, in Anspruch. Da diese Serviceleistungen von der Bevölkerung so gut angenommen wurden und das Informationsbedürfnis der Bürger weiter steigt, hat die OeNB entschieden, den Euro-Bus

dauerhaft als „Rollende Zweiganstalt der OeNB“ einzusetzen. Dafür wurde ein neuer Bus nach modernsten Gesichtspunkten ausgestattet. Das Jahr 2004 war mit insgesamt 97 Stationen in ganz Österreich das bislang erfolgreichste für die Euro-Tour. 113.000 Besucher haben Informationen rund um den Euro erhalten und insgesamt knapp 63 Mio ATS in Euro gewechselt.



Im Jahr 2004 konnte eine Steigerung der Anzahl von Anfragen bei der OeNB-Hotline um 15% auf 31.400 registriert werden. Dieser starke Anstieg ist vor allem auf die deutlich erhöhte Anzahl von E-Mail-Anfragen, eine Steigerung um rund 2.000 E-Mails auf rund 6.800 im Vergleich zum Vorjahr, zurückzuführen. Dabei steigt die Anzahl der inhaltlich anspruchsvolleren, komplexeren und somit arbeitsintensiveren Anfragen. Vermehrte Anfragen von Universitäten, Fachhochschulen sowie Wirtschaftstreibenden zu geldpolitischen bzw. zentralbankrelevanten Themen sind für den zunehmenden E-Mail-Zustrom verantwortlich.

Die Statistik-Hotline bietet der Öffentlichkeit kompetente Beratung und Information zum finanzwirtschaftlichen Statistikangebot der OeNB. Auch diese Serviceeinrichtung hat sich im Jahr 2004 reger

Kooperation mit Ö3,
Euro-Tour

Viele Anfragen bei
den Hotlines

Nachfrage erfreut und konnte mit rund 1.800 Anfragen einen Zuwachs von 17% gegenüber dem Jahr 2003 verzeichnen. 90% aller Anfragen konnten binnen 24 Stunden beantwortet werden. Zu den Kunden der Statistik-Hotline zählt nicht nur das so genannte Fachpublikum, wie Geschäftsbanken, Rechtsanwälte, Consulting-Firmen und Finanzanalysten, sondern auch immer mehr Journalisten.



Das Geldmuseum als
Ort der Begegnung

Als besonderes Highlight und Bestätigung eines professionellen Museumsmanagements wurde an das Geldmuseum der OeNB im September 2004 das Österreichische Museumsgütesiegel verliehen.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt rund 10.500 Besucher im Geldmuseum gezählt, wovon rund 29% auf Individualbesucher entfielen. 58% der Besucher nahmen an einer der insgesamt 237 Gruppenführungen teil, die durch die Mitarbeiter des Geldmuseums betreut wurden.

Als große Neuzugänge im Bereich Geldmuseum wurden von der OeNB mit Genehmigung des Generalrats im Jahr 2004 die Sammlung Leypold, die derzeit in einer Ausstellung im Münzkabinett des Kunsthistorischen Museums zu sehen ist, oder die Goldbullionmünze „Wiener Philharmoni-

ker“ mit einem Nennwert von 100.000 EUR erworben. Der aus über 31kg Gold bestehende Wiener Philharmoniker wurde in einer Auflage von nur 15 Stück geprägt und stellt derzeit mit einem Durchmesser von 37 cm die größte Goldmünze der Welt dar. Die einzige in Österreich verbliebene Goldbullionmünze ist im Geldmuseum der OeNB ausgestellt.

Die OeNB als nationale und internationale Dialogplattform

Über die Jahre hinweg hat sich die OeNB sowohl als nationale wie auch als internationale Dialogplattform einen Namen gemacht. So dienen die vielseitigen Veranstaltungen der OeNB dem wirtschaftspolitischen Meinungsaustausch sowie dem ökonomischen Diskurs. An 288 Veranstaltungstagen konnte die OeNB im Jahr 2004 rund 12.000 Teilnehmer begrüßen. Besonders hervorzuheben sind dabei die beiden größten Tagungen, nämlich die *Volkswirtschaftliche Tagung* bzw. die *Conference on European Economic Integration*.

Die 32. *Volkswirtschaftliche Tagung* der OeNB, die am 27. und 28. Mai 2004 in Wien stattfand, behandelte das hochaktuelle Thema „Wachstum und Stabilität in der EU: Perspektiven der Agenda von Lissabon“. Dabei bekräftigten alle Beteiligten die Notwendigkeit von weiter gehenden Strukturreformen und Investitionen, insbesondere auch in Bereichen wie Innovation und Bildung, um so die Ziele der Lissabonner Agenda in der verbleibenden Zeit erreichen zu können.

Die *Conference on European Economic Integration* (Neubezeichnung für die frühere *East-West Conference*) am 29. und 30. November 2004 widmete sich unter dem Titel „South

Eastern European Challenges and Prospects“ speziell dieser Region. Diese Konferenz war einer der ersten konkreten Beiträge der OeNB in Richtung Südosteuropa-Analyse. Sie beleuchtete vor allem Bereiche, die aus Sicht einer Notenbank von besonderer Bedeutung sind: die Geld- und Wechselkurspolitik sowie den Bankensektor in Südosteuropa, wo die österreichischen Banken ein herausragendes Engagement aufweisen.

Ein wesentlicher Dialogpartner der OeNB ist traditionell die Politik. So werden die Mitglieder des Finanzausschusses des Nationalrats in regelmäßigen Abständen durch den Gouverneur und den Vize-Gouverneur der OeNB über die aktuelle ökonomische Situation, die geldpolitische Lage im Euroraum sowie wesentliche Entwicklungen im Finanzmarkt-bereich informiert.



Die OeNB – Ein innovatives, dynamisches und kostenbewusstes Unternehmen

Im Jahr 2004 hatte die OeNB wieder einen umfangreichen und komplexen Leistungsauftrag zu erfüllen. Dieser ist zum einen durch die Aufgaben im Rahmen des ESZB/Eurosystems, zum anderen durch nationale Geschäftsfelder definiert. Den Gestaltungsrahmen bildeten die strategische Ausrichtung, das Leitbild der OeNB und auch das im Jahr 2004 erstellte Leitbild des Eurosystems.

Alle Aktivitäten erfolgten unter besonderem Kostenbewusstsein. Laufend gesetzte Maßnahmen – über die in diesem Kapitel im Detail berichtet wird – trugen dazu bei, das Aufgabenspektrum effizient und effektiv zu erfüllen. Insgesamt fes-

tigte die OeNB damit ihre Position als flexibles, innovatives und dynamisches Unternehmen.

In einem in vielen Bereichen auf dezentrale Verantwortung ausgelegten Steuerungssystem besteht in besonderem Maße die Notwendigkeit zur transparenten Leistungserbringung. Hierbei war im Jahr 2004 die Erfolgsmessung mittels ausgewählter Steuerungsindikatoren ein zentraler Schwerpunkt. Die genannten und eine Vielzahl weiterer Faktoren haben dazu beigetragen, dass die OeNB im Eurosystem sowie auf dem österreichischen Finanzplatz als kompetenter Partner anerkannt und geschätzt wird.

Kasten 8

Kundenorientiertes Leistungsspektrum der OeNB

Das Eurosystem hat eine einheitliche Struktur, die folgende wesentliche Funktionen umfasst:

- Geldpolitische Entscheidungen
 - Volkswirtschaftliche Analysen und Forschungstätigkeit
 - Mitwirkung des Gouverneurs im EZB-Rat und im Erweiterten Rat
- Umsetzung der geldpolitischen Entscheidungen
 - Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
 - Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
 - Management der eigenen Währungsreserven sowie des der OeNB zur Verwaltung übertragenen Teils der Währungsreserven der EZB
 - Abwicklung und Überwachung der Mindestreserven der österreichischen Banken
 - Schnittstelle zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaft, Politik und Bevölkerung
- Aufsichtsagenden und Finanzmarktstabilität
 - Mitwirkung bei der Aufsicht über inländische Kreditinstitute sowie Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte
 - Analyse von Finanzmärkten und Banken unter Risikogesichtspunkten
- Statistik
 - Bereitstellung von aussagekräftigen, hochwertigen Statistiken, vor allem Monetär-, Zinssatz- sowie Aufsichtsstatistiken und Außenwirtschaftsstatistiken, wie z. B. die Zahlungsbilanz und die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
- Bargeldversorgung
 - Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit Banknoten und Münzen sowie Gewährleistung eines reibungslosen Bargeldumlaufs
- Zahlungsverkehr
 - Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland (ARTIS, TARGET)
- Internationale Kooperation
 - Mitarbeit in zahlreichen Gremien des Eurosystems, des ESZB und der EU
 - Internationale währungspolitische Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen
- Beratungstätigkeiten gegenüber österreichischen Behörden

Strukturen folgen der OeNB-Strategie

Abgeleitet aus der OeNB-Strategie ergibt sich, dass die OeNB in ihren Tätigkeiten weiterhin alle Zentralbank-Kernbereiche abdeckt, ergänzt durch selektive Schwerpunktsetzungen in ausgewählten Aufgabenbereichen. In den vorhergehenden Kapiteln des vorliegenden Berichts wurde ausführlich dargestellt, welche Aufgaben die OeNB erfüllt. Nachfolgend werden exemplarisch Beispiele für das Beziehungs- und Strukturkapital der OeNB und einige aufbauorganisatorische Änderungen angeführt.

Das Management und die Mitarbeiter der OeNB vertraten im Jahr 2004 OeNB-Interessen in 198 internationalen Gremien insbesondere des ESZB/Eurosystems, der EU, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Darüber hinaus brachten die Mitarbeiter ihre Expertise in 95 nationalen auf Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgerichteten Gremien ein.

Um der stetig wachsenden Verflechtung der am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken entsprechend Rechnung zu tragen, wurde das *Mission Statement*¹ des Eurosystems verabschiedet. Dieses Leitbild erläutert im Wesentlichen die Ziele, Werte und Prinzipien des Eurosystems sowie die Eckpunkte für die reibungslose und effiziente Zusammenarbeit. Mit dem Ziel der Stärkung einer gemeinsamen Identität wurden die Rollen und Zuständigkeiten aller Mitglieder des Eurosystems dargestellt.

Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung hat die OeNB für die Entwicklung einer eurosystemweiten Kostenrechnung wichtige Impulse gegeben. Gerade hier spielen Faktoren wie Vergleichbarkeit und Transparenz eine wichtige Rolle. Dies sind zentrale Bausteine, die gesetzt wurden, um auch innerhalb des Eurosystems auf ein abgestimmtes und effizientes Netzwerk bauen zu können.

Zur Intensivierung der Kooperation erfolgte auch im Jahr 2004 die Teilnahme am von der BIZ koordinierten *Central Bank Governance Network*. Diese Kooperation – bisher in Form schriftlicher Anfragebeantwortungen durchgeführt – wurde nunmehr um Arbeitssitzungen der jeweiligen Experten erweitert. Solchermaßen werden über einen persönlichen, strukturierten Erfahrungsaustausch die allgemeine Optimierung von Arbeitsabläufen (im Sinne einer Best Practice) sowie konkrete Problemlösungen gefördert.

Kooperation
und Vernetzung



Seit Beginn der Neunzigerjahre hat sich die OeNB zu einem Kompetenzzentrum für die Analyse der zentral- und osteuropäischen Staaten entwickelt. Dieser Osteuropaschwerpunkt wurde im Verlauf des

¹ Siehe www.oenb.at oder www.ecb.int.

Jahres 2004 um die Länder Südosteuropas erweitert. Diese strategische Neuausrichtung der OeNB trägt der voranschreitenden EU-Integration sowie der großen Bedeutung dieses benachbarten Wirtschaftsraums für Österreich Rechnung.

Ein weiteres Beispiel für intensive Kooperation und Vernetzung ist das Joint Vienna Institute. Das seit dem Jahr 1994 in Wien ansässige Institut bietet als multilaterale Ausbildungsstätte den Transformationsländern, insbesondere aus Zentral- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion, Unterstützung auf ihrem Weg zu marktorientierten Volkswirtschaften. Gemeinsam mit dem IWF und dem Bundesministerium für Finanzen trägt die OeNB die Kosten für den laufenden Lehrbetrieb. Darüber hinaus veranstaltete die OeNB im Jahr 2004 eine Reihe von Seminaren, u. a. zu den Themen Wirtschafts- und Währungsunion, Zahlungsmittel und Zahlungsverkehr sowie Zentralbankmanagement.

Im November 2004 wurde die Reorganisation der Zweiganstalten erfolgreich abgeschlossen. Die ursprünglich acht Zweiganstalten wurden nach marktmäßigen regionalen Gesichtspunkten neu strukturiert. Die OeNB ist neben der Hauptanstalt in Wien, von der die Region Ost betreut wird, durch drei weitere Zweiganstalten vertreten, die sich wie folgt darstellen:

- Zweiganstalt Österreich Nord (Standort Linz mit einer Dependence in Salzburg),
- Zweiganstalt Österreich Süd (Standort Graz mit einer Dependence in Klagenfurt) und
- Zweiganstalt Österreich West (Standort Innsbruck).

Das Regionenmodell gewährleistet weiterhin die dezentrale Aufgabenerfüllung der OeNB. Zu den Auf-

gaben der Zweiganstalten gehören insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Bargeldreservehaltung, Zahlungsmittelinformation und Bargeldservice für Kunden an den Kassen der OeNB, Wirtschaftsbeobachtung, Unterstützung der Finanzmarktaufsicht und Zahlungsverkehr.

Nach der Einführung des neuen Front Office-Handelssystems im Jahr 2003 und im Hinblick auf sich verändernde Rahmenbedingungen wurden in einer Prozessanalyse die Ablauf- und Aufbauorganisation des Geschäftsbereichs *Treasury* optimiert. Damit ist eine wirtschaftliche und zukunftsichere Abwicklung der Geschäfte der Hauptabteilung *Treasury* gewährleistet.

Die OeNB unterliegt als öffentlicher Auftraggeber dem Bundesvergabe-gesetz, sodass bei Beschaffungen ab einem bestimmten Schwellenwert öffentliche Ausschreibungen durchzuführen sind. Im Jahr 2004 wurden insgesamt 26 derartige Ausschreibungen abgewickelt. Damit stellt der Einkauf einen wirksamen, freien und lautereren Wettbewerb sicher. Durch laufende Effizienzoptimierungen konnten im Jahr 2004 massive Einsparungen erreicht werden. Alle Veranlassungen im Zusammenhang mit Betriebsausgaben werden nach wirtschaftlichen und ökologischen Grundsätzen getroffen.

Zur Gewährleistung der Prozess-Effizienz ist ein E-Procurement-System im Einsatz, über das alle Bestellungen IT-unterstützt abgewickelt werden. Um konzernweite Synergieeffekte beim Einkauf zu erzielen, wurde eine Einkäuferplattform eingerichtet, an der alle Konzernunternehmen der OeNB teilnehmen können.

Mit der Einführung des Umweltmanagements an allen Standorten in

Effiziente
Einkaufsstrukturen

Aufbauorgani-
satorische
Änderungen

Österreich hat die OeNB ihre führende Position im Umweltschutz innerhalb der europäischen Zentralbanken weiter gefestigt. Damit wird die Bereitschaft der OeNB signalisiert, beim betrieblichen Umweltschutz weit über die rechtlich vorgesehenen Maßnahmen hinauszugehen.

Grundlage für die Messung der Umweltleistung bilden betriebsökologische Kennzahlen auf Basis von Input-Output-Daten. Damit wird

regelmäßig die Verbesserung der Umweltleistung bewertet, Vergleiche mit anderen Unternehmen der Branche werden angestellt und somit nachhaltige Verbesserungspotenziale identifiziert. Die nachfolgende Tabelle zeigt einen kurzen Überblick über betriebsökologische Kennzahlen der OeNB sowie den Vergleich zu anderen Finanzdienstleistungsunternehmen.

Umweltschutz –
Nachhaltigkeit als
Prinzip

Betriebsökologische Kennzahlen der Oesterreichischen Nationalbank

Energie	Standort	2004	2003	2002	2001	Einheit ¹	Benchmark ²		
							+	~	-
Stromverbrauch	Wien	8,37	8,4	8,7	9,2	MWh/MA	<4,5	6	>8
Wärmeverbrauch	Wien	73	80	135	119	kWh/m ²	<110	130	>150
Wasser									
Wasserverbrauch	Wien	121	114	128	131	l/MA/Tag	<60	100	>120
Material- und Produktverbrauch									
Papierverbrauch insgesamt	Alle	212	186	254	467	kg/MA	<100	200	>500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	12.330	20.958	25.377	27.797	Blatt/MA	<8.000	10.000	>12.000
Recyclingpapieranteil	Alle	90	65	34	34	%	>30	20	<10
Reinigungsmittelverbrauch	Wien	31	105	105	105	g/m ²	keine Angaben		
CO₂ Emissionen (insgesamt)									
CO ₂ Emissionen ³	Alle	3,0	4,1	4,3	4,9	t/MA	<2,8	4	>4,5

¹ MA = Mitarbeiter;

² Quelle: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der Österreichischen Gesellschaft für Umweltschutz und Technik.

³ Betrieb und Dienstreisen.

Quelle: OeNB.

Das Qualitätsmanagementsystem (QMS) des IT-Bereichs der OeNB wurde im Jahr 2004 erfolgreich nach der Norm ISO 9001:2000 rezertifiziert. Hauptziel des im Jahr 2001 eingeführten Systems ist die Implementierung standardisierter, an den Kundenanforderungen ausgerichteter IT-Prozesse sowie das Bestreben, diese laufend zu optimieren. Mit dieser ständigen Weiterentwicklung kann der Servicegrad für die Kunden der IT der OeNB auf einem modernen Level angeboten werden: Der nachhaltige Nutzen besteht in qualitativ hochwertigen, reproduzierbaren Dienstleistungen sowie einer sicheren und stabilen Infrastruktur für

die bereitgestellten IT-Produkte. Damit trägt die IT maßgeblich zur hohen Produktivität der Geschäftsprozesse im OeNB-Konzern bei.

Innovations- und Veränderungsprojekte ermöglichen zukunftsorientierte Steuerung und Leistungserfüllung

Im Jahr 2004 wurde eine flächendeckende Untersuchung und Dokumentation von Prozessen und Produkten durchgeführt um die stark kundenorientierte Weiterentwicklung des Produktportfolios bei effizientem Ressourceneinsatz zu ge-

Erfolgreiche
ISO 9001-Rezertifizierung des
IT-Qualitätsmanagementsystems der
OeNB

Zahlungsbilanz –
Das neue Melde-
system für Öster-
reichs Außenwirt-
schaftsstatistik

Interne
Leistungsverrechnung

Übernahme der IT-
technischen Wartung
und Weiterentwick-
lung des Counterfeit
Monitoring System
(Falschgeldtdatenbank)
für das ESZB

Fortschritt bei der
IT-seitigen
Vorbereitung auf
BASEL II

Operationales
Risikomanagement
in der OeNB

währleisten. So wurden alle Produkte der OeNB evaluiert, nach Optimierungspotenzialen durchforstet und darauf aufbauend detaillierte Prozessanalysen durchgeführt.

Die OeNB investierte im Jahr 2004 rund 11% der Mitarbeiterressourcen in Projekte, die nachhaltig und langfristig Strukturen verändern und so zur Optimierung des Kundennutzens beitragen. Im Folgenden sind einige wichtige Projekte kurz erläutert.

Im Zuge der weiteren Optimierung der Kosten wurden im Rahmen des Projekts *Interne Leistungsverrechnung* jene Leistungen im Bereich der internen Dienstleistungen identifiziert, für die eine präzise Weiterverrechnung der Kosten wirtschaftlich vertretbar durchgeführt werden kann.

Gemäß einer Vereinbarung mit der EZB übernimmt die OeNB die Wartung und Weiterentwicklung einer ESZB-weit eingesetzten IT-Anwendung zur Bekämpfung der Fälschungen von Euro-Banknoten und -Münzen. Dieses Abkommen, in dem auch eine entsprechende Vergütung der von der OeNB erbrachten Leistung festgelegt ist, ist ESZB-weit das erste derartige Vorhaben und hat daher Modellcharakter für eine zukünftige Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im ESZB auf dem Gebiet der Informationstechnologie.

Im Jahr 2004 lag der Schwerpunkt der OeNB-internen IT-technischen Aktivitäten auf der Umsetzung der neuen Meldekonzeppte für die Statistiken der Zahlungsbilanz. Bis zum Jahresende konnten zentrale Komponenten des Systems fertig gestellt und auch bereits getestet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete eine Informationsoffen-

sive für die Melder des finanzwirtschaftlichen Bereichs. Diese umfasste eine Veranstaltungsreihe in allen Bundesländern (Roadshow) sowie einige Spezialvorträge in Kooperation mit Interessenvertretungen. Die Meldeverordnung ZABIL 1/2004 der OeNB,² in der die Meldeanforderungen für die Finanzwirtschaft detailliert beschrieben sind, wurde im Dezember 2004 kundgemacht.

Das im Jänner 2002 gestartete Projekt *Transformation der OeNB zu einer Partnerinstitution im Rahmen der Risikoanalyse und Stabilitätsaufsicht (TOPAS/TOPIT)* wurde plangemäß Ende 2004 erfolgreich abgeschlossen. Im Lauf dieses Projekts wurden die Bankensektor- und Einzelbankanalysen der OeNB grundsätzlich modernisiert sowie methodisch und technisch – bis hin zur Erneuerung der Stammdatenverwaltung – auf den neuesten Stand gebracht. Im internationalen Vergleich der Zentralbanken und Aufsichtsorganisationen kann die OeNB mit diesen neuen Modellen der Bankenanalyse besonders gut reüssieren. Die IT-seitige Vorbereitung auf die neue Eigenkapitalrichtlinie Basel II umfasste die Erweiterung der Verarbeitungssysteme für bankenstatistische Meldungen, der Großkreditevidenz und für die bereits vorhandenen Bankenanalyse-Tools.

Durch die Einführung des Operationalen Risikomanagements in der OeNB (ORION) und die damit verbundene intensive Kooperation der betroffenen Fachabteilungen konnte eine Reduktion bei den Gefährdungspotenzialen durch die Verbesserung der Notorganisationen an den Schnittstellen zwischen den Fachabteilungen erreicht werden. Daneben wurde im Jahr 2004 erstmals

² Siehe dazu www.oenb.at unter Statistik und Melderservice.

ein LAN-Ausfalltest im Echtbetrieb durchgeführt. Ferner wurde der jährliche Business Continuity Test erfolgreich durchgeführt und die Verfügbarkeit der geschäftsnotwendigen Infrastruktur sichergestellt.

Mit der Veröffentlichung des Prototyps der in Zukunft jährlich erscheinenden Wissensbilanz kommt die Stellung der OeNB als Vorreiterin im Bereich der transparenten Unternehmenssteuerung zum Ausdruck. Die Wissensbilanz bietet eine gute Möglichkeit, das intellektuelle Kapital der OeNB bekannt zu machen und unterstützt somit auch das Ziel einer aktiven und umfassenden Informationspolitik.

Unter Einbeziehung des Leitbilds und der OeNB-Strategie wurden Wissensziele erarbeitet, die in die Bereiche Humankapital, Strukturkapital, Beziehungskapital und Innovationskapital gegliedert wurden. Der Bericht umfasst eine Darstellung des OeNB-Wissensbilanzmodells, der Wissensziele und ihrer Erreichung mithilfe aussagekräftiger Indikatoren. Dieses innovative Produkt wird als Steuerungsinstrument im Controlling genutzt.

Fundiertes Expertenwissen als Erfolgsfaktor

Die Mitarbeiter der OeNB tragen wesentlich dazu bei, die anspruchsvollen Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem ESZB/Eurosystem und den sich immer rascher ändernden Rahmenbedingungen zu bewältigen. Unter Berücksichtigung der außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) beliefen sich die für die OeNB-Fachbereiche tätigen Mitarbeiterressourcen auf durchschnittlich 957,3. 37,3% der OeNB-Mitarbeiter

haben eine akademische Ausbildung. Dies bedeutet eine Erhöhung um 5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.



Die OeNB legt als Expertenorganisation besonderen Wert auf die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. So wird bei der Eingliederung von neuen Mitarbeitern in die OeNB seit dem Jahr 2004 das Instrument des E-Learning verstärkt eingesetzt. Dieses Medium bietet neuen Mitarbeitern die Möglichkeit, individuell die wesentlichen Aufgaben der Zentralbank und des ESZB kennen zu lernen. Im Jahr 2004 nahmen über 65% der Mitarbeiter an zumindest einer Ausbildungsmaßnahme teil. Daneben wird der Austausch von Wissen innerhalb der OeNB, aber auch zwischen der OeNB und der EZB bzw. den nationalen Zentralbanken durch das Anbieten von Job Rotations gefördert. Im Berichtsjahr nahmen 46 Mitarbeiter die Möglichkeit in Anspruch, andere Aufgabengebiete und Institutionen mittels eines Lernaufenthalts kennen zu lernen. Dies bedeutet eine Steigerung von 31% bei Job Rotations gegenüber dem Vorjahr.

Die Personalabteilung hat im Rahmen des *Steeringcommittee für Trainingsaktivitäten* im ESZB/Euro-

Wissensbilanz 2003 –
Prototyperstellung
und jährliche
Veröffentlichung einer
eigenständigen
Publikation

system eine aktive Rolle in der Projektvorbereitung für gemeinsame Personalentwicklungsmaßnahmen übernommen. So findet im ESZB/Eurosystem eine Harmonisierung bei Ausbildungsaktivitäten zu bestimmten Themenbereichen statt. Im Jahr 2004 wurden z. B. internationale Seminare für neue Mitarbeiter, für Führungskräfte und für Sprachenausbildungen organisiert. Die OeNB ist sowohl an der Konzeption als auch an der Umsetzung dieser Ausbildungen beteiligt. Daneben wurden Fachseminare zu Basel II in Wien angeboten, die allen 25 nationalen Zentralbanken des ESZB offen standen. Die gemeinsame fachliche Ausrichtung dieser Workshops oblag der Deutschen Bundesbank und der OeNB.



**Forschungsförderung
seit fast 40 Jahren**

Der Erfahrungsaustausch auch zwischen den einzelnen nationalen Zentralbanken ist im ESZB von entscheidender Bedeutung. Im Jahr 2004 wurde seitens der Personalabteilung der OeNB erstmals ein Treffen mit den Zentralbanken der Nachbarstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn zur Intensivierung der Beziehungen im Personalbereich initiiert.

Die OeNB legt besonderes Augenmerk auf die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen

und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Berichtsjahr lag der Frauenanteil am Gesamtpersonalstand bei 40%. Aus der Vielzahl an Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die verschiedenen Varianten der Teilzeitarbeit (50% bis 80%) hervorzuheben. Zusätzlich gibt es für jene Mitarbeiter, die sich in Elternkarenz befinden, eine 20- oder 30-prozentige Teilzeitform. Die hohe Akzeptanz dieser Maßnahme spiegelt sich im Anteil der Teilzeitmitarbeiter (7,5%) am Gesamtpersonalstand wider.

OeNB beweist Verantwortung für Forschung, Wissenschaft und Kultur

Ein wichtiges Anliegen der OeNB ist es, zur Zukunftssicherung Österreichs beizutragen. Daher unterstützt die Notenbank seit fast 40 Jahren die heimische Forschung mit namhaften Mitteln. Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der OeNB im Jahr 1966 wurde der Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gegründet. Seit damals hat der Jubiläumsfonds für fast 8.300 Projekte rund 653 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung zur Verfügung gestellt und sich damit als unverzichtbarer Pfeiler der österreichischen Forschungsförderung etabliert. Deshalb soll diese Förderschiene auch nach der Errichtung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) als Direktförderung an österreichische Forscher erhalten bleiben. Ein Teil unserer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ist die Forschungsförderung und diese wird umso wichtiger, je mehr unsere Uni-

versitäten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beweisen müssen.

Die österreichische Nationalstiftung ist Grundlage und Garant für eine nachhaltige, budgetunabhängige, langfristige und strategische Finanzierung österreichischer Forschungsinitiativen. Ein besonderer Fokus dieser Bemühungen liegt dabei auf der Unterstützung von langfristig verwertbaren, interdisziplinären Forschungsvorhaben. Die nachhaltige Finanzierung dieser Initiativen soll zur sichtbaren Positionierung und Internationalisierung österreichischer Forschungsexzellenz beitragen. Der FTE-Nationalstiftung wurden im Berichtsjahr von der OeNB insgesamt 75 Mio EUR zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2004 wurden im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel 207 Forschungsprojekte mit rund 11,6 Mio EUR aus den Disziplinen Wirtschaftswissenschaften, Medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug sowie Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert, wobei besonderes Gewicht auf eine verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften gelegt wurde. Im Rahmen des Forum Jubiläumsfonds werden laufend interessante Projektergebnisse (aus den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften und Humanmedizin) einer Fachöffentlichkeit präsentiert. Es wurden überdies namhafte Mittel für die Basisfinanzierung von drei Wirtschaftsforschungsinstituten, und zwar für das Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (IHS), das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), zur Verfügung gestellt sowie das dritte Forschungsjahr des IMBA (Institut für Molekulare Biotechnologie GmbH) der Österreichischen Aka-

demie der Wissenschaften (ÖAW) unterstützt.

Wie viele andere österreichische Unternehmen auch widmet die OeNB der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk. Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente besteht derzeit aus 34 Instrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosen, an österreichische Orchester und an Kammermusikensembles verliehen werden. Sie zählt mittlerweile zu einer der bedeutendsten Sammlungen Europas. Die OeNB sieht es als ihre Aufgabe an, die Instrumente einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So fand in Zusammenarbeit mit dem ORF wieder eine Veranstaltung aus der Reihe „Stradivari & Co“ im Radio-Kulturhaus statt.

Die OeNB, die sich seit jeher der Kunst verpflichtet fühlt, baute seit Ende der Achtzigerjahre eine Sammlung mit Werken österreichischer Maler der Zwischenkriegszeit auf. Es wurde bewusst diese Epoche gewählt, die damals – im Schatten des Wiener Jugendstils stehend – kaum Beachtung fand und auch in den Museen nur schlecht vertreten war. In den letzten 20 Jahren wurden mehr als 70 Gemälde musealer Qualität von 44 österreichischen Künstlern dieser Zeit angekauft und zu einer umfangreichen Sammlung zusammengeführt, die eine gute Vorstellung vom Kunstschaffen der Zeit zwischen 1918 und 1938 in Österreich vermittelt. Darüber hinaus gibt es noch die Sammlungsschwerpunkte „Die figürliche Skulptur nach 1945“ sowie „Österreichische Malerei nach 1945“.

Die OeNB leistet damit einen Beitrag zur Erhaltung österreichischer Kunst im eigenen Land und sichert diese Werte für die Zukunft und für Österreich.

Spezielle
Kulturförderung und
Kunstsammlungen





Jahresabschluss 2004
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2004

Aktiva

	31. Dezember 2004 in EUR	31. Dezember 2003 in EUR
1 Gold und Goldforderungen	3.179.012.958,74	3.372.242.953,48
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.589.745.328,36	6.535.718.790,90
2.1 Forderungen an den IWF	722.997.433,49	1.003.176.673,28
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	4.866.747.894,87	5.532.542.117,62
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	746.608.748,13	876.766.003,17
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	617.603.102,40	827.413.460,35
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	617.603.102,40	827.413.460,35
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	—	—
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	8.853.559.167,—	2.896.906.773,—
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	8.029.000.000,—	2.414.278.263,—
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	824.559.167,—	482.628.510,—
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität	—	—
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	—	—
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	136.214,40	108.785,47
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	3.085.653.396,16	1.862.961.571,09
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	362.922.577,16	368.843.680,31
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	4.148.728.298,24	2.829.032.357,67
9.1 Beteiligung an der EZB	116.475.959,82	117.970.000,—
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.157.451.203,42	1.179.700.000,—
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	×	×
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	2.874.801.135,—	—
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	—	1.531.362.357,67
10 Schwebende Verrechnungen	90.938.617,90	88.458.230,92
11 Sonstige Aktiva	8.908.155.713,87	9.614.454.782,05
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	210.722.512,58	265.217.658,85
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	163.644.100,60	158.410.572,90
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.176.598.738,76	7.843.816.244,29
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	6.792.217,76	9.282.874,57
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	294.596.508,26	300.090.443,66
11.6 Sonstiges	1.055.801.635,91	1.037.636.987,78
	<u>35.583.064.122,36</u>	<u>29.272.907.388,41</u>

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2004 in EUR	31. Dezember 2003 in EUR
1 Banknotenumlauf	13.416.143.605,—	11.691.232.000,—
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	4.000.043.265,50	4.255.393.088,81
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	3.993.473.265,50	4.254.943.088,81
2.2 Einlagefazilität	6.570.000,—	450.000,—
2.3 Termineinlagen	—	—
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	—	—
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	x	x
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	7.626.156,01	18.485.317,36
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	6.903.198,34	16.669.332,60
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	722.957,67	1.815.984,76
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6.292.924,74	2.377.747,85
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	47.360,94	76.491.601,88
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	156.255,63	372.099.005,07
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	156.255,63	372.099.005,07
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	—	—
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	204.039.682,—	210.915.010,—
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	9.000.500.379,24	3.063.716.155,—
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	x	x
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	—	—
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	—	3.063.716.155,—
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	9.000.500.379,24	—
11 Schwebende Verrechnungen	—	7.326.392,62
12 Sonstige Passiva	597.408.380,49	785.886.706,52
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	907.327,70	4.108.930,56
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	20.271.797,34	33.281.888,71
12.3 Sonstiges	576.229.255,45	748.495.887,25
13 Rückstellungen	2.280.637.317,78	2.159.747.078,41
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	1.935.987.262,97	2.369.447.875,54
15 Kapital und Rücklagen	4.104.427.565,58	4.212.581.524,28
15.1 Kapital	12.000.000,—	12.000.000,—
15.2 Rücklagen	4.092.427.565,58	4.200.581.524,28
16 Bilanzgewinn (davon Gewinnvortrag im Jahr 2003 177.761,25 EUR)	29.753.966,48	47.207.885,07
	<u>35.583.064.122,36</u>	<u>29.272.907.388,41</u>

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2004

	Geschäftsjahr 2004 in EUR	Geschäftsjahr 2003 in EUR
1.1 Zinserträge	691.121.580,37	737.663.078,36
1.2 Zinsaufwendungen	-242.510.370,53	-270.576.156,83
1 Nettozinsergebnis	448.611.209,84	467.086.921,53
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	264.521.726,71	317.282.184,04
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-263.543.394,87	-698.963.294,91
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	214.178.897,52	726.445.196,43
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	215.157.229,36	344.764.085,56
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	3.304.450,43	2.398.562,96
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-2.316.197,10	-2.148.589,65
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	988.253,33	249.973,31
4 Erträge aus Beteiligungen	21.096.009,05	100.663.842,13
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-30.871.847,36	11.119.729,18
6.1 Erträge aus der Auflösung von Rücklagen		
Allgemeiner Reservefonds	—	955.000.000,—
Freie Reserve	—	545.000.000,—
		<u>1.500.000.000,—</u>
Aufwendungen im Rahmen der Dotierung des Jubiläumsfonds zur Förderung der FTE-Nationalstiftung	—	<u>-1.500.000.000,—</u>
6.2 Sonstige Erträge – Sonstiges	7.506.145,76	8.120.102,87
6 Sonstige Erträge	7.506.145,76	8.120.102,87
Nettoerträge insgesamt	662.486.999,98	932.004.654,58
7 Personalaufwendungen	-98.034.796,58	-98.084.228,08
8 Sachaufwendungen	-89.901.715,55	-94.048.735,46
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-16.181.905,35	-13.902.434,67
10 Aufwendungen für Banknoten	-7.157.705,06	-11.314.432,50
11 Sonstige Aufwendungen	-393.203,54	-2.077.190,19
Aufwendungen insgesamt	-211.669.326,08	-219.427.020,90
	450.817.673,90	712.577.633,68
12 Körperschaftsteuer	-153.278.009,13	-242.276.395,45
	297.539.664,77	470.301.238,23
13 Gewinnanteil des Bundes	-267.785.698,29	-423.271.114,41
14.1 Jahresgewinn	29.753.966,48	47.030.123,82
14.2 Gewinnvortrag	—	177.761,25
14 Bilanzgewinn	29.753.966,48	47.207.885,07

Anhang zum Jahresabschluss 2004

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 55/2002 unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 5. Dezember 2002¹ beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen. Die übrigen für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 bis 69 und § 72 Abs. 1 NBG sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Mit dem am 1. Jänner 2004 in Kraft getretenen Fair Value-Bewertungsgesetz – FVBG² wurde im Handelsgesetzbuch (HGB) der § 237a eingefügt. Dieser neue Paragraph umfasst die „Anhangsangaben zu Finanzinstrumenten“ insbesondere die Art und den Umfang sowie die Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten. Die daraus resultierenden

Angaben wurden im vorliegenden Jahresabschluss berücksichtigt.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 244 ff. HGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2004 nicht gegeben.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Für die Verbuchung von Geschäftsfällen ist der Zeitpunkt der Zahlung (Erfüllungstag) maßgeblich.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung in der Bilanz heranzuziehen.

¹ Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 5. Dezember 2002 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2002/10).

² BGBl. I Nr. 118/2003.

Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte. Die Bewertung von Forward Rate Agreements erfolgt auf Basis der LIBOR-Zinskurve der jeweiligen Währung. Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in ihre Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), die an internationalen Börsen gehandelt werden.

Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert. Die im *Sonstigen Anlagevermögen* ausgewiesenen Wertpapiere, die als gebundene Finanzanlagen bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt.

Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buch-

gewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien der Bank auf Basis der gegebenen Gesetzeslage beschlossen, Kursverluste aus der Fremdwährungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen* (Kursdifferenzenreserve) abzu decken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wieder finden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung gehaltenen Devisen wird eine eigene Währungsposition geführt.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem fest-

gelegten Gold- und Fremdwährungsbestand und einer festgelegten Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die *Reserve aus valutaren Kursdifferenzen*, der *Ausgleichsposten aus Neubewertung*, die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* und die *Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken* herangezogen.

Zukünftige Marktentwicklungen – das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität – können aufgrund der von der OeNB und von den übrigen an der dritten Stufe der Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) teilnehmenden Zentralbanken bzw. der EZB seit 1. Jänner 1999 anzuwendenden harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnschwankungen führen.

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapital) jeder Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge: 4 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung: 10 Jahre
- Gebäude: 25 Jahre

Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000,- EUR festgelegt.

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004

	Realisierte Gewinne (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Realisierte Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Buchmäßige Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung)	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten)
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Gold	84.551	–	–	–114.023
Fremdwährungen				
Eigenbestand	59.842	6.535	254.179 ¹	–3.129
Eigenmittelveranlagung	521	34	–	+1.028
Wertpapiere				
Eigenbestand	116.037	29.743	7.579	–42.642
Eigenmittelveranlagung	8.933	8	582	–7.410
Euro-Bestände des IVF	29.859	–	–	–
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	992	–4.790
Außerbilanzielle Geschäfte	8.651	7.552	211	–2.490
Insgesamt	308.394	43.872	263.543	–173.456

¹ Durch die gleich hohe Auflösung der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen erfolgsneutral gehalten.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und wird durch die Anwendung von anerkannten Verfahren ermittelt bzw. durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risiko-steuerung ist in einem „Rule Book“, welches vom OeNB-Direktorium

beschlossen wurde, festgelegt. Die Veranlagung der Währungsreserven erfolgt im Rahmen eines Benchmarksystems sowie durch Vorgabe von Limiten und Durationen. Weiters werden die Währungsreserven nach unterschiedlichen Veranlagungsportefeuilles und nach Währungen getrennt. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an ein Investmentkomitee und an das OeNB-Direktorium. Neue Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Hinsichtlich der Wechselkursänderungen erfolgt die Risikosteuerung über ein duales Benchmarksystem. Eine vom OeNB-Direk-

torium – in der Regel für ein Jahr – beschlossene strategische Benchmark definiert auch die Risikoobergrenze. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Investmentkomitees wird eine taktische Benchmark festgelegt, die unter anderem auch die kurzfristigen Marktentwicklungen berücksichtigt. Das Zinsänderungsrisiko wird über Durationsziele bzw. -grenzen gesteuert. Für die Ermittlung des Wechselkurs- und des Zinsänderungsrisikos werden anerkannte VaR-Berechnungsmodelle herangezogen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko spiegelt das Risiko, das gegenüber Geschäftspartnern existiert, wider. Das Management erfolgt beim Kreditrisiko über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die Finanzmärkte laufend beobachtet und daraus entsprechende Expertisen erstellt. Kreditrisikoberichte werden in den Sitzungen des Investmentkomitees und einmal jährlich im Direktorium behandelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Partner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht oder betraglich nachkommen können bzw. die OeNB nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt, um auch ihre Verpflichtungen erfüllen zu können. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern bester Bonität und im Rahmen der beschlossenen Limite durchgeführt, wobei insbesondere auf Sicherheit und Liquidität bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereiht.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das operationale Risiko der OeNB ist im „ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement“ geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichterstattung an das Management.

Das finanzielle Risiko und die in diesem Zusammenhang stehenden Vorsorgen stellen sich zum 31. Dezember 2004 folgendermaßen dar:

Risiko	Risikoermittlung	Finanzielle Vorsorgen		
		in Mio EUR		
Goldrisiko	VaR	509	509 ¹	Neubewertungskonto
Fremdwährungsrisiko	VaR	1.548	537	Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen
			40	Neubewertungskonten
			931	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			40	Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken
		<hr/>	<hr/>	
		1.548	1.548	
Zinsänderungs- und anteiliges Eurosystemrisiko	VaR	1.042	1.042	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
Insgesamt		<hr/>	<hr/>	
		3.099	3.099	

¹ Der Stand des Neubewertungskontos beträgt 743 Mio EUR.

Kapitalbewegungen

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2004

	31. 12. 2003	Zunahme	Abnahme	31. 12. 2004
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Rücklagen				
Allgemeiner Reservefonds	477.683	–	477.683	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.622.000	351.263	–	1.973.263
Gewinnlättrungsrücklage	–	2.226	–	2.226
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	569.399	16.040	–	585.439
Jubiläumssfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	31.500	–	–	31.500
Originärer Jubiläumssfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Bilanzgewinn	4.200.582	369.529	477.683	4.092.428
	47.208	–	17.454	29.754
Insgesamt	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	4.259.790	369.529	495.137	4.134.182
Ausgleichsposten aus Neubewertung				
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	851.190	–	313.841	537.349
Reserve aus Initial Valuation	281.441	–	290	281.151
Neubewertungskonten	1.236.817	55.165	174.495	1.117.487
Insgesamt	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	2.369.448	55.165	488.626	1.935.987

Hinsichtlich der Details zu den einzelnen Veränderungen wird auf

die Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens verwiesen.

Überblick über die Entwicklung der OeNB-Währungspositionen im Geschäftsjahr 2004

Nettowährungsposition (inkl. Gold)

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	3.372.243	3.179.013	-193.230	-5,7
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets ¹	7.905.320	7.129.312	-776.008	-9,8
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	876.766	746.609	-130.157	-14,8
Sonstige Aktiva	20.309	22.932	+2.623	+12,9
abzüglich:				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	76.492	47	-76.445	-99,9
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	372.099	156	-371.943	-99,9
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	210.915	204.040	-6.875	-3,3
Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	4.109	712	-3.397	-82,7
Sonstige Passiva	63	-	-63	-100,0
Ausgleichsposten aus Neubewertung ²	74.912	59.326	-15.586	-20,8
Insgesamt	11.436.048	10.813.585	-622.463	-5,4

¹ Ohne den auf Euro lautenden nicht abgerufenen Teil der Quote des IWF.

² Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand 31. 12. 2004	3.179.013 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	3.372.243 Tsd EUR
Veränderung	-193.230 Tsd EUR -5,7%

In diesem Posten ist der physische und buchmäßige Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich zum 31. Dezember 2004 auf 307 t. Auf Basis des Bewertungspreises von 321,562 EUR/ozf (das sind 10.338,46 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 3.179.013 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2004 resultierten buch-

mäßige Kursverluste in Höhe von 114.023 Tsd EUR.

Während des Jahres 2004 wurden Goldverkäufe an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, über 10 t im Gegenwert von 107.454 Tsd EUR durchgeführt. Die Verkäufe wurden im Rahmen des im März 2004 mit Wirksamkeit ab 27. September 2004 von 14 europäischen Zentralbanken (darunter auch die OeNB) und der Europäischen Zentralbank abgeschlossenen Joint Statement on Gold getätigt. Die dabei realisierten Kursgewinne über 84.551 Tsd EUR wurden im GuV-Posten 2.1 *Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* erfasst.

Das Goldabkommen sieht vor, dass die jährlichen Goldverkäufe, die über die nächsten fünf Jahre durchgeführt werden können, 500 t

bzw. die Gesamtverkäufe über die Fünf-Jahres-Periode 2.500 t nicht übersteigen. Darüber hinaus sollen die Goldleihen bzw. die Verwendung von Goldfutures und -optionen in diesem Zeithorizont nicht ausgeweitet werden.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2004	5.589.745 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	6.535.718 Tsd EUR
Veränderung	-945.973 Tsd EUR -14,5%

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex *Internationaler Währungsfonds* Fremdwährungsforderungen gegen Geschäftspartner in Ländern, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

Der Subposten 2.1 *Forderungen an den IWF* stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.205.568	2.133.673	-71.895	-3,3
abzüglich:				
Nicht abberufener Teil der Quote	1.369.601	1.539.566	+169.965	+12,4
Forderung aus der Beteiligung am IWF	835.967	594.107	-241.860	-28,9
SZR im Rahmen des IWF	143.649	117.494	-26.155	-18,2
Sonstige Forderungen gegen den IWF	23.560	11.396	-12.164	-51,6
Insgesamt	1.003.176	722.997	-280.179	-27,9

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Eurobestände des *Nicht abberufenen Teils der Quote* durch den IWF sowie durch Kontodotationen um insgesamt 85.604 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erläge von Mitgliedstaaten

um 255.569 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote (-72.748 Tsd EUR) und die Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+852 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunera-

tionsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 1,57% und 2,24% p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*³ stehen zum 31. Dezember 2004 mit einem Gegenwert von 117.494 Tsd EUR, das entspricht 103 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2004 eingetretene Abnahme um per saldo 26.155 Tsd EUR ist auf SZR-Verkäufe im Gegenwert von 72.478 Tsd EUR zurückzuführen, denen SZR-Ankäufe über 38.831 Tsd EUR gegenüberstehen. Die Zinsabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen, haben sich mit einer Zunahme von 11.368 Tsd EUR ausgewirkt.

Käufe aufgrund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2004 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge

jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Sonstige Forderungen gegen den IWF fassen sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF zusammen. Im vorliegenden Jahresabschluss besteht dieser Posten ausschließlich aus Forderungen aus Beitragsleistungen (10 Mio SZR) im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF). Die Sonderaktion PRGF unterstützt die Ziele des IWF durch Gewährung von sehr weichen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer, um damit Wirtschaftsprogramme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stärkung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums abzielen.

³ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen Sonderziehungsrechte in ihre Aktiven einzustellen.

Der Subposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.212.263	861.379	-350.884	-28,9
Wertpapiere	4.315.000	4.000.386	-314.614	-7,3
Valuten	5.279	4.983	-296	-5,6
Insgesamt	5.532.542	4.866.748	-665.794	-12,0

In den *Guthaben bei Banken* sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit besser Bonität vorgenommen.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* beinhalten im Detail:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	365.854	286.195	-79.659	-21,8
Wertpapiere	510.912	460.414	-50.498	-9,9
Insgesamt	876.766	746.609	-130.157	-14,8

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In diesem Bilanzposten sind alle auf Euro lautenden Veranlagungen und Konten bei Geschäftspartnern, die ihren Sitz nicht im Euro-Währungsgebiet haben, enthalten.

Zu den Bilanzstichtagen 2003 und 2004 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Veranlagungen in Wertpapieren	764.209	373.613	-390.596	-51,1
Sonstige Veranlagungen	63.204	243.990	+180.786	+286,0
Insgesamt	827.413	617.603	-209.810	-25,4

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zeigt folgendes Bild:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2.414.278	8.029.000	+5.614.722	+232,6
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	482.628	824.559	+341.931	+70,8
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	2.896.906	8.853.559	+5.956.653	+205,6

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie wurden von den nationalen Zentralbanken in wöchentlichem Abstand zunächst mit einer Laufzeit von zwei Wochen im Rahmen von Standardtendern (Zinstendern) durchgeführt. Durch den EZB-Ratsbeschluss vom 1. Dezember 2003⁴ wurde die Laufzeit des Standardtenders ab dem 8. März 2004 von einer zweiwöchigen auf eine einwöchige Laufzeit umgestellt. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt.

Diesem Hauptrefinanzierungsinstrument kommt bei der Verfolgung der Ziele der Offenmarktgeschäfte des Eurosystems eine Schlüsselrolle zu. Über die *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* wird dem Finanzsektor der größte Teil des Refinanzierungsvolumens zur Verfügung gestellt.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Die *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte* sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die im Rahmen von *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäften* durchgeführten Tender wurden im Jahr 2004 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt.

5.3 Feinsteuerungsoperationen

in Form von befristeten Transaktionen
Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinsteuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2004 wurden keine derartigen Geschäfte durchgeführt.

5.4 Strukturelle Operationen

in Form von befristeten Transaktionen
Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen werden eingesetzt, wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des Finanzsektors gegenüber dem Eurosystem anpassen will.

Im Jahr 2004 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität

Der Finanzsektor kann die *Spitzenrefinanzierungsfazität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazität bildet im

⁴ Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 2003 zur Änderung der Leitlinie EZB/2000/7 über geldpolitische Instrumente und Verfahren des Eurosystems (EZB/2003/16).

Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes.

Die *Spitzenrefinanzierungsfazität* wurde im Jahr 2004 mehrfach in Anspruch genommen.

5.6 Forderungen aus Margenausgleich

Forderungen aus Margenausgleich resultieren aus einer allfälligen Verpflichtung der Zentralbank, überschüssige Sicherheiten den Geschäftspartnern zur Verfügung zu stellen. Wenn dies nicht durch die Rückgabe von Wertpapieren, sondern durch Gutschrift auf dem Girokonto erfolgt, wird in diesem Subposten eine Forderung gegen die Geschäftspartner eingestellt.

Im Jahr 2004 bestanden aus diesem Titel keine Forderungen.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2004	136 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	109 Tsd EUR
Veränderung	+27 Tsd EUR +25,2%

In diesem Posten sind sonstige Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2004	3.085.653 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	1.862.961 Tsd EUR
Veränderung	+1.222.692 Tsd EUR +65,6%

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere, inklusive jener aus der Zeit vor der WWU, die auf ehemalige Währungen jener Staaten, die an der dritten Stufe der monetären Integration teilnehmen, denominiert sind und nicht unter dem währungspolitischen Instrumen-

tarium auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Zugänge zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand 31. 12. 2004	362.923 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	368.844 Tsd EUR
Veränderung	-5.921 Tsd EUR -1,6%

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen sowie um von der Münze Österreich Aktiengesellschaft direkt eingezogene Münzen. Die Tilgung der so errechneten Maximalschuld von 1.229.573 Tsd EUR erfolgt mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die Münze Österreich Aktiengesellschaft bis zum vertraglich festgelegten Überweisungsstermin (15. Dezember jeden Jahres) realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

Erhöhungen dieser Forderung aus Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 12.725 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss 2003 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 18.646 Tsd EUR gegenüber.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand 31. 12. 2004	4.148.728 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	2.829.032 Tsd EUR
Veränderung	+1.319.696 Tsd EUR +46,6%

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind die Nettoforderungen aus TARGET- und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden in diesem Posten ausgewiesen.

Der im Bilanzformat enthaltene Subposten 9.3 *Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen* (Promissory Notes) ist für die OeNB nicht relevant, da er ausschließlich die EZB betrifft.

Die *Intra-Eurosystem-Forderungen* setzen sich zu den Bilanzstichtagen 2003 und 2004 wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR in %	
9.1 Beteiligung an der EZB	117.970	116.476	-1.494	-1,3
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179.700	1.157.451	-22.249	-1,9
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	-	2.874.801	+2.874.801	-
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	1.531.362	-	-1.531.362	-100,0
Insgesamt	2.829.032	4.148.728	+1.319.696	+46,6

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Anteile am Kapital der EZB können gemäß Art. 28 der ESZB-Satzung nur die nationalen Zentralbanken zeichnen, wobei der Verteilungsschlüssel auf Gewichtungen beruht, die gemäß Art. 29.3 der ESZB-Satzung alle fünf Jahre anzupassen sind. Die erste derartige Anpassung seit Gründung der EZB wurde am 1. Jänner 2004 wirksam.

Eine weitere Anpassung war danach am 1. Mai 2004 im Rahmen des Beitritts der zehn neuen Mitgliedstaaten vorzunehmen. Im Sinne des Beschlusses des Rates vom 15. Juli 2003 über die statistischen Daten, die bei der Anpassung des Schlüssels für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank anzuwenden sind (2003/517/EG), wurden die Anteile der nationalen Zentralbanken am Kapital der EZB am 1. Jänner und am 1. Mai 2004 dabei wie folgt angepasst:

Anteil am gezeichneten Kapital der EZB

	1. 1. 1999 bis 31. 12. 2003 in %	1. 1. 2004 bis 30. 4. 2004 in %	seit 1. 5. 2004 in %
Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique	2,8658	2,8297	2,5502
Deutsche Bundesbank	24,4935	23,4040	21,1364
Bank of Greece	2,0564	2,1614	1,8974
Banco de España	8,8935	8,7801	7,7758
Banque de France	16,8337	16,5175	14,8712
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	0,8496	1,0254	0,9219
Banca d'Italia	14,8950	14,5726	13,0516
Banque centrale du Luxembourg	0,1492	0,1708	0,1568
De Nederlandsche Bank	4,2780	4,4323	3,9955
Oesterreichische Nationalbank	2,3594	2,3019	2,0800
Banco de Portugal	1,9232	2,0129	1,7653
Suomen Pankki – Finlands Bank	1,3970	1,4298	1,2887
Anteil der am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken	80,9943	79,6384	71,4908
Česká národní banka	0,0000	0,0000	1,4584
Danmarks Nationalbank	1,6709	1,7216	1,5663
Eesti Pank	0,0000	0,0000	0,1784
Central Bank of Cyprus	0,0000	0,0000	0,1300
Latvijas Banka	0,0000	0,0000	0,2978
Lietuvos bankas	0,0000	0,0000	0,4425
Magyar Nemzeti Bank	0,0000	0,0000	1,3884
Central Bank of Malta/Bank Ċentrali ta' Malta	0,0000	0,0000	0,0647
Narodowy Bank Polski	0,0000	0,0000	5,1380
Banka Slovenije	0,0000	0,0000	0,3345
Národná banka Slovenska	0,0000	0,0000	0,7147
Sveriges Riksbank	2,6537	2,6636	2,4133
Bank of England	14,6811	15,9764	14,3822
Anteil der am Eurosystem nicht teilnehmenden EU-Zentralbanken	19,0057	20,3616	28,5092
Insgesamt	100,0000	100,0000	100,0000

Am 1. Jänner 2004 reduzierte sich der Anteil der OeNB am Kapital der EZB (damals insgesamt 5.000 Mio EUR) von 2,3594% auf 2,3019%, womit ihre im Aktivposten 9.1 ausgewiesene *Beteiligung an der EZB* von 117.970 Tsd EUR auf 115.095 Tsd EUR zurückging.

Gemäß Art. 49.3 der ESZB-Satzung, der mit dem Beitrittsvertrag neu eingefügt wurde, kommt es im Zuge einer Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten und der Eingliederung ihrer Zentralbanken in das ESZB automatisch zu einer Erhöhung des Kapitals der EZB. Diese Aufstockung ergibt sich durch die Multiplikation des bisherigen gezeichneten Kapitals (5.000 Mio EUR) mit dem Faktor, der dem Verhältnis zwischen dem Gewichtsanteil der neu beitretenden nationalen Zentralbanken und dem Gewichtsanteil der ur-

sprünglichen ESZB-Zentralbanken im Rahmen des erweiterten Kapitalschlüssels entspricht. Am 1. Mai 2004 wurde das Kapital der EZB demzufolge auf 5.565 Mio EUR aufgestockt. Der Prozentanteil der OeNB am Kapital der EZB verringerte sich mit diesem Tag von 2,3019% auf 2,0800%. Unter Berücksichtigung des auf insgesamt 5.565 Mio EUR gestiegenen Kapitals musste die OeNB 650 Tsd EUR an die EZB übertragen, wodurch auch die *Beteiligung an der EZB* auf 115.745 Tsd EUR gestiegen ist.

Aufgrund der beschriebenen Kapitalschlüsseländerungen änderten sich auch die Anteile der nationalen Zentralbanken am kumulierten Eigenkapital der EZB per 31. Dezember 2003 und 30. April 2004. Auch diese Änderungen sind im Aktivposten 9.1 *Beteiligung an der EZB* ausgewiesen.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

Die Forderungen der OeNB aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB sind mit jenem Euro-Gegenwert ausgewiesen, zu dem sie bei der EZB eingebracht wurden. Sie werden mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag für die unverzinsten Goldbestände) verzinst.

Die Anpassung der Gewichtsanteile der nationalen Zentralbanken

am Kapitalschlüssel der EZB am 1. Jänner 2004 und am 1. Mai 2004 zog auch eine Anpassung der Forderung der OeNB aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB nach sich. Analog zu den Veränderungen bei der OeNB-Beteiligung an der EZB verringerte sich diese in Euro denominierte Forderung am 1. Jänner 2004 zunächst um 28.750 Tsd EUR auf 1.150.950 Tsd EUR und erhöhte sich dann am 1. Mai 2004 um 6.501 Tsd EUR auf 1.157.451 Tsd EUR.

	1. 1. 1999 bis 31. 12. 2003 in EUR	1. 1. 2004 bis 30. 4. 2004 in EUR	seit 1. 5. 2004 in EUR
Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique	1.432.900.000	1.414.850.000	1.419.101.951
Deutsche Bundesbank	12.246.750.000	11.702.000.000	11.761.707.508
Bank of Greece	1.028.200.000	1.080.700.000	1.055.840.343
Banco de España	4.446.750.000	4.390.050.000	4.326.975.513
Banque de France	8.416.850.000	8.258.750.000	8.275.330.931
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	424.800.000	512.700.000	513.006.858
Banca d'Italia	7.447.500.000	7.286.300.000	7.262.783.715
Banque centrale du Luxembourg	74.600.000	85.400.000	87.254.014
De Nederlandsche Bank	2.139.000.000	2.216.150.000	2.223.363.598
Oesterreichische Nationalbank	1.179.700.000	1.150.950.000	1.157.451.203
Banco de Portugal	961.600.000	1.006.450.000	982.331.062
Suomen Pankki – Finlands Bank	698.500.000	714.900.000	717.118.926
Insgesamt	40.497.150.000	39.819.200.000	39.782.265.622

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

Die Verbindlichkeiten aus dem EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf und die Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems (Capital Share Mechanism – CSM) ergeben zusammen die Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Sie stellen in ihrer Gesamtheit zum 31. Dezember 2004 eine Nettoforderung in Höhe von 2.874.801 Tsd EUR dar, die aus den Anpassungen des Euro-Bank-

notenumlaufs resultiert. Im Vorjahr wurde dieser Posten als Nettoverbindlichkeit im Passivposten 10.3 *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)

In diesem Posten sind die TARGET-Salden und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden auszuweisen, sofern sich diese zum Stichtag in ihrer Gesamtheit als Nettoforderung darstellen. Da zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2004 aus diesem Titel eine Nettover-

bindlichkeit resultiert, ist die Entwicklung im Passivposten 10.4 *Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)* dargestellt.

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2004, die Anfang Jänner 2005 durch Zahlung abgewickelt wurden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	265.218	210.723	-54.495	-20,5
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	158.411	163.644	+5.233	+3,3
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.843.816	7.176.599	-667.217	-8,5
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	9.283	6.792	-2.491	-26,8
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	300.090	294.596	-5.494	-1,8
11.6 Sonstiges	1.037.637	1.055.802	+18.165	+1,8
Insgesamt	9.614.455	8.908.156	-706.299	-7,3

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kasensbestand der Bank an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Die *Gebäude und Grundstücke* zeigen folgende Entwicklung:

	in Tsd EUR
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31. 12. 2003	116.561 ¹
Zugänge im Jahr 2004	8.205
Abgänge im Jahr 2004	-
Kumulierte Abschreibungen	24.066
Buchwert 31. 12. 2004	100.700
Buchwert 31. 12. 2003	96.752
Abschreibungen des Jahres 2004	4.257

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Die Zugänge im Jahr 2004 sind im Wesentlichen auf die Aktivierung von Investitionen im OeNB-Hauptgebäude und im Bürogebäude Nord zurückzuführen.

Die *Einrichtung und Maschinen* zeigen folgende Entwicklung:

	<i>in Tsd EUR</i>
Anschaffungskosten bis 31. 12. 2003	96.596
Zugänge im Jahr 2004	10.112
Abgänge im Jahr 2004 (zu Anschaffungskosten)	23.072 ¹
Kumulierte Abschreibungen	57.431
Buchwert 31. 12. 2004	26.205
Buchwert 31. 12. 2003	28.081
Abschreibungen des Jahres 2004	11.910

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallender kumulierter Abschreibungen) betragen 78 Tsd EUR.

Die *Mobilen Sachwerte* in Höhe von 36.096 Tsd EUR umfassen die im Jahr 1989 begonnene Sammlung historischer Streichinstrumente alter Meister (35.615 Tsd EUR) und die im Jahr 2004 für die Münzensammlung der OeNB erworbenen Münzen (481 Tsd EUR). So wurde unter anderem eine 1.000 ozf Goldbullionmünze „Wiener Philharmoniker“ von

der Münze Österreich Aktiengesellschaft erworben. Diese Münze wurde von der Münze Österreich Aktiengesellschaft im Jahr 2004 anlässlich des 15. Jahrestages der erstmaligen Ausgabe der Goldbullionmünze „Wiener Philharmoniker“ in einer Auflage von 15 Stück ausgeprägt.

Zum Bilanzstichtag 2004 besteht die Instrumentensammlung aus 26 Geigen, 5 Violoncelli und 3 Violinen. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musiker verliehen.

Die *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Wohnrecht) zeigen folgende Entwicklung:

	<i>in Tsd EUR</i>
Anschaffungskosten bis 31. 12. 2003	720
Zugänge im Jahr 2004	–
Abgänge im Jahr 2004	–
Kumulierte Abschreibungen	77
Buchwert 31. 12. 2004	643
Buchwert 31. 12. 2003	658
Abschreibungen des Jahres 2004	15

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	6.555.781	6.020.453	-535.328	-8,2
Beteiligungen	818.481	814.355	-4.126	-0,5
Sonstige Veranlagungen	469.554	341.791	-127.763	-27,2
Insgesamt	7.843.816	7.176.599	-667.217	-8,5

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.592.591 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.342.658 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.295.761 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 3.085.203 Tsd EUR.⁵ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 92.196 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 596 Tsd EUR gegenüberstehen. Aus der Fremdwährungsbewertung stammen buchmäßige Kursgewinne über 1.836 Tsd EUR.

Von den Beteiligungen sind 511.750 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 302.605 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige Veranlagungen dar, wovon 73.297 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 222.902 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 8.262 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 37.331 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

Die *Beteiligungen* stellen sich wie folgt dar:

	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31. 12. 2003	818.481
Zugänge im Jahr 2004	419
Abgänge im Jahr 2004 (zu Buchwerten)	0 ¹
Abschreibungen des Jahres 2004	992
Neubewertung im Jahr 2004	-3.553
Substanzwert zum 31. 12. 2004	814.355

¹ Die Abgänge zu den seinerzeitigen Anschaffungskosten betragen 8 Tsd EUR.

⁵ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital der Allgemeine Reservefonds, die Freie Reserve, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, das ERP-Sondervermögen, die Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen sowie allgemeine Rückstellungen, und zwar insbesondere jene für das Fremdwährungsrisiko und allgemeine Bankrisiken.

11.6 Sonstiges

Die *Sonstigen Vermögensgegenstände* setzen sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	645.023	649.991	+4.968
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	266.068	277.216	+11.148
ERP-Fonds-Nationalbankblock	911.091	927.207	+16.116
Schilling-Scheidemünzen	86.805	88.566	+1.761
Gesellschafterdarlehen	7.616	6.720	-896
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	6.459	6.734	+275
Sonstige Forderungen	25.666	26.575	+909
Insgesamt	1.037.637	1.055.802	+18.165

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe angesammelter Zinsenüberschüsse. Zum 31. Dezember 2004 beliefen sich diese auf 585.439 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 2004 auf insgesamt 927.394 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die recht-

liche Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2004 in Höhe von 26.575 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand 31. 12. 2004	13.416.143 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	11.691.232 Tsd EUR
Veränderung	+1.724.911 Tsd EUR +14,8%

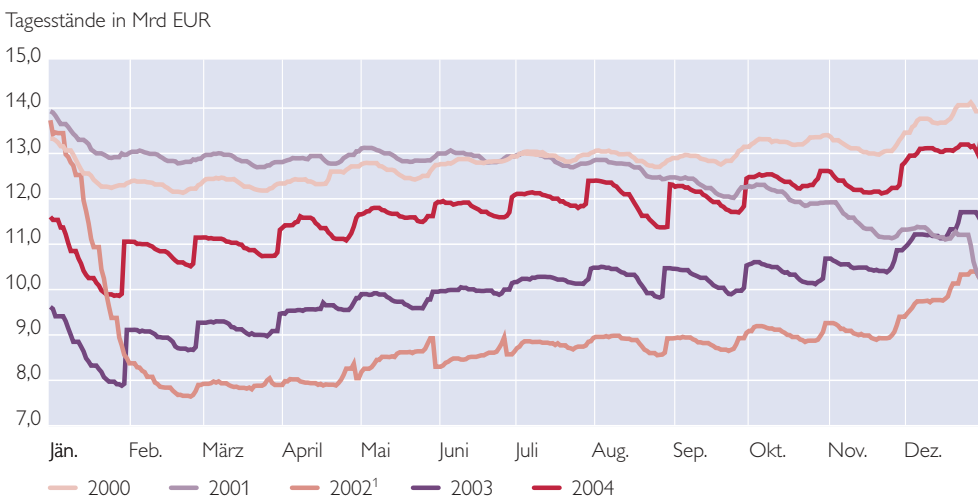
Dieser Bilanzposten beinhaltet den Anteil der OeNB nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel⁶ an den insgesamt im Eurosystem ausgegebenen Euro-Banknoten und stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	14.754.948	10.541.342	-4.213.606
abzüglich:			
Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf	-1.016.629 ¹	-1.166.712 ²	-150.083
Verbindlichkeit bzw. Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems (CSM)	-2.047.087 ¹	4.041.513 ²	+6.088.600
Euro-Banknotenumlauf	11.691.232	13.416.143	+1.724.911

¹ Die angeführten Beträge wurden im Jahresabschluss 2003 in ihrer Gesamtheit als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten“ (Passivposten 10.3) ausgewiesen.

² Die angeführten Beträge wurden im Jahresabschluss 2004 in ihrer Gesamtheit als „Intra-Eurosystem-Forderungen“ (Aktivposten 9.4) ausgewiesen.

OeNB-Banknotenumlauf im Fünf-Jahres-Überblick



Quelle: OeNB.

¹ Im Geschäftsjahr 2002 enthielt der OeNB-Banknotenumlauf zwei Komponenten:

1. Euro-Banknotenumlauf-Verbindlichkeit (2,68% OeNB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf des Eurosystems zum Stichtag 1. Jänner 2002 bzw. zu jedem Monatsende zuzüglich kumulierter Transaktionen der OeNB seit diesem Stichtag);
2. Schilling-Banknotenumlauf (Ausweis nur bis 31. Dezember 2002).

⁶ Für die OeNB beträgt dieser Schlüssel seit 1. Mai 2004 2,6765%. Dieser errechnet sich aus dem OeNB-Anteil der voll eingezahlten Kapitalanteile an der EZB, wovon 92% herangezogen werden.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können nachstehender Tabelle entnommen werden:

	Veränderung		in %
	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs ¹ in Mio EUR	in Mio EUR	
2000	12.851	+756	+6,3
2001	12.519	-332	-2,6
2002	8.887	-3.632	-29,0
2003	9.913	+1.026	+11,5
2004	11.751	+1.838	+18,5

¹ Die Werte für die Jahre 2000 und 2001 stellen den Schilling-Banknotenumlauf dar. Im Jahr 2002 sind darin sowohl die Euro-Banknotenumlaufverbindlichkeit wie auch der Schilling-Banknotenumlauf ausgewiesen. Ab dem Jahr 2003 wird nur mehr die Euro-Banknotenumlaufverbindlichkeit dargestellt.

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	4.254.943	3.993.473	-261.470	-6,1
2.2 Einlagefazilität	450	6.570	+6.120	—
2.3 Termineinlagen	—	—	—	—
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—	—	—
Insgesamt	4.255.393	4.000.043	-255.350	-6,0

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Darin werden im Wesentlichen von Kreditinstituten im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreserve gehaltene Guthaben ausgewiesen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwen-

dende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

Nach der Durchführung eines Konsultationsverfahrens mit den Kreditinstituten im Euroraum wurde vom EZB-Rat⁷ beschlossen, die Dauer der Mindestreserve-Erfül-

⁷ Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1745/2003 der Europäischen Zentralbank vom 12. September 2003 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (EZB/2003/9).

lungsperioden im Jahr 2004 zu ändern. Demgemäß beginnt die Mindestreserve-Erfüllungsperiode jeweils an jenem Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, der auf die erste Sitzung des EZB-Rats im Monat folgt. Um den Umstieg auf das neue System zu erleichtern, dauerte die erste – für den Übergang geltende – Mindestreserve-Erfüllungsperiode bis 9. März 2004.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2004 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 18.319 Tsd EUR durchgeführt.

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2004	7.626 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	18.485 Tsd EUR
Veränderung	-10.859 Tsd EUR -58,7%

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 6.903 Tsd EUR sowie Guthaben auf Girokonten von nicht mindestreservepflichtigen Kreditinstituten bzw. von sonstigen Nichtbanken.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2004	6.293 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	2.378 Tsd EUR
Veränderung	+3.915 Tsd EUR +164,7%

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand 31. 12. 2004	204.040 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	210.915 Tsd EUR
Veränderung	-6.875 Tsd EUR -3,3%

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10 Intra-Eurosystem- Verbindlichkeiten

Bilanzstand 31. 12. 2004	9.000.500 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	3.063.716 Tsd EUR
Veränderung	+5.936.784 Tsd EUR +193,8%

In diesem Posten ist im Jahresabschluss 2004 jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen zwischen der OeNB mit den elf anderen Zentralbanken des Eurosystems und den drei nicht an der WWU teilnehmenden Zentralbanken (Bank of England, Sveriges Riksbank und Danmarks Nationalbank) sowie mit der EZB, insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET, entstanden ist. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der allfälligen anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage-Einkünfte sowie jene Salden ausgewiesen, die sich aus Korrespondenzkonten⁸ mit einzelnen Zentralbanken ergeben.

Die aus Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (Netting by Novation).

Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt zum marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

Die zum 31. Dezember 2003 in diesem Bilanzposten ausgewiesene Verbindlichkeit resultierte ausschließlich aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems.

11 Schwebende Verrechnungen

Bilanzstand 31. 12. 2004	– Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 2003	7.326 Tsd EUR
Veränderung	–7.326 Tsd EUR –100,0%

In diesem Posten sind Zahlungen ausgewiesen, die aus verrechnungstechnischen Gründen erst im Jänner des Folgejahres stattfinden.

⁸ Die Korrespondenzkonten können z. B. im Fall einer vorübergehenden Störung von TARGET für eine begrenzte Zahl von Transaktionen verwendet werden.

12 Sonstige Passiva

Die *Sonstigen Passiva* setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	4.109	907	-3.202	-77,9
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	33.282	20.272	-13.010	-39,1
12.3 Sonstiges	748.496	576.229	-172.267	-23,0
Insgesamt	785.887	597.408	-188.479	-24,0

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet werden, sowie Buchwertangleichungen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Dieser Passivposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	423.271	267.786	-155.485	-36,7
Verbindlichkeiten aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	239.296	232.028	-7.268	-3,0
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	23.632	22.915	-717	-3,0
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	48.073	43.614	-4.459	-9,3
Sonstiges	14.224	9.886	-4.338	-30,5
Insgesamt	748.496	576.229	-172.267	-23,0

Der *Satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2003 gemäß Beschluss der

Generalversammlung 12.579 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2004 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 39.816 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2004 wurden da-

von 16.901 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 22.915 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2004 nicht ausbezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 21.364 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 208 Projekte 12.494 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 3.580 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 652.938 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Die Förderungsmittel des Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung in Höhe von 43.614 Tsd EUR resultieren aus den zweckgewidmeten Veranlagungserträgen für das Jahr 2004 und werden am Tag nach der Generalversammlung an die Stiftung zur Auszahlung gebracht.

13 Rückstellungen

	31. 12. 2003	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 2004
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.828.650	-90.939	+141.289	1.879.000
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	45.586	-3.408	+1.639	43.817
Dienstnehmerjubiläen	10.347	-890	+593	10.050
Nicht konsumierte Urlaube	9.430	-2	+64	9.492
Sabbatical	-	-	+38	38
Rückstellungen für				
unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	259.829	-25.598	-	234.231
allgemeine Währungsrisiken	-	-	+40.000	40.000
einbehaltene monetäre Einkünfte	-	-	+39.569	39.569
Körperschaftsteuer	-	-	+10.278	10.278
Projektabschluss der Umbauarbeiten OeNB I und Bürogebäude Nord	-	-	+5.088	5.088
Lieferungen und Leistungen	1.885	-1.832	+1.260	1.313
Hausverwaltungsbereich	1.461	-61	+38	1.438
Leistungen von Konzerngesellschaften	1.330	-1.330	+5.195	5.195
Sonstiges	1.229	-1.059	+958	1.128
Insgesamt	2.159.747	-125.119	+246.009	2.280.637

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz verpflichtet, eine Pensionsreserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusage system einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Die Pensionszahlungen der OeNB werden aus der für diesen Zweck bilanzierten Rückstellung geleistet.

Die durch die Pensionsreserve gedeckten Pensionsaufwendungen des Jahres 2004 haben gegenüber dem Vorjahr um 2.481 Tsd EUR oder 2,8% auf 90.939 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch

die Bezüge für 15 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von 4.043 Tsd EUR (2003: 3.966 Tsd EUR) enthalten.

Die aus der Veranlagung der Pensionsreserve stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses der Pensionsreserve zugeführt, womit sie mit dem versicherungsmathematisch berechneten Barwert ausgewiesen wird. Für die Berechnung der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2004 wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. angewendet wird.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2003 in Tsd EUR	31. 12. 2004 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Neubewertungskonten			
Gold	857.402	743.380	-114.022
Fremdwährungen	41.690	39.588	-2.102
Wertpapiere	149.090	151.928	+2.838
Beteiligungen	179.352	175.799	-3.553
Außerbilanzielle Geschäfte	9.283	6.792	-2.491
Insgesamt	1.236.817	1.117.487	-119.330
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)			
Wertpapiere	1.713	1.423	-290
Beteiligungen	279.728	279.728	-
Insgesamt	281.441	281.151	-290
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)			
	851.190	537.349	-313.841
Insgesamt	2.369.448	1.935.987	-433.461

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2004 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Salden der *Neubewertungskonten* werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der VaR-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen herangezogen.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (Initial Valuation) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB bilanziert gemäß § 69 Abs. 1 NBG zur Deckung von Kursrisiken die *Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen*. Die im Jahresabschluss 2004 ausgewiesene Reservehöhe beinhaltet die aus den Jahren vor Beginn des Eurosystems verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 537.349 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Verkäufen realisierten – Kursgewinnen verwendet. Weiters wird sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, aufgelöst. Mit ihrem verbleibenden Saldo dient sie der Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die *Neubewertungskonten* gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

15 Kapital und Rücklagen

Die *Rücklagen* zeigen folgendes Bild:

	31. 12. 2003	31. 12. 2004	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Allgemeiner Reservefonds	477.683	–	–477.683	–100,0
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.622.000	1.973.263	+351.263	+21,7
Gewinnglättungsrücklage	–	2.226	+2.226	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen	569.399	585.439	+16.040	+2,8
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Insgesamt	4.200.582	4.092.428	–108.154	–2,6

Der *Allgemeine Reservefonds* zeigt als Ergebnis der Risikobemessung zum 31. Dezember 2004 eine Abnahme um 477.683 Tsd EUR, da diese Mittel in die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* im Rahmen der Risikobemessung umgewidmet wurden. Detaillierte Angaben über das Risikomanagement der OeNB sind dem Kapitel „Risikomanagement“ zu entnehmen.

Der Jubiläumsfonds von 1.531.500 Tsd EUR setzt sich seit dem Jahr 2003 aus zwei Teilbereichen zusammen, und zwar einerseits aus dem originären Jubiläumsfonds in Höhe von 31.500 Tsd EUR sowie andererseits aus Mitteln für die Förderung der FTE-Nationalstiftung im Ausmaß von 1.500.000 Tsd EUR.

Die dem originären Jubiläumsfonds zugeordneten 31.500 Tsd EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7.267 Tsd EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24.233 Tsd EUR zugeführt worden.

Die der FTE-Nationalstiftung zugeordneten 1.500.000 Tsd EUR wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545.000 Tsd EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955.000 Tsd EUR) zweckgebunden umgewidmet.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen* dient dem Zweck, Ausfälle aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks abzudecken.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten)

Zum 31. Dezember 2004 waren außer den in der Bilanz erfassten Posten nachfolgende finanzielle Verpflichtungen bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 464.957 Tsd EUR
- Gemäß den IWF-Statuten bestehende Verpflichtung zur Übernahme von SZR bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung im Gegenwert von 494.624 Tsd EUR
- Nachschussverpflichtung von 34.188 Tsd EUR (Gegenwert von 30 Mio SZR) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel
- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 18.773 Tsd EUR

- Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 15.188 Tsd EUR
- Eventualverbindlichkeit im für die OeNB anteiligen Ausmaß von 1.040.000 Tsd EUR im Zusammenhang mit der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern
- Eventualverbindlichkeit im für die OeNB anteiligen Ausmaß von 104.000 Tsd EUR im Zusammenhang mit der Möglichkeit der EZB, weitere Mittel einzufordern und damit ihr eingezahltes Kapital um weitere 5 Mrd EUR aufzustocken

Die Marktwerte resultieren aus der Bewertung zum 31. Dezember 2004, wobei positive Marktwerte auf *Neubewertungskonten* (Passivposten 14) und negative Marktwerte als *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* über die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV-Posten 2.2) verrechnet wurden.

Ferner wurden im Jahr 2004 Fremdwährungsoptionen sowie Wertpapieroptionen gehandelt, wobei sämtliche Optionen vor dem Jahresultimo fällig waren. Die erfolgsmäßige Auswirkung dieser Geschäfte wurde im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Zum 31. Dezember 2004 zeigen sich folgende Bestände an derivativen Finanzinstrumenten:

	Zugrunde liegendes Nominale in Tsd EUR	Marktwert	
		positiv in Tsd EUR	negativ in Tsd EUR
Forward Rate Agreements			
Kauf	14.683	5	0
Verkauf	22.025	2	17
Anleihefutures			
Verkauf	65.000	–	194
Zinsswaps			
Verkauf	174.930	6.089	–

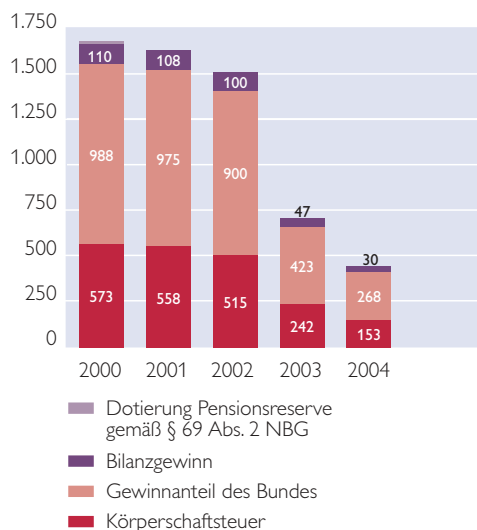
Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlust- rechnung

		2003	2004	Veränderung ¹	
		in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1	Nettozinsergebnis	467.087	448.611	-18.476	-4,0
2	Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	344.764	215.157	-129.607	-37,6
3	Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	250	988	+738	+295,3
4	Erträge aus Beteiligungen	100.664	21.096	-79.568	-79,0
5	Nettoergebnis aus monetären Einkünften	11.120	-30.872	-41.992	-377,6
6	Sonstige Erträge	8.120	7.507	-613	-7,6
Nettoerträge insgesamt		932.005	662.487	-269.518	-28,9
7	Personalaufwendungen	-98.084	-98.035	-49	-0,1
8	Sachaufwendungen	-94.049	-89.902	-4.147	-4,4
9	Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.903	-16.182	+2.279	+16,4
10	Aufwendungen für Banknoten	-11.314	-7.157	-4.157	-36,7
11	Sonstige Aufwendungen	-2.077	-393	-1.684	-81,1
Aufwendungen insgesamt		-219.427	-211.669	-7.758	-3,5
Geschäftliches Ergebnis		712.578	450.818	-261.760	-36,7
12	Körperschaftsteuer	-242.276	-153.278	-88.998	-36,7
13	Gewinnanteil des Bundes	470.302	297.540	-172.762	-36,7
14.1	Jahresgewinn	-423.271	-267.786	-155.485	-36,7
14.2	Gewinnvortrag	47.031	29.754	-17.277	-36,7
		177	-	-177	-100,0
14	Bilanzgewinn	47.208	29.754	-17.454	37,0

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

**Geschäftliches Ergebnis
im Fünf-Jahres-Überblick**

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen *Zinserträgen* und *Zinsaufwendungen* dar. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist einerseits auf die als Folge der widmungsgemäßen Verwendung von Reserven zum Jahresabschluss 2003 deutlich gesunkene Eigenmittelveranlagung und andererseits auf das gegenüber dem Vorjahr niedrigere Zinsniveau zurückzuführen.

Die Erträge aus der Fremdwährungsveranlagung wurden mit per saldo 256.658 Tsd EUR (−68.052 Tsd EUR), jene aus Euro-Veranlagungen mit per saldo 123.176 Tsd EUR (−18.020 Tsd EUR) verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 115.473 Tsd EUR (+21.450 Tsd EUR) und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 20.121 Tsd EUR (−3.407 Tsd EUR) vereinnahmt. Weiters resultierten aus den Intra-Eurosystem-Salden aus der Vertei-

lung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems Erträge von per saldo 32.212 Tsd EUR (+106.688 Tsd EUR). Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 88.296 Tsd EUR (−7.947 Tsd EUR) aufgewendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 85.637 Tsd EUR (−93.947 Tsd EUR) stammen aus den Verzinsung der TARGET-Salden.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* resultieren aus der infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 10 t Gold realisierten Kursgewinne enthalten.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 52.760 Tsd EUR (−16,6%) auf 264.522 Tsd EUR abgenommen. Davon stammen 168.204 Tsd EUR (−84.068 Tsd EUR) aus Gold- und Fremdwährungstransaktionen sowie 95.219 Tsd EUR (+28.547 Tsd EUR) aus Wertpapiertransaktionen.

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* begründen sich im Wesentlichen mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere. Dabei entfielen auf Fremdwährungen 254.179 Tsd EUR (−429.428 Tsd EUR), auf Wertpapiere 8.161 Tsd EUR (−5.337 Tsd EUR) und auf

derivative Finanzinstrumente 211 Tsd EUR (–314 Tsd EUR).

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken* wird die Auflösung der vor 1999 gebildeten *Reserve aus valutaren Kursdifferenzen* zur Abdeckung der buchmäßigen Währungskursverluste von 254.179 Tsd EUR ausgewiesen, wodurch diese in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden. Demgegenüber wurde aufgrund der vorgenommenen Risikoeinschätzung bei den valutaren Beständen eine Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken in Höhe von 40.000 Tsd EUR gebildet.

4 Erträge aus Beteiligungen

Dieser Posten beinhaltet die Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2003 der Münze Österreich Aktiengesellschaft (18.000 Tsd EUR) und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, (2.171 Tsd EUR). Aus der Gewinnausschüttung der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. resultieren 366 Tsd EUR. Weiters ist in diesem Posten eine Teilrückzahlung des eingezahlten Kapitalanteils der OeNB am Eigenkapital der EZB zum 31. Dezember 2003 aufgrund der Kapitalschlüsselanpassung zum 1. Jänner 2004 in Höhe von 559 Tsd EUR enthalten. Als *Erträge aus Beteiligungen* sind grundsätzlich auch die anteiligen EZB-Seigniorage-Einkünfte aus der Übertragung von 8% des Euro-Banknoten-

umlaufs an die EZB auszuweisen.⁹ Angesichts des Bilanzergebnisses der EZB für 2004 wurden diese im Sinne eines entsprechenden Beschlusses des EZB-Rats vom 16. Dezember 2004 an die nationalen Zentralbanken jedoch nicht ausgeschüttet.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Der Begriff der monetären Einkünfte gemäß Art. 32 der ESZB-Satzung¹⁰ umfasst jenen Teil der Erträge der am Eurosystem teilnehmenden nationalen Zentralbanken, der ihnen aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben im Eurosystem zufließt. Der Betrag der monetären Einkünfte einer nationalen Zentralbank im Sinne der ESZB-Satzung entspricht ihren jährlichen Einkünften aus jenen Vermögenswerten, die sie als Gegenposten zum Bargeldumlauf und ihren Verbindlichkeiten aus Einlagen der Kreditinstitute (monetäre Basis) hält. Für diesen Teil der Einkünfte ist im Art. 32.2 der ESZB-Satzung eine gesonderte Erfassung bzw. die Umverteilung auf Ebene der nationalen Zentralbanken gemäß einer vom EZB-Rat zu erlassenden Leitlinie vorgesehen.

Neben den Nettoerträgen sind auch jene Aufwendungen, die im Zuge des Einsatzes von liquiditätsabsorbierenden geldpolitischen Instrumenten anfallen, von Relevanz. Insbesondere hat die Regelung der Mindestreserve im Eurosystem wesentlichen Einfluss auf die Berechnung der monetären Einkünfte, da die von den nationalen Zentralbanken

⁹ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 21. November 2002 über die Verteilung der Einkünfte der Europäischen Zentralbank aus dem Euro-Banknotenumlauf an die Nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten (EZB/2002/9).

¹⁰ Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 6. Dezember 2001 über die Verteilung der monetären Einkünfte der nationalen Zentralbanken der teilnehmenden Mitgliedstaaten ab dem Geschäftsjahr 2002 (EZB/2001/16).

an Kreditinstitute gezahlten Zinsen auf Mindestreserve-Einlagen von den zusammenzulegenden Erträgen in Abzug gebracht werden.

Die so ermittelten monetären Einkünfte sind von den einzelnen nationalen Zentralbanken des Eurosystems in einen gemeinsamen Topf abzuführen und werden sodann entsprechend ihrer Anteile am eingezahlten EZB-Kapital rückverteilt. Für die OeNB ergibt sich aus der Bemessung der monetären Einkünfte per saldo ein Ertrag von 8.729 Tsd EUR, der aus der Differenz zwischen den in den gemeinsamen Topf eingebrachten Einkünften in Höhe von 230.471 Tsd EUR und dem rückverteilten Anteil von 239.200 Tsd EUR resultiert. Dieses Ergebnis wurde jedoch durch den zur Abdeckung des Verlustes der EZB für das Geschäftsjahr 2004 von der EZB einbehaltenen OeNB-Anteil an den monetären Einkünften um 39.601 Tsd EUR reduziert, sodass das *Nettoergebnis aus monetären Einkünften* für das Jahr 2004 einen Aufwand von 30.872 Tsd EUR darstellt.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den *Personalaufwendungen* in Abzug gebracht.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pen-

sionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5% der gesamten Schemabezüge – für Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Die *Gehälter* abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 1.002 Tsd EUR oder 1,2% auf 83.819 Tsd EUR zugenommen. Die Zunahme ist insbesondere auf kollektivvertragliche Gehaltserhöhungen zurückzuführen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 8.675 Tsd EUR vereinnahmt.

Ohne die außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter und die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) beliefen sich die für die OeNB-Fachbereiche tätigen Mitarbeiterressourcen auf durchschnittlich¹¹ 957,3 (2003: 952,2). Die durchschnittlichen¹¹ Mitarbeiterressourcen der OeNB haben sich von 1.179,3 im Jahr 2003 auf 1.161,8 im Jahr 2004, das sind 17,5 Mitarbeiterressourcen oder 1,5% weniger, verringert.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge¹² sowie Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) in Höhe von ins-

¹¹ Im durchschnittlichen Stand sind die Teilzeitkräfte anteilmäßig berücksichtigt.

¹² Limitiert gemäß Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre.

gesamt 1.030 Tsd EUR (2003: 957 Tsd EUR) erhalten. Davon entfielen auf Gouverneur Dr. Liebscher 274 Tsd EUR, auf Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek 260 Tsd EUR, auf Direktor Mag. Dr. Zöllner 253 Tsd EUR und auf Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Christl 243 Tsd EUR.

Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2004 106 Tsd EUR sowie 35 Tsd EUR als Nachzahlung für das Jahr 2003 (2003: 31 Tsd EUR) vergütet.

Die *gesetzlichen Sozialabgaben* über insgesamt 12.778 Tsd EUR (das sind +380 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.535 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (6.375 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.782 Tsd EUR).

10 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der OeBS.

12 Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 34% ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz gilt, anzuwenden.

13 Gewinnanteil des Bundes

Der *Gewinnanteil des Bundes* in Höhe von 267.786 Tsd EUR (2003: 423.271 Tsd EUR) beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses.

Direktorium

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
 Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
 Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
 Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl

Generalrat

Präsident Herbert Schimetschek
 Vizepräsident Dr. Manfred Frey
 Dipl.-Ing. August Astl
 Mag. Christian Domany (ab 13. Mai 2004)
 Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
 Dkfm. Lorenz R. Fritz (bis 13. August 2004)
 Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip Göth (ab 1. August 2004)
 Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner (ab 9. September 2004)
 Univ.-Prof. Mag. Dr. Herbert Kofler
 Mag. Georg Kovarik (ab 9. September 2004)
 Dr. Richard Leutner (bis 1. Juli 2004)
 Dipl.-Ing. Johann Marihart
 Mag. Werner Muhm
 Dkfm. Gerhard Randa
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner
 Dipl.-Ing. Karl Werner Rüscher (bis 31. Juli 2004)
 Dkfm. R. Engelbert Wenckheim (bis 13. Mai 2004)
 Dkfm. Johann Zwettler

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Mag. Thomas Reindl und Dr. Martina Gerharter.

Wien, am 30. März 2005

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Wir haben den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 der Oesterreichischen Nationalbank unter Beachtung der in Österreich berufsüblichen Grundsätze, wie sie in den Fachgutachten, in den Richtlinien und in den Stellungnahmen des Instituts Österreichischer Wirtschaftsprüfer empfohlen werden, geprüft.

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank mittels der Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 5. Dezember 2002 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2002/10) erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 Nationalbankgesetz 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 55/2002 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 30. März 2005

Dr. Pipin Henzl
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 267.786 Tsd EUR (2003: 423.271 Tsd EUR) verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 2004 von		EUR 29.753.966,48.
Das Direktorium hat in der Sitzung vom 30. März 2005 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:		
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR		EUR 1.200.000,—
Zuweisung an die Leopold Museum-Privatstiftung		EUR 4.391.619,37
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft:		
für Förderungen durch die OeNB	EUR 12.579.460,15	
für Förderungen durch die FTE-Nationalstiftung	EUR 11.582.886,96	EUR 24.162.347,11
		EUR 29.753.966,48



Bericht des Generalrats

zum Geschäftsbericht

und Jahresabschluss 2004

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2004 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 13. Mai 2004 gewählten Rechnungsprüfern – den Wirt-

schaftsprüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 14. April 2005 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2004 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2004 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2004 erstatteten Empfehlung (Seite 123) beschließen.



Hinweise

Abkürzungen

ACH	Automated Clearing House	GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
APSS	Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH	HGB	Handelsgesetzbuch
ARTIS	Austrian Real Time Interbank Settlement	HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	IBAN	International Bank Account Number
A-Trust	A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH	IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Weltbank)
ATX	Austrian Traded Index	IDB	Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank)
BCBS	Basel Committee on Banking Supervision (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht)	IFES	Institut für empirische Sozialforschung
BGBI.	Bundesgesetzblatt	ifo	Institute for Economic Research
BFG	Bundesfinanzgesetz	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
BHG	Bundshaushaltsgesetz	IIF	Institute of International Finance
BIC	Bank Identifier Code	IRB	Internal Ratings-Based
BIP	Bruttoinlandsprodukt	ISO	International Organization for Standardization
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements)	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
BMF	Bundesministerium für Finanzen	IVP	Internationale Vermögensposition
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	IWF	Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund)
BNP	Bruttonationalprodukt	JVI	Joint Vienna Institute
BRA	Bundesrechnungsabschluss	KWG	Kreditwesengesetz
BSC	Banking Supervision Committee (Ausschuss für Bankenaufsicht)	LIBOR	London Interbank Offered Rate
BVA	Bundesvoranschlag	MFI	Monetäre Finanzinstitute
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz	MoU	Memorandum of Understanding
BWA	Bundes-Wertpapieraufsicht	MSEG	Member States' Expert Group
BWG	Bankwesengesetz	NBG	Nationalbankgesetz
CACs	Collective Action Clauses	NZBen	Nationale Zentralbanken (EU-25)
CEBS	Committee of European Banking Supervisors (Ausschuss der europäischen Bankaufsichtsbehörden)	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
CESR	Committee of European Securities Regulators (Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden)	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
EBA	Euro Banking Association	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation Erdöl exportierender Länder)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)	ORF	Österreichischer Rundfunk
EG	Europäische Gemeinschaft	ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
EG-V	EG-Vertrag	ÖIAG	Österreichische Industrieverwaltung-Aktiengesellschaft
EIB	European Investment Bank (Europäische Investitionsbank)	ÖNACE	Österreichische Version der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der EU
EONIA	Euro OverNight Index Average	ÖTOB	Österreichische Termin- und Optionenbörse
EPC	European Payments Council (Ausschuss für Wirtschaftspolitik)	RTGS	Real Time Gross Settlement
ERP	European Recovery Program	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.
ESA	Economics and Statistics Administration	SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
ESAF	Ergänzende/Erweiterte Strukturpassungsfähigkeit	SZR	Sonderziehungsrecht
ESRI	Economic and Social Research Institute	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	UK	Vereinigtes Königreich
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung)
EU	Europäische Union	UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	VÖIG	Vereinigung Österreichischer Investmentgesellschaften
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	VPI	Verbraucherpreisindex
EWS	Europäisches Währungssystem	WBI	Wiener Börse Index
EZB	Europäische Zentralbank	WEF	World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum)
F&E	Forschung und Entwicklung	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
Fed	Federal Reserve System	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	WIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
FMABG	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz	WKM	Wechselkursmechanismus
FOMC	Federal Open Market Committee	WKO	Wirtschaftskammer Österreich
FSAP	Financial Sector Assessment Program	WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
GAB	General Arrangements to Borrow	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
GATS	General Agreement on Trade in Services	ZABIL	Zahlungsbilanz
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	ZV	Zahlungsverkehr
GKE	Großkreditevidenz		
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA		
	Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.		

Zeichenerklärung

- × = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- = Zahlenwert ist null (gilt für den Jahresabschluss 2004 der Oesterreichischen Nationalbank)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

ARTIS: Austrian Real Time Interbank Settlement. Ein von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) eingerichtetes und betriebenes Echtzeit-Brutosystem (RTGS-System) zur Abwicklung des Euro-Zahlungsverkehrs. Es ist Teil des EU-weiten, vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) betriebenen Großbetragszahlungssystems **TARGET**. Seit 4. Jänner 1999 können über ARTIS Zahlungen europaweit über ein einziges Konto bei der OeNB abgewickelt werden.

Baisse: Deutlicher und über einen längeren Zeitraum anhaltender Kursrückgang auf einzelnen Märkten oder an der Börse. Im Gegensatz dazu bezeichnet eine **Hausse** eine deutliche und längerfristig andauernde Kurssteigerung.

BIC: Bank Identifier Code. Ein von SWIFT (dem internationalen Nachrichtensystem für den Auslandszahlungsverkehr) entwickelter achtstelliger Code zur eindeutigen Identifizierung von Teilnehmern an Zahlungssystemen, der sich aus drei Teilcodes zusammensetzt: 1) dem Bank Code (die ersten vier Stellen), 2) dem Country Code (die nächsten zwei Stellen) und 3) dem Location Code (die letzten zwei Stellen). Der BIC der Oesterreichischen Nationalbank lautet z. B. NABAATWW.

Budgetsaldo: Finanzierungssaldo des Staates (das ist der Saldo des Vermögensveränderungskontos des Sektors Staat) laut ESVG 1995 (dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung), der entweder einem Finanzierungsüberschuss (*net lending*) oder einem Finanzierungsdefizit (*net borrowing*) entspricht. Der Staat umfasst in Österreich den Zentralstaat (Bund und diverse Fonds), die Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsträger. Der Budgetsaldo kann in einen konjunkturell beeinflussten zyklischen Teil und in eine strukturelle, zyklisch bereinigte Komponente zerlegt werden.

Clearing: Betragsmäßige Aufrechnung von Zahlungsaufträgen in einem Nettosystem, wobei der resultierende Saldo ausgeglichen wird.

EG-Vertrag: Vertrag von Rom (1. Jänner 1958), mit dem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben gerufen wurde. Mit dem Inkraft-Treten des EU-Vertrags (Vertrag von Maastricht) am 1. November 1993 wurde der EG-Vertrag geändert und die Europäische Union begründet. EG- und EU-Vertrag wurden durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (Vertrag von Amsterdam; 1. Mai 1999) und zuletzt durch den Vertrag von Nizza (1. Februar 2003) geändert.

EU-Konvergenzkriterien: Fünf im Vertrag von Maastricht definierte Bedingungen, die ein EU-Mitgliedstaat erfüllen muss, um an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen und somit den Euro einführen zu können: 1) Die Inflationsrate liegt maximal 1,5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 2) der langfristige Zinssatz liegt maximal 2 Prozentpunkte über jenem der drei preisstabilsten EU-Mitgliedstaaten, 3) das öffentliche Defizit (Finanzierungssaldo des Staates) macht nicht mehr als 3% des BIP aus, 4) die öffentliche Verschuldung macht nicht

mehr als 60% des BIP aus oder geht zurück und nähert sich hinreichend schnell dem Referenzwert, 5) die erlaubte Schwankungsbreite der Wechselkurse im **Wechselkursmechanismus II** wurde seit mindestens zwei Jahren ohne starke Spannungen eingehalten, und es erfolgte keine Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaates.

Geld haltender Sektor: Die in einem Währungsgebiet ansässigen Nichtbanken. Im Unterschied dazu bilden die gebietsansässigen Banken den geldschöpfenden Sektor. Die Analyse der Transaktionen von nichtfinanziellen Wirtschaftssubjekten dient der Bestimmung der Determinanten der Geldnachfrage (Geldnachfrage-, Kassenhaltungstheorie).

Hausse: Deutliche und über einen längeren Zeitraum anhaltende Kurssteigerung auf einzelnen Märkten oder an der Börse. Im Gegensatz dazu bezeichnet eine **Baisse** einen deutlichen und längerfristig andauernden Kursrückgang.

IBAN: International Bank Account Number. Eine weltweit gültige Nummer zur Identifizierung von Girokonten, die die bisherige Kombination aus Kontonummer und Bankleitzahl ersetzen soll. Der von der International Organization for Standardization (ISO) und dem European Committee for Banking Standards (ECBS) entwickelte Code soll u. a. die Abwicklung von grenzüberschreitenden Transaktionen erleichtern und setzt sich aus Ländercode, Prüfziffer, Bankleitzahl und Kontonummer zusammen.

Importierte Inflation: Anstieg des allgemeinen Preisniveaus, der ausschließlich auf inflatorische Tendenzen im Ausland zurückzuführen ist.

Institutionelle Analyse: Eingehende Untersuchung der monetären Entwicklung auf Basis von Informationen aus einer Vielzahl statistischer Quellen, wie der Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) des Euroraums, der Zahlungsbilanz und der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, die im Rahmen der zweiten Säule der geldpolitischen Strategie der EZB erfolgt.

Kapitaladäquanz: Angemessenheit des Verhältnisses von Eigenmitteln einer Bank zu den vorhandenen Risiken. Die Kapitaladäquanzbestimmungen (Basel I, Basel II) des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) sehen eine Kapitaladäquanz, d. h. Eigenmittelquote, von 8% vor.

Kerninflation: Preisauftrieb, der sich bei Ausklammerung verschiedener Gütergruppen aus dem Warenkorb ergibt. Am häufigsten werden angesichts ihrer volatilen Preisbewegungen Energieträger und Nahrungsmittel ausgeklammert.

Kreditrisiko: Potenzielle Auswirkungen infolge von Änderungen in der Kreditqualität (Bonität) von Kunden auf den Wert der Aktiva einer Bank.

Lamfalussy-Prozess: Ein auf EU-Ebene von einem „Ausschuss der Weisen“ entwickeltes Konzept für den Wertpapiersektor, das nach dem Vorsitzenden, Baron Lamfalussy, benannt wurde. Im Dezember 2002 beschloss der Rat der

Europäischen Union, dieses Verfahren auf den gesamten Finanzdienstleistungssektor auszudehnen. Das vierstufige Konzept zielt auf eine Beschleunigung des EU-Gesetzgebungsprozesses, eine verstärkte aufsichtliche Zusammenarbeit und Konvergenz sowie eine verbesserte Implementierung und Rechtsdurchsetzung ab. Im Kern beruht es auf einer Unterscheidung zwischen Rahmengesetzen, die im Mitentscheidungsverfahren durch den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament anzunehmen sind, und technischen Durchführungsbestimmungen, die von der Europäischen Kommission erlassen werden.

Makroprudenziell: Auf die Systemebene abzielende systematische Untersuchung der Stabilität des Banken- bzw. Finanzsystems sowie Aufsicht (Makroaufsicht) im Unterschied zur Analyse bzw. Aufsicht von einzelnen Banken (mikroprudenziell).

Marktrisiko: Potenzielle Auswirkungen von Schwankungen auf Finanzmärkten (z. B. Zinssatz-, Aktienkurs- bzw. Wechselkursänderungen) auf den Wert der Aktiva und Passiva einer Bank.

Massenzahlungsverkehr: Kleinbetrags- bzw. Kundenzahlungen im Unterschied zu Großbetrags- bzw. Interbankenzahlungen.

Off-Site-Analyse: Qualitative und quantitative Untersuchung der von den Banken an die Oesterreichische Nationalbank bzw. Finanzmarktaufsicht (FMA) gemeldeten Daten aus Risikomanagement und Bilanzbuchhaltung unter Verwendung verschiedener Verfahren. Zielsetzung ist es, problematische Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls Maßnahmen einzuleiten. Siehe auch **Vor-Ort-Prüfung** (*on-site inspection*).

Operationales Risiko: Gefahr von Verlusten für eine Bank als Folge unangemessenen Verhaltens bzw. Versagens von Mitarbeitern, internen Prozessen oder Systemen sowie aufgrund externer Ereignisse.

PEACH: Pan-European Automated Clearing House. Eine Infrastruktur für grenzüberschreitende Überweisungen im europäischen Massenzahlungsverkehr, deren Aufbau europäische Banken im Rahmen der **SEPA**-Initiative verfolgen. Sie soll sich hinsichtlich der (Kosten-)Effizienz mit nationalen Clearinghäusern (ACH) messen können. Ein PEACH muss sich an den Kundenanforderungen im nationalen Inlandszahlungsverkehr orientieren, d. h. eine kostengünstige, effiziente, schnelle und sichere Zahlungsabwicklung bieten. Diese Kriterien implizieren, dass sich dieses System an den Anforderungen einer vollautomatisierten Abwicklung im Sinne eines Straight-Through Processing (STP) orientiert. **STEP2** ist das erste und bis dato einzige PEACH.

Primärsaldo (*primary balance*): Finanzierungsdefizit oder Finanzierungsüberschuss des Staates abzüglich Zinsausgaben (jeweils gemäß ESVG 1995) auf den bestehenden Schuldenstand des Gesamtstaates.

Rating: Beurteilung der Bonität eines Unternehmens auf Basis standardisierter qualitativer und quantitativer Kriterien. Das Ergebnis des Ratingprozesses ist Grundlage zur Feststellung der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers.

Repatriierung von Kapital: Umschichtung von im Ausland investiertem Kapital durch gebietsansässige Investoren zurück ins Inland. Daraus folgt die Auflösung einer vormals aufgebauten Vermögensposition, z. B. durch den Verkauf ausländischer Wertpapiere oder die Auflösung von Festgeldbeständen im Ausland.

Return on Assets: Jahresüberschuss nach Steuern in Relation zur Bilanzsumme.

SEPA: Single European Payments Area. Im Frühjahr 2002 gestartete Initiative von europäischen Banken zur Schaffung von europaweit einheitlichen Standards für den Euro-Zahlungsverkehrsraum.

STEP2: Das erste und bis dato einzige **PEACH** für Intra-EU-Überweisungen, das im April 2003 den Betrieb aufnahm und Ende 2004 rund 90 direkte und rund 1.350 indirekte Teilnehmerbanken zählte. Die Euro Banking Association (EBA) stellt mit diesem System den Kreditinstituten die technische Infrastruktur für eine kostengünstige und rasche Abwicklung von Überweisungen bereit, die bestimmte Kriterien erfüllen. So müssen die Zahlungen z. B. auf Euro lauten und die internationale Kontonummer (**IBAN**) und Bankidentifikationscode (**BIC**) des Empfängers aufweisen. Die Oesterreichische Nationalbank bietet seit dem 3. November 2003 einen STEP2-Zugang an.

Stabilitätsprogramme: Jährlich aktualisierte mittelfristige Regierungspläne und Prognosen der Länder des Euro-Währungsgebiets über die Entwicklung von wirtschaftlichen und insbesondere budgetären Eckdaten gemäß den Erfordernissen des **Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)**. Nicht an der Währungsunion teilnehmende Mitgliedstaaten müssen laut SWP jährlich ein Konvergenzprogramm vorlegen.

Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): Auf zwei EU-Verordnungen aus dem Jahr 1997 basierendes Rahmenwerk, das auf die Gewährleistung einer gesunden öffentlichen Finanzlage in der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität abzielt. Darin wird auf mittlere Sicht von den Mitgliedstaaten ein nahezu ausgeglichener oder einen Überschuss aufweisender öffentlicher Haushalt gefordert.

Steuer- und Abgabenquote: Verhältnis zwischen der Summe aus direkten Steuern, indirekten Steuern, Kapitalsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen (ohne unterstellte Beiträge) und dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.

Stimmungsindikator: Auch als **Vertrauensindikator** bezeichnet. Kennzahl, die ein Stimmungsbild der Wirtschaftsakteure sowie der Bevölkerung zur wirtschaftlichen Lage vermittelt und u. a. dem frühzeitigen Erkennen von konjunkturellen Wendepunkten dient.

Stresstest: Untersuchung der Auswirkungen von drastischen, aber dennoch plausiblen Stressszenarien im Kredit- und Marktrisikobereich von Banken auf die Eigenmittelausstattung einer Bank.

TARGET: Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer. Ein Brutto-Zahlungsverkehrssystem zur Abwicklung von Euro-Großbetragszahlungen in Echtzeit, das aus den 15 nationalen RTGS-Systemen der EU-15, dem Zahlungsverkehrsmechanismus der EZB und einer Interlinking-Komponente, die eine Verbindung der 15 RTGS-Systeme herstellt, besteht. Das von der Oesterreichischen Nationalbank betriebene **ARTIS**-System ist eines der 15 RTGS-Systeme im TARGET-Verbund.

TARGET2: Nachfolgegeneration des **TARGET**-Systems, die voraussichtlich im Jänner 2007 in Betrieb genommen wird. Das Kernstück bildet eine von der Deutschen Bundesbank, der Banque de France und der Banca d'Italia gemeinsam errichtete und betriebene Gemeinschaftsplattform (*single shared platform*). TARGET2 wird gegenüber dem bestehenden **TARGET**-System einen erweiterten, europaweit einheitlichen Funktionsumfang zu harmonisierten Preisen bieten.

Terms of Trade: Verhältnis des Preises der exportierten Güter zum Preis der importierten Güter eines Landes in einheitlicher Währung.

Verbriefung: Form des Risikotransfers von Kredit- oder anderen Forderungen, bei dem diese in ein eigens gegründetes Unternehmen eingebracht werden, das zur Refinanzierung Wertpapiere auf dem Kapitalmarkt emittiert. Die Rückzahlung dieser Wertpapiere ist dabei an die Bedienung des erworbenen Forderungsbestands geknüpft (traditionelle Verbriefung).

Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (*excessive deficit procedure*):

Ein Mechanismus, der die EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin verpflichtet und auf Artikel 104 **EG-Vertrag** bzw. dem Protokoll Nr. 20 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit basiert und durch den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** wesentlich erweitert und beschleunigt wurde. Das Verfahren legt fest, wann ein übermäßiges Defizit vorliegt, und bestimmt die weitere Vorgangsweise, wenn die Haushaltsdisziplin verletzt wurde. Aufgrund der Beschlüsse des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 werden im Verlauf des Jahres 2005 Änderungen vorgenommen.

Vertrauensindikator: Auch als **Stimmungsindikator** bezeichnet. Kennzahl, die ein Stimmungsbild der Wirtschaftsakteure sowie der Bevölkerung zur wirtschaftlichen Lage vermittelt und u. a. dem frühzeitigen Erkennen von konjunkturellen Wendepunkten dient.

Vor-Ort-Prüfung (*on-site inspection*): Eingehende Überprüfung ausgewählter Banken im Rahmen der Bankenaufsicht, bei denen die Prüfer großteils vor Ort tätig sind. Die Kreditinstitute werden in speziellen, relevanten Aktionsbereichen überprüft, um zusätzlich zum Meldewesen Informationen aus erster Hand und in ausgewähltem, individuellem Detaillierungsgrad zu gewinnen, von denen entsprechende aufsichtsrechtliche Aktionen abgeleitet werden können. Siehe auch **Off-Site-Analyse**.

Wechselkursmechanismus II (WKM II): Rahmen zur wechselkurspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Euroraums und den EU-Mitgliedstaaten, die nicht an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen. Er legt einen Schwankungsbereich der Leitkurse einer Währung eines EU-Mitgliedstaates zum Euro fest. Maximal dürfen die Kurse um $\pm 15\%$ gegenüber dem Euro schwanken, es können aber auch engere Schwankungsbreiten festgelegt werden. Um an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen zu können, muss ein Land zunächst mindestens zwei Jahre Mitglied im WKM II sein, die nominellen Bandbreiten ohne größere Spannungen eingehalten und nicht gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaates abgewertet haben.

Zahlungssystem: Jede Einrichtung, die Zahlungsinstrumente, banktechnische Abwicklungen und Interbankentransfersysteme mit dem Zweck verbindet, die Zirkulation von Geld zu ermöglichen.

Zwillingsdefizit: Gleichzeitiges Bestehen von Defiziten im öffentlichen Haushalt und in der Leistungsbilanz.

Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank

Näheres finden Sie unter www.oenb.at

Statistiken – Daten & Analysen

vierteljährlich

Diese Publikation enthält Kurzberichte und Analysen mit dem Fokus auf österreichischen Finanzinstitutionen sowie auf Außenwirtschaft und Finanzströmen. Den Analysen ist eine Kurzzusammenfassung vorangestellt, die auch in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab. Im Internet sind die Tabellen und Erläuterungen (jeweils deutsch und englisch) sowie ein zusätzliches Datenangebot abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

Geldpolitik & Wirtschaft

vierteljährlich

Die auf Deutsch und Englisch erscheinende Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunktorentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

Finanzmarktstabilitätsbericht

halbjährlich

Der auf Deutsch und Englisch erscheinende *Finanzmarktstabilitätsbericht* umfasst zwei Teile: Der erste Abschnitt enthält eine regelmäßige Analyse finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln auch gesonderte Themen herausgegriffen, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

Focus on European Economic Integration

halbjährlich

Als Nachfolgepublikation des *Focus on Transition* (letzte Ausgabe 2/2003) bietet diese englischsprachige Publikation eine Fülle an Informationen zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Der *Focus on European Economic Integration* enthält eingangs eine aktuelle Wirtschaftsanalyse ausgewählter Länder aus diesem Raum. Im Hauptteil finden sich Studien zu ausgewählten notenbankrelevanten Themen sowie gegebenenfalls zu einem Schwerpunktthema. Abgerundet wird die Publikation durch Informationen über Konferenzen und Veranstaltungen der OeNB zu Zentral- und Osteuropa sowie einen statistischen Anhang.

Geschäftsbericht

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im *Geschäftsbericht* der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen sowie die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss der OeNB.

Volkswirtschaftliche Tagung (Tagungsband) jährlich

Die *Volkswirtschaftliche Tagung* der OeNB stellt eine wichtige Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Konferenzband enthält alle Beiträge der Tagung und ist überwiegend auf Englisch verfasst.

The Austrian Financial Markets jährlich

Diese auf Englisch vorliegende, von der OeNB in Kooperation mit der Oesterreichischen Kontrollbank AG (OeKB) herausgegebene Publikation bietet internationalen Investoren aktuelle Information zu den österreichischen Kapitalmärkten.

Workshop-Bände fallweise

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge eines Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation ist nur auf Englisch verfügbar.

Working Papers fallweise

Die *Working Paper*-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

Conference on European Economic Integration (Konferenzband) jährlich

(Nachfolgekonferenz der „Ost-West-Konferenz“ der OeNB)
OeNB-Konferenzbandreihe mit Schwerpunkt auf notenbankrelevanten Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Erscheint in einem renommierten internationalen Verlag auf Englisch.

Näheres finden Sie unter ceec.oenb.at

HVW-Newsletter

vierteljährlich

Der quartalsweise im Internet erscheinende Newsletter der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB präsentiert ausgewählte Ergebnisse einem internationalen Adressatenkreis. Kollegen aus anderen Notenbanken oder internationalen Institutionen, Wirtschaftsforscher, politische Entscheidungsträger und an Ökonomie Interessierte werden über die Forschungsschwerpunkte und Tätigkeiten der Hauptabteilung Volkswirtschaft informiert. Zusätzlich bietet der Newsletter Informationen über Publikationen, Studien oder Working Papers sowie über Veranstaltungen (Konferenzen, Vorträge oder Workshops) des laufenden Quartals. Der Newsletter ist in englischer Sprache verfasst.

Näheres finden Sie unter hvw-newsletter.oenb.at

Bildnachweis

Sämtliche Bilder sind Bestandteil der OeNB-Sammlung „Österreichische Malerei der Zwischenkriegszeit“.



Lisl Engels
Mödling 1916

„Philodendron und Gummibaum mit Früchten“ (1934)
90 x 65 cm, Öl auf Leinwand



Oskar Kokoschka
Pöchlarn 1886 – 1980 Montreux

„Zwei Mädchen“ (1934)
50,5 x 60,5 cm, Öl auf Leinwand
© VBK, Wien, 2005



Wilhelm Thöny
Graz 1888 – 1949 New York

„Motiv aus Graz“
36 x 45 cm, Öl auf Karton



Ernst Huber
Wien 1895 – 1960 Wien

„Fest im Freien“
60,5 x 73,5 cm, Öl auf Leinwand



Robin Christian Andersen
Wien 1890 – 1969 Wien

„Obststilleben“
50,4 x 66,5 cm, Öl auf Karton



Ernst Huber
Wien 1895 – 1960 Wien

„Landpartie im Sommer“
54 x 65 cm, Öl auf Sperrholz

Adressen der Oesterreichischen Nationalbank

Hauptanstalt	Postanschrift	Telefon	Fernschreiber
Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3	Postfach 61 1011 Wien	(+43-1) 404 20-0 Telefax: (+43-1) 404 20-2398	114669 natbk 114778 natbk
Internet: www.oenb.at			

Zweiganstalten

Zweiganstalt Österreich West

Innsbruck Adamgasse 2	6020 Innsbruck	(+43-512) 594 73-0 Telefax: (+43-512) 594 73 99
---------------------------------	----------------	--

Zweiganstalt Österreich Süd

Graz Brockmanngasse 84	Postfach 8 8018 Graz	(+43-316) 81 81 81-0 Telefax: (+43-316) 81 81 81 99
----------------------------------	-------------------------	--

Klagenfurt 10.-Oktober-Straße 13	Postfach 526 9010 Klagenfurt	(+43-463) 576 88-0 Telefax: (+43-463) 576 88 99
--	---------------------------------	--

Zweiganstalt Österreich Nord

Linz Coulinstraße 28	Postfach 346 4021 Linz	(+43-732) 65 26 11-0 Telefax: (+43-732) 65 26 11 99
--------------------------------	---------------------------	--

Salzburg Franz-Josef-Straße 18	Postfach 18 5027 Salzburg	(+43-662) 87 12 01-0 Telefax: (+43-662) 87 12 01 99
--	------------------------------	--

Repräsentanzen

Oesterreichische Nationalbank London Representative Office 5th floor, 48 Gracechurch Street	(+44-20) 7623-6446 Telefax: (+44-20) 7623-6447
---	---

London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich

Oesterreichische Nationalbank New York Representative Office 745 Fifth Avenue, Suite 2005	(+1-212) 888-2334 (+1-212) 888-2335 Telefax: (+1-212) 888 2515	(212) 422509 natb ny
---	--	----------------------

New York, N. Y. 10151, USA

Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30	(+32-2) 285 48-41, 42, 43 Telefax: (+32-2) 285 48 48
--	---

B 1040 Brüssel, Belgien

Ständige Vertretung Österreichs bei der OECD 3, rue Albéric-Magnard	(+33-1) 53 92 23-39 (+33-1) 53 92 23-44 Telefax: (+33-1) 45 24 42-49
--	--

F 75116 Paris, Frankreich

In mehreren Kapiteln werden im Geschäftsbericht der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen sowie die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss der OeNB.

Koordination

Manfred Fluch

Inhaltliche Gestaltung

Manfred Fluch, Doris Haider, Hannes Hermanky, Oliver Huber, Georg Hubmer, Martin Taborsky, Manfred Zipko

Redaktion

Alexander Dallinger

Technische Gestaltung

Peter Buchegger (grafische Gestaltung)

Walter Grosser (Layout, Satz)

Hausdruckerei der OeNB (Druck und Herstellung)

Fotografien

EZB, OeNB, Foto Knoll

Rückfragen

Oesterreichische Nationalbank, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien

Telefon: (+43-1) 404 20-6666

Telefax: (+43-1) 404 20-6698

E-Mail: oenb.info@oenb.at

Bestellungen / Adressenmanagement

Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice

Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien

Telefon: (+43-1) 404 20-2345

Telefax: (+43-1) 404 20-2398

E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at

Impressum

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:

Oesterreichische Nationalbank

Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Günther Thonabauer, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Internet: www.oenb.at

Druck: Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

© Oesterreichische Nationalbank, 2005

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendungen und Lehrtätigkeiten sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

DVR 0031577

Wien, 2005



